



## 44. Sitzung, Mittwoch, 28.06.2023

—

Magdeburg, Landtagsgebäude

<b>Eröffnung</b> .....	5	Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) .....	13
		Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) .....	14
		Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) .....	14
		Juliane Kleemann (SPD) .....	15
		Eva Feußner (Ministerin für Bildung) .....	16
		Juliane Kleemann (SPD) .....	16
		Eva Feußner (Ministerin für Bildung) .....	16
		Juliane Kleemann (SPD) .....	17
		Eva Feußner (Ministerin für Bildung) .....	17
		Konstantin Pott (FDP) .....	17
		Rainer Robra (Staats- und Kulturminister) .....	17
		Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) .....	19
		Eva Feußner (Ministerin für Bildung) .....	19
		Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) .....	20
		Eva Feußner (Ministerin für Bildung) .....	20
		Markus Kurze (CDU) .....	21
		Dr. Lydia Hüskens (Ministerin für Infrastruktur und Digitales) .....	21
		Markus Kurze (CDU) .....	23
		Dr. Lydia Hüskens (Ministerin für Infrastruktur und Digitales) .....	23
		Lothar Waehler (AfD) .....	24
		Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt) .....	24
<b>Tagesordnungspunkt 1</b>			
<b>Befragung der Landesregierung nach § 45a GO.LT</b>			
Dr. Anja Schneider (CDU) .....	6		
Sven Schulze (Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten) .....	6		
Dr. Anja Schneider (CDU) .....	7		
Sven Schulze (Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten) .....	7		
Tobias Rausch (AfD) .....	8		
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) .....	9		
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt) .....	10		
Tobias Rausch (AfD) .....	11		
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt) .....	12		
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE) .....	12		

**Tagesordnungspunkt 2****Aktuelle Debatte****Stabile Demokratie, Weltoffenheit und Willkommenskultur - Grundlagen für wissenschaftliche Exzellenz, neue Investitionen, Arbeitskräftegewinnung und Wohlstand****Antrag Fraktion SPD - Drs. 8/2816**

Dr. Katja Pähle (SPD) .....	26
Christian Hecht (AfD).....	29
Dr. Katja Pähle (SPD) .....	29
Christian Hecht (AfD).....	29
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt).....	30
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) .....	33
Marco Tullner (CDU).....	37
Tobias Rausch (AfD).....	40
Marco Tullner (CDU).....	41
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) .....	42
Hendrik Lange (DIE LINKE).....	43
Matthias Lieschke (AfD).....	47
Hendrik Lange (DIE LINKE).....	48
Gordon Köhler (AfD).....	48
Hendrik Lange (DIE LINKE).....	49
Andreas Silbersack (FDP).....	49
Konstantin Pott (FDP) .....	50
Marco Tullner (CDU).....	52
Konstantin Pott (FDP) .....	52
Olaf Meister (GRÜNE).....	53
Jan Scharfenort (AfD) .....	57
Olaf Meister (GRÜNE).....	57
Ulrich Thomas (CDU) .....	58
Olaf Meister (GRÜNE).....	59
Dr. Katja Pähle (SPD) .....	60
Matthias Büttner (Staßfurt) (AfD).....	62
Dr. Katja Pähle (SPD) .....	62

**Tagesordnungspunkt 3****Aktuelle Debatte****Alarmstufe Rot! Krankenhäuser in Not! - Gesundheitsversorgung im Land Sachsen-Anhalt planen und absichern****Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 8/2817**

Nicole Anger (DIE LINKE).....	64
Juliane Kleemann (SPD).....	67
Nicole Anger (DIE LINKE).....	68
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	68
Eva von Angern (DIE LINKE).....	72
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	73
Eva von Angern (DIE LINKE).....	74
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	74
Tobias Krull (CDU) .....	74
Wulf Gallert (DIE LINKE) .....	78
Tobias Krull (CDU) .....	79
Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) .....	80
Tobias Krull (CDU) .....	80
Ulrich Siegmund (AfD).....	80
Dr. Heide Richter-Airijoki (SPD).....	84
Ulrich Siegmund (AfD).....	84
Konstantin Pott (FDP).....	85
Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) .....	88
Guido Kosmehl (FDP) .....	91
Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) .....	91
Dr. Heide Richter-Airijoki (SPD).....	92
Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) .....	92
Andreas Silbersack (FDP).....	93
Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) .....	93
Dr. Katja Pähle (SPD) .....	93

Wulf Gallert (DIE LINKE) .....	96
Dr. Katja Pähle (SPD) .....	97
Nicole Anger (DIE LINKE) .....	98
Dr. Katja Pähle (SPD) .....	99
Nicole Anger (DIE LINKE) .....	99
Dr. Katja Pähle (SPD) .....	101
Nicole Anger (DIE LINKE) .....	101

**Tagesordnungspunkt 10**

**Wahl des Landesbeauftragten für den  
Datenschutz Sachsen-Anhalt**

Wahlvorschlag Fraktionen CDU, SPD und  
FDP - **Drs. 8/2772**

Wahlvorschlag Fraktionen CDU, SPD und  
FDP - **Drs. 8/2845**

Wahlvorschlag Fraktionen CDU, SPD und  
FDP - **Drs. 8/2847** ..... 102

**Tagesordnungspunkt 11**

**Wahl eines Vizepräsidenten des Land-  
tages**

Wahlvorschlag Fraktion AfD - **Drs. 8/2796**... 109

**Tagesordnungspunkt 19**

Erste Beratung

**Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur  
Änderung des Schulgesetzes des Landes  
Sachsen-Anhalt**

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und  
FDP - **Drs. 8/2812**

Jörg Bernstein (FDP) .....	110
Eva Feußner (Ministerin für Bildung) .....	111
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) .....	112
Dr. Katja Pähle (SPD) .....	113
Thomas Lippmann (DIE LINKE) .....	113
Jörg Bernstein (FDP) .....	114
Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE) .....	115
Matthias Redlich (CDU) .....	116
Abstimmung .....	117

**Schlussbemerkungen**..... 117



Beginn: 9:34 Uhr.

## Eröffnung

### Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 44. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der achten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Uns hat die traurige Nachricht erreicht, dass das ehemalige Mitglied des Landtages Herr Wolfgang Rauls am 19. Juni 2023 im Alter von 75 Jahren verstorben ist. Herr Rauls war in der ersten und in der vierten Wahlperiode Mitglied des Landtages. Er war somit einer der Abgeordneten, die sich in den Jahren nach der friedlichen Revolution um den Aufbau unseres Landes verdient gemacht haben. Er gehörte der Fraktion der FDP an und war in der ersten Wahlperiode zugleich Mitglied der Landesregierung und als Minister für Umwelt und Naturschutz sowie zeitweise als stellvertretender Ministerpräsident tätig. In der vierten Wahlperiode wirkte er unter anderem im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, im Ausschuss für Gleichstellung, Familie, Kinder, Jugend und Sport sowie im Zeitweiligen Ausschuss Hochwasser mit. Im Andenken an den Verstorbenen erheben wir uns zu einer Gedenkminute. - Danke.

Zu Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung. Mit Schreiben vom 21. Juni 2023 bat die Landesregierung, für die 22. Sitzungsperiode folgende Mitglieder zu entschuldigen:

Frau Franziska Weidinger entschuldigt sich für den heutigen Nachmittag sowie für den Donnerstag und den Freitag aufgrund der Teilnahme an der 19. Verbraucherschutzministerkonferenz.

Für Donnerstag bis ca. 17 Uhr bittet das Mitglied der Landesregierung Frau Petra Grimm-Benne ihre Abwesenheit aufgrund der Teilnahme an der Beratung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform im Bundesministerium für Gesundheit zu entschuldigen.

Das Mitglied der Landesregierung Sven Schulze entschuldigt sich ganztägig für den dritten Beratungstag. Er führt am Freitag im Rahmen seines Mandats im Europäischen Ausschuss der Regionen ein Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank in Luxemburg.

Zur Tagesordnung. Ihnen liegt die Tagesordnung für die 22. Sitzungsperiode des Landtages vor. Gibt es Bemerkungen zur Tagesordnung? - Das sehe ich nicht. Dann können wir das Ergebnis feststellen. Es widerspricht niemand. Alle sind also für die Tagesordnung. Dann ist das so und wir können so verfahren.

Zum zeitlichen Ablauf. Die morgige 45. Sitzung und die 46. Sitzung des Landtages am Freitag beginnen jeweils um 9:30 Uhr.

Der heutige parlamentarische Abend beginnt nicht um 20 Uhr, sondern - da wir zügig sind - um 19:30 Uhr. Das heißt also, der Beginn wird um eine halbe Stunde vorgezogen. Aber wir sind ja schon gut geübt von der gestrigen Feier, bei der viele anwesend waren.

Wir steigen ein in die Tagesordnung und kommen wie üblich zu

## Tagesordnungspunkt 1

### Befragung der Landesregierung nach § 45a GO.LT

Die erste Frage kommt aus der CDU-Fraktion.

#### Dr. Anja Schneider (CDU):

Einen schönen guten Morgen; vielen Dank.  
- Die Bundesgartenschauen der Vergangenheit waren in Sachsen-Anhalt stets volle Erfolge. Die Regionen profitieren noch bis heute davon. Das Oberzentrum Dessau-Roßlau hat sich zum Ziel erklärt, die Bundesgartenschau 2035 durchzuführen. Diesbezüglich gab es auch einen Stadtratsbeschluss vom März dieses Jahres.

Ich frage die Landesregierung, wie diesbezüglich der aktuelle Stand der Vorbereitung ist.

#### Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Herr Minister.

#### Sven Schulze (Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Abgeordnete, es ist richtig, dass die Stadt Dessau-Roßlau auf die Landesregierung, auf verschiedene Ministerien zugekommen ist - auch auf mein Haus, weil es fachlich zuständig ist. Es ist richtig - ich persönlich finde das erst einmal sehr gut -, dass sich die kommunale Ebene darauf verständigt hat, eine solche Bewerbung mit zu unterstützen. „2035“ hört sich für viele noch

sehr weit entfernt an. Wenn man aber sieht, welche Vorbereitungen für eine Bundesgartenschau nötig werden, dann sind wir jetzt genau in der richtigen Zeit.

Grundsätzlich ist es so - um auf Ihre Frage zu antworten -, dass die Landesregierung das erst einmal sehr positiv sieht. Die Bundesgartenschau, die wir hier in der Landeshauptstadt Magdeburg ausgerichtet haben, hat Auswirkungen bis heute. Wenn man in Magdeburg unterwegs ist und die Regionen sieht, die für die Bundesgartenschau renaturiert wurden und heute für viele Menschen auch außerhalb Magdeburgs nutzbar sind - viele Veranstaltungen finden dort statt -, dann zeigt das, dass die Investition, die man tätigt, am Ende des Tages immer auch eine Investition in die Zukunft ist. Es ist weit mehr als das, was man vielleicht in diesem einen Jahr erlebt.

Wir haben mit den Vertretern der Bundesgartenschau und vor allen Dingen auch mit den Vertretern der Kommune erste Gespräche geführt. Wir haben einmal zusammenstellen lassen, wie man das Ganze denn finanzieren könnte. Das ist das Hauptthema dabei. Wir werden uns in den nächsten Wochen eine Meinung darüber bilden können, wie wir das ganze Vorhaben, wenn es denn möglich ist, unterstützen könnten. Ich glaube, in Summe gesehen wäre das ein Vorhaben, das dem Land durchaus zuträglich wäre.

*(Olaf Meister, GRÜNE: Dazu gibt es einen Antrag!)*

#### Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:

Danke. - Eine Nachfrage?

**Dr. Anja Schneider (CDU):**

Ja. - Sie haben gerade das Thema Finanzierung angesprochen. Das Thema Finanzierung spielt natürlich bei der Bewerbung, bei der Durchführung, aber auch bei der nachhaltigen Nutzung eine Rolle. Wie sehen Sie diesbezüglich die Möglichkeiten?

**Sven Schulze (Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten):**

Es ist so, dass in einer ersten Zusammenstellung ein Betrag von 140 Millionen € genannt wurde. Das ist aus meiner Sicht ein extrem hoher Betrag. Darin ist zum Teil auch schon mit eingerechnet worden, dass man bis zum Jahr 2035 noch Kostensteigerungen im Vergleich zum Jahr 2023 zu erwarten hat. Man muss sich das einmal im Detail anschauen, ob dann auch diese 140 Millionen € gerechtfertigt sind.

Ich sehe die Thematik, dass ein Großteil der Finanzierung beim Land Sachsen-Anhalt umzusetzen wäre. Nach meinem jetzigen Kenntnisstand wird sich der Bund nicht in Größenordnungen daran beteiligen. Die Idee wäre trotzdem, dass wir auf die aus der Region stammende Bundesministerin Lemke zugehen. Ich denke, sie hat auch ein gewisses Interesse daran, wenn das Land und die Kommune sich entsprechend verständigen, dass sich möglicherweise auch der Bund daran beteiligt.

In Summe gesehen besteht die Herausforderung darin, dass verschiedene Ebenen der Landesregierung betroffen sind. Es ist nicht nur mein Ministerium betroffen, sondern es sind genauso die Kollegin Hüskens für den Bereich Infrastruktur und selbstverständlich auch der Kollege Willingmann für den Bereich Umwelt

betroffen. Am Ende des Tages ist eigentlich fast jedes Haus in irgendeiner Form mit betroffen, vorneweg selbstverständlich auch Michael Richter als Finanzminister.

Wir haben uns darauf verständigt - das ist in den letzten Wochen auch so passiert -, dass wir einmal aus unserer Sicht die möglichen Kosten zusammenstellen. Parallel dazu haben wir jetzt ein Stück weit aufgeschlüsselt, welche Bereiche und welche Ministerien wie betroffen wären. Bei mir z. B. könnte sich die Stadt vorstellen, dass man einige Sachen über die GRW umsetzen könnte. Es gibt Themen aus dem Infrastrukturbereich und dem Umweltbereich, bei denen man vielleicht versuchen würde, eine entsprechende Finanzierung auf die Beine zu stellen.

Ich sage aber trotzdem, dass ich die Gesamtsumme als extrem hoch empfinde. Wir führen gerade Haushaltsverhandlungen durch. Im Moment ist nicht abzusehen, dass sich die Haushaltslage des Landes Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren so elementar verbessern wird, dass man das mal eben stemmen könnte. Wir müssen uns also sehr genau anschauen, wie das machbar ist.

Ich sage das ganz bewusst auch deshalb, weil ich, als ich als Minister in die Thematik der aktuellen Landesgartenschau eingestiegen bin, jetzt erlebt habe, wie komplex die Themen sind und wie schwierig es teils für Kommunen ist, das Ganze zu stemmen. Das muss ich Ihnen allen eigentlich nicht sagen, weil Sie als Haushaltsgesetzgeber bei den letzten beiden Haushalten entsprechende Zugeständnisse an die Stadt Bad Dürrenberg machen mussten, weil man gesehen hat, dass gewisse Dinge, die man im Vorfeld einmal geplant hatte, am Ende so nicht aufgegangen sind. Gleicher-

maßen sehr sorgfältig werde ich auch das Thema Landesgartenschau 2027 in Wittenberg vorbereiten.

Ich sage aber klar: Wenn wir ein Konzept finden, wenn sich das gesamte Land - der Landtag, also Sie, und die Landesregierung - darauf verständigt, einen Weg für die Bundesgartenschau zu finden, dann glaube ich, dass eine Möglichkeit wäre, vielleicht auf eine oder zwei Landesgartenschauen zu verzichten, um sich vollständig auf die Bundesgartenschau konzentrieren zu können.

Die Bundesgartenschau hätte auch einen Riesenwerbeeffekt für das Land Sachsen-Anhalt. Wenn man sich die aktuelle Bundesgartenschau in Mannheim anschaut, dann stellt man fest, dass die Region letztlich von sehr, sehr viele Menschen von außerhalb des Bundeslandes, teils von außerhalb Deutschlands besucht wird. Wir hätten also einen großen Effekt.

All das müssten wir jetzt bedenken. Wir werden uns in den nächsten Wochen unter meiner Führung mit dem Ministerpräsidenten und den zuständigen Ministerien die Kosten genau anschauen. Wir werden dann ein entsprechendes Zeichen in Richtung Dessau-Roßlau geben, so dass dort ggf. die nächsten Schritte eingeleitet werden können.

Was ich zum jetzigen Zeitpunkt mit dem Überblick, den ich habe, sagen muss, ist, dass ein sehr großer Teil der Finanzierung der 140 Millionen € am Ende beim Land bleiben würde. Das muss am Ende klar gesichert sein. Solange es nicht fix ist, dass wir das hinbekommen, wäre es nicht gut, Signale zu setzen, dass wir das definitiv machen wollen. Der Wunsch ist da, jetzt müssen wir an der Umsetzung arbeiten, und das werden wir in den nächsten Wochen sehr intensiv tun.

### **Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Damit ist die erste Runde durch. Die Fraktion der AfD ist als zweite an der Reihe.

### **Tobias Rausch (AfD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Frage geht an den Ministerpräsidenten. Wir wissen alle, das Intel nach Magdeburg kommt. 10 Milliarden € Subvention soll es vom Bund geben, 30 Milliarden € sollen insgesamt investiert werden. Das ist historisch für unser Land. Wir begrüßen das. Es entstehen 3 000 Arbeitsplätze. Es können Folgewirtschaften entstehen. Das ist alles sehr lobenswert. Nun konnten wir aber lesen, dass Sie, Herr Ministerpräsident Haseloff, zugesichert haben, dass Intel einen gedeckelten Strompreis von 10 ct je Kilowattstunde bekommt. Daraus ergeben sich für uns folgende Fragen:

Wie hoch ist der Strombedarf, den Intel ungefähr angemeldet hat? Um wie viel Subvention durch den gedeckelten Strompreis handelt es sich? Welche Töpfe sollen dafür genommen werden? Wie hoch ist der Eigenanteil des Landes Sachsen-Anhalt? Wie ist das mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz für andere Unternehmenszweige vereinbar?

Ich konnte gestern beim Sparkassentreffen hören, dass viele Unternehmen, die bei uns im Kreis ansässig sind, Sorge haben, dass sie abwandern müssen. In Bitterfeld Wolfen ist jetzt eine Firma abgewandert. Die Firma ALMECO Salzgitter hat sehr hohe Stromkosten. Sie fragen sich, wie es weitergehen soll, wenn das so weitergeht. Ist für Sie eine Subvention von Stromkosten in Ordnung, und die anderen Firmen werden im Stich gelassen und wandern ab? Oder wie wollen



Sie gewährleisten, dass alle am fairen Wettbewerb teilnehmen können?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Bevor der Ministerpräsident am Mikro ist, begrüßen wir Damen und Herren des Sozialverbandes Deutschland, Kreisverband Mittelbe. - Herzlich willkommen bei uns im Haus!

*(Beifall im ganzen Hause)*

**Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens. Die grundsätzliche Vereinbarung und die entscheidenden Verhandlungen mit Intel hat nicht die Landesregierung geführt, sondern die Bundesregierung im Kanzleramt unter Hinzuziehung der Bundesministerien, weil es sich, wie Sie wissen, um ein europarelevantes Gesamtprojekt handelt. Europa hat die entsprechenden Konzerne aus den strategischen Bereichen eingeladen, sich an diesem Standort zu etablieren. Dem ist nicht nur Intel, sondern sind auch andere gefolgt bzw. diese Prozesse laufen.

Es ist klar, dass dafür bestimmte Rahmenbedingungen eingehalten sein müssen, wenn Europa und damit heruntergebrochen Deutschland und ein Land in Deutschland - das sind Gott sei Dank an der Stelle wir und die Stadt Magdeburg - den Zuschlag erteilt bekommen soll. Das heißt vor allen Dingen im Bereich der Energiepreise Wettbewerbsfähigkeit. Wir wissen, wie das im Rahmen der Energiewende, aber generell auch im europäischen Preisbildungsrahmen in diesem Sektor aussieht und dass dazu die verschiedensten allgemeinen

und schon konkreter gewordenen Überlegungen sowohl der 27 EU-Länder als auch der entsprechenden Wirtschafts- und Energieministerinnen und -minister existieren, die versuchen, mit der Bundesregierung die Rahmenbedingungen zu stricken.

Das ist ein allgemeines Thema. Das wäre der Punkt, an dem ich den Staffelnstab unter dem Stichwort Industriestromdiskussion gern an den Kollegen Willingmann weitergeben möchte. Was ist das eigentlich, bzw. was ist dort derzeit die Linie der Bundesregierung im Einvernehmen bzw. in der Abstimmung mit den einzelnen Bundesländern?

Zu Intel ist klar zu sagen, dass es eine entsprechende Orientierungsgröße gibt, die der Bund mit dem Konzern verhandelt hat. Diese heißt dem Grunde nach kleiner/gleich 10 ct pro Kilowattstunde. Das ist immer noch mehr als das, was in Amerika oder an anderen Standorten realisiert wurde. Das heißt, die Vorteile, die Intel für den europäischen Markt, von hier aus dann auch für den Weltmarkt, am Standort Magdeburg und in Sachsen-Anhalt sieht, müssen an der Stelle vieles überkompensieren, so dass man innerhalb der hiesigen Wirtschaftnetzwerke für sich als Konzern versucht, strategische Optionen zu eröffnen und Möglichkeiten zu entwickeln.

Die entsprechenden Vereinbarungen gehen darauf hinaus, dass mit der Wirtschaft Lösungen gefunden werden, die an anderer Stelle ebenfalls Großverbraucher für sich versuchen zu organisieren. Das hat erst einmal mit dem, was mit dem Gesichtspunkt Wirtschaftspolitik, Mittelstandspolitik und generell Energiepolitik, auch für die privaten Haushalte, im Zusammenhang steht, nichts zu tun, sondern hierbei geht es darum, dass Lösungen entwickelt werden sollen, wie es BASF derzeit macht, indem sie

versuchen, einen Offshorpark für die Verbräuche ihrer Chemieunternehmen entlang der Rheinschiene zu entwickeln. So soll hier unter Nutzung der Wirtschaft, nicht des Landes und nicht der Kommune, sondern der Wirtschaft eine entsprechende Direktversorgung für diesen Standort entwickelt werden, um diese Preise, die international wettbewerbsfähig sein sollen, zu erreichen.

Dieser Prozess ist seit dem Montag der letzten Woche in Gang gesetzt. Bis dahin sind die entsprechenden Grundsätze ausgetauscht worden, auch unter Einbeziehung von Wirtschaftsunternehmen, die bereit sind, dabei mitzuwirken, dies zu entwickeln, ähnlich wie es, wie gesagt, das Beispiel BASF vor Augen führt. Es ist jetzt die Aufgabe, nachdem wir das Go seitens der Bundesregierung haben, dieses hier in Gang zu setzen. Dazu gibt es Arbeitsgruppen, dazu gibt es bei uns die entsprechenden Personalien, die versuchen, das mit der Stadt und der zu gründenden Entwicklungs- bzw. Betreiber-GmbH zu koordinieren.

Das Entscheidende ist, dass wir das alles noch unter der Vorkehrung tun, dass die abschließende Genehmigung dessen, was der Kanzler bzw. sein Staatssekretär Kukies in der letzten Woche am Montag im Bundeskanzleramt ratifiziert bzw. parafiert haben, durch die Europäische Union erfolgen muss. Dann haben wir auch rechtlich die Grundlage dafür, ins Obligo zu gehen. Bis dahin laufen die Vorbereitungen weiter, wie ich es im Groben beschrieben habe. Wir können gern in zukünftigen Landtagssitzungen darüber berichten.

Aber jetzt zu dem Stichwort Industriestrom, weil es die gesamte Gesellschaft und nicht nur die Insellösung für Intel betrifft, die nicht in Konkurrenz zu dem steht, was ansonsten energiepolitisch als Energiewende in Deutschland

und in Europa läuft. Vielmehr ist das ein Selbstversorgungssystem, das entwickelt werden soll, das übrigens im kommunalen Bereich, wenn ich an Deersheim denke, oder in vielen anderen Bereichen durchaus üblich ist, das bis in die privaten Haushalte gespiegelt ebenfalls existent ist, nämlich dass man versucht, Strom mit eigenen technischen Möglichkeiten und Investitionen zu erzeugen und sich zum Selbstverbrauch sozusagen eine gewisse Autarkie zu organisieren; bis hin zur entsprechenden Preiswürdigkeit, die doch deutlich zu dem im Unterschied steht, was man an den Börsen kaufen kann. - Herr Willingmann würde dann weitermachen.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke.

**Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Abg. Rausch, ich darf kurz ergänzen: Hinter dem Wort „Industriestrompreis“ verbirgt sich eine ganze Fülle an unterschiedlichen Lösungen, die in den letzten Monaten entwickelt wurden. Wir haben sie auch in Merseburg bei der Energieministerkonferenz diskutiert.

Allen Modellen ist gemein, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft im internationalen Energiepreiswettbewerb erhalten wollen. Wir alle wissen, dass es den Versuch, den Industriestrompreis zu erzeugen, auf unterschiedlichen Wegen gibt. Der Ministerpräsident hat ein Modell angesprochen, das vom Rechtsrahmen her bereits durch den Bund ermöglicht wurde, das wir in unserem Land

forcieren wollen, nämlich die Eigenstromversorgung durch Erneuerbare, durch Windmühlen sozusagen im Umfeld der jeweiligen Industriebetriebe. Das an sich wird schon dazu beitragen, dass es einen sehr viel günstigeren Strompreis gibt als im Moment. Aber das ist noch nicht das, was man möglicherweise in Sachen Intel erreichen möchte.

Ich will zu den einzelnen Intel-Verhandlungen nichts sagen - wir waren nicht dabei -, sondern ich möchte auf einen anderen Aspekt kommen. Wir müssen schauen, dass wir einen Transformationsstrompreis bekommen. Dieser Strompreis muss in den nächsten Jahren, in der Zeit, in der wir die Erneuerbaren noch ausbauen, dazu beitragen, dass wir wettbewerbsfähig bleiben. Es werden immer wieder Centpreise in den Raum gestellt; 10 ct waren einmal im Gespräch, ich glaube, der bayerische Wirtschaftsminister hat einmal von 5 ct gesprochen. Das ist alles durchaus möglich. Das Entscheidende ist, wenn Sie das als klassische Subvention aufziehen, wenn Sie sagen, wir deckeln den einfach und zahlen eine Subvention, dann muss das beihilfekonform stattfinden, und das ist nicht so einfach.

Jetzt werden Sie mit dem Beispiel Frankreich kommen. Die machen das, das stimmt. Sie haben allerdings auch eine sehr viel stärker staatlich fokussierte Energieversorgung, als wir sie mit unserem sehr dezentralen Modell haben.

Richtig ist, wir werden in den nächsten Monaten weiter darüber reden müssen. Es ist im Moment das Interesse der Bundesregierung, einen Industriestrompreis zu entwickeln, um damit ein Stück weit Wettbewerbsfähigkeit zu erzeugen. Ich sage Ihnen als Energieminister aber auch, wir haben noch andere Stellschrauben bei der Energiepreisentwicklung, die dazu

beitragen, dass bei diesem Preis weiter entlastet werden kann. Darüber haben wir hier an anderer Stelle schon diskutiert. Ich stehe Ihnen gern auch weiter für Fragen zur Verfügung.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Es gibt eine Nachfrage von Herrn Rausch.

**Tobias Rausch (AfD):**

Ja. Vielen Dank, Herr Präsident. - Es wäre einmal eine Nachfrage an den Ministerpräsidenten und einmal an Herrn Minister Willingmann. - Herr Willingmann, Sie haben gesagt, dann soll der Versorgungsstrom z. B. durch ein Windrad am Unternehmensstandort erfolgen. Ein Windrad erzeugt ungefähr 1,3 GW. Intel hat laut Oberbürgermeister Lutz Trümper damals einen Strombedarf von 1 500 GW. Das heißt, wir müssten in Magdeburg ungefähr 1 600, 1 700 Windräder bauen, damit der Strombedarf für die Firma gedeckt wäre. Die Frage ist: Wie wollen Sie das gewährleisten? Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass man die Einspeisevergütungen, die Netzentgelte usw., die bei erneuerbaren Energien anfallen, nicht mehr entrichten muss? Dann müsste das Bundesgesetz geändert werden.

Die zweite Frage an Herrn Ministerpräsident Haseloff. Er sagte, dass der Strompreis herunter soll. Er hat selbst zugegeben, in anderen, wettbewerbsfähigen Ländern wie den USA ist der Strompreis unter 10 ct. Das heißt, unsere Politik der letzten Jahre hat dafür gesorgt, dass wir nicht mehr wettbewerbsfähig sind, dass wir die teuersten Strompreise in Europa haben, dass Firmen abwandern wollen.

BASF wurde als lobendes Beispiel genannt. Ich will nur mitteilen, dass BASF einen massiven Stellenabbau in Deutschland betreibt, Tausende Stellen werden gestrichen. Und BASF hat angekündigt, Milliarden in China zu investieren, weil der Standort Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Wie ist das mit Ihren Aussagen in Einklang zu bringen?

*(Beifall bei der AfD)*

**Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt):**

Ich hatte den Eindruck, es sei eine Regierungsbefragung, aber wir können auch gern etwas Regierungspolemik betreiben.

*(Tobias Rausch, AfD: Nein, Strombedarf! Wie wollen Sie das lösen?)*

- Herr Rausch, das zeigt gerade, dass uns einfaches Umrechnen nicht weiterbringt. Sie haben völlig recht, eine solche Anzahl von Windmühlen in einem Gürtel um Magdeburg herum ist völlig undenkbar. Das wird man so nicht erfüllen können. Aber ich werde jetzt mit Ihnen nicht darüber diskutieren können, was im Einzelnen - -

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Weil Sie es nicht können!)*

- Wollen Sie fragen, oder wollen Sie dazwischen blöken?

*(Tobias Rausch, AfD: Nein, ich will die Antwort!)*

Wir wollen doch weiterkommen. Ich weiß nicht, ob Sie weiterkommen wollen, aber der Rest der Parteien hat den Eindruck, dass er

in diesem Parlament weiterkommen möchte. Dazu gehört auch, dass wir uns mit diesem Thema seriös beschäftigen.

Wir wissen, dass die Energiepreise sehr hoch sind. Wundert es Sie nicht, dass wir immer noch die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt sind und dass wir trotz der hohen Strompreise in den vergangenen zehn Jahren durchgängig Konjunktur hatten? Man kann natürlich gern versuchen, das Thema zu perhorreszieren, aber wir haben in der Vergangenheit mit hohen Strompreisen noch relativ viel hinbekommen oder, um es anders herum zu sagen: Es war möglich, diese Hochleistungswirtschaft durchaus mit solchen Strompreisen zu konfrontieren, weil sie leistbar waren. Jetzt, wo wir im internationalen Wettbewerb damit Probleme bekommen, wird Politik reagieren. Sie tut es auf der Abgabenseite, auf der Steuerseite, und sie tut es auch mit dem Ausbau erneuerbarer Energien. Dann schauen Sie einmal, was wir in den nächsten Monaten und Jahren noch hinbekommen.

*(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zurufe von der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Wir gehen weiter und setzen mit der Fraktion DIE LINKE fort.

**Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Gestern war der Presse zu entnehmen, wie die aktuellen Verfahrensstände beim geplanten Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle sind. Nun ist es so, dass Sachsen seit längerer Zeit einen Fluglärmbeauftragten eingesetzt hat. Inzwischen wer-

den auch mobile Messungen von Fluglärm in Sachsen vorgenommen. Das Problem ist, dass die Landesregierung hierzulande bisher immer abgewimmelt und gesagt hat, der größte Teil liegt in Sachsen. Außerdem haben die mehr Anteile als Sachsen-Anhalt.

*(Guido Kosmehl, FDP: Das stimmt!)*

Aber 50 % Fluglärm liegen in Sachsen-Anhalt, und es werden immer mehr Menschen betroffen sein.

Daher die Frage: Was wird die Landesregierung nun endlich unternehmen, um die Menschen vor Ort besser vor Fluglärm zu schützen, und wird sie Maßnahmen ergreifen, damit Betroffene wissen, wohin sie sich wenden können, statt die Kommunen vor Ort allein vor sich hindümpeln zu lassen?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Herr Ministerpräsident.

**Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):**

Frau Abgeordnete, der einzige Ministerpräsident, der sich bisher mit der kommunalen Familie im Umfeld des Flughafens getroffen hat, bin ich. Ich bin vor einigen Wochen dort gewesen und habe dort mit der Flughafen spitze und den kommunalen Vertretern, sowohl auf sächsischer Seite als auch und vor allen Dingen mit unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern dort, gesprochen. Wir haben dort bestimmte Dinge, die Sie gerade angesprochen haben, nicht nur erläutert, sondern haben auch bestimmte Dinge vereinbart.

Ja, es ist richtig, der Flughafen gehört - ich nenne einmal runde Zahlen - zu 80 % nach Sachsen. Wir wissen, wo die Gewerbesteuer von DHL usw. im Wesentlichen aufläuft, nämlich in Schkeuditz, und kennen die normalen Verteilmechanismen, wie das bei uns am Beispiel Leuna ebenfalls der Fall ist, im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes. Darauf will ich jetzt nicht eingehen. Zumindest die Erträge sind erst einmal aufgrund dessen, dass es irgendwo ein Sitzland geben muss und das Steuerrecht den Rest vorschreibt, in Sachsen.

Wir sind aber bezüglich der Nutzung und der festgelegten Flugrouten, je nach, sagen wir einmal, Saison bzw. entsprechender wirtschaftlicher Phase - während Corona war das anders, als es aktuell wieder ist -, von 50 % bis 70 %, teilweise sogar 80 % des Fluglärms betroffen. Das ist so.

Ich bin oft genug dort. Ich übernachtete dort ab und zu, z. B. wenn wir beim „Festspiel der deutschen Sprache“ in Bad Lauchstädt sind. Ich weiß, dass dort ab 3 Uhr nichts mehr geht bzw. dass bestimmte Dinge dort wirklich eine Zumutung sind. Es hat bis zum Jahr 2010 ein Förderprogramm seitens des Flughafens gegeben - ich glaube, da sind damals auch Bundesmittel hineingeflossen -, um entsprechende Lärmschutzmaßnahmen zu realisieren, d. h. die Fenster so zu verglasen, dass man den Dauerschallpegel entsprechend senken kann, bzw. Ventilatoren einzubauen, um in heißen Sommernächten noch irgendwie ein vernünftiges Leben zu gewährleisten. Das Problem ist bekannt, das ist richtig.

Der Fluglärmbeauftragte ist übrigens für das Gesamtsystem des Flughafens, sozusagen als innere Struktur, gesetzt. Ja, der Vorsitzende kommt aus Sachsen. Der Stellvertreter kommt

aber von uns. Mit dieser Gruppe steht inzwischen ein Termin. Ich kannte Ihre Anfrage vorher nicht, sonst hätte ich Ihnen den Termin schon nennen können, zu dem ich mich mit den Fluglärmbeauftragten, mit der Gruppe, in der Staatskanzlei zusammensetze, um weitere Maßnahmen zu besprechen und zu klären, wie bestimmte Dinge auch mit dem Flughafen selbst zu organisieren und, was die Weiterentwicklung anbelangt, zu kanalisieren sind. Denn, wie gesagt, es ist eine Grenze erreicht, die auf jeden Fall dahin gehend gedeckelt werden muss, dass es dort nicht zu weiteren unbilligen Belästigungen und Härtefällen kommt.

Eine andere Sache ist: Was ist der wirtschaftliche Ertrag? Es muss weiterhin darüber geredet werden, wie wir mit unseren Gesellschaftsanteilen dort steuernd Einfluss nehmen, in welcher Form wir neben dem Steuerrecht etwas für die Kommunen, die dort in der Schneise liegen, beibringen können. Dazu müssen wir Überlegungen anstellen. Es ist nicht damit getan, dass man - wie man sich das in Sachsen so denkt - mal einer Kommune ein Schwimmbad spendiert. Es geht um die Lebensqualität der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger; darum müssen wir uns kümmern.

Wie gesagt: Ich habe mir dieses Thema selbst auf den Tisch gezogen - nicht weil es eine Sache ist, die nicht auch bei uns in der Landesregierung von den einzelnen Ministerien - einschließlich der Aufsichtsratsbesetzung - klar strukturiert wahrgenommen wird, sondern weil es sich auch um ein psychologisches und politisches Thema handelt, das mit Blick auf die aktuelle Situation in Deutschland von uns ernsthaft behandelt werden muss. Demzufolge muss alles, was dort an Entwicklungen in Aussicht gestellt worden ist, vor dem Hintergrund der Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort betrachtet werden.

#### **Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Frau Eisenreich, Sie haben eine Nachfrage? - Bitte.

#### **Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):**

Eine ganz kleine Korrektur - darauf bezog sich meine eigentliche Frage -: Die Gespräche, die Sie führen wollen, betreffen die Fluglärmkommission. Da gibt es den Vorsitzenden aus Sachsen und einen Stellvertreter aus Sachsen-Anhalt. Aber die Landesregierung in Sachsen hat einen eigenen Fluglärmbeauftragten, der sitzt im Wirtschaftsministerium. Das ist für mich eine Ansprechstelle, an die sich alle wenden können. Ich habe ganz viel Kritik an seiner Arbeit, aber ich glaube, das ist das, was hier im Land fehlt.

Ich habe jetzt leider in Ihren Ausführungen keinerlei konkrete Vorschläge oder Maßnahmen gefunden, die den Menschen ein bisschen Hoffnung geben, dass ihr Leiden - so nenne ich es tatsächlich; denn das, was die Menschen dort erleben, geht wirklich auf die Gesundheit - ein bisschen gemildert wird, dass ihnen zumindest ein bisschen mehr Verständnis dafür bei der Landesregierung zuteilwird.

#### **Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):**

Was Sie aus meinen Worten herauslesen, sei Ihnen überlassen. Ich sage nur eines: Unabhängig davon, ob man dort eine weitere Position besetzt oder nicht oder ob eine Landesregierung das insgesamt auf der Ebene des Ministerpräsidenten koordiniert, wahrnimmt und versucht, dort Hilfen zu leisten - all das ist ein nach Bundesrecht und nach Europarecht, vor allen Dingen aber nach Bundesrecht, genehmigtes System Flughafen Leipzig/Halle oder

Halle/Leipzig, wie wir es selbstbewusst und auch von der historischen Seite her nennen. Daran hängen viele Zehntausende direkte und indirekte Arbeitsplätze. Das ist ein Wirtschaftsfaktor, der bezüglich aller Investitionen, die in Sachsen, in Thüringen und in Sachsen-Anhalt laufen, eine wesentliche Relevanz hat, sodass man diese Dinge nicht auf der Landesebene mit einem Schalter in diese oder jene Richtung drehen kann.

Es geht vielmehr darum, dass wir diesen Prozess in der Entwicklung vernünftig begleiten. Wenn ich als Ministerpräsident sage, das werde ich mit meinem Kabinett, mit meiner Landesregierung vernünftig und verantwortungsbewusst tun, dann ist - das können wir gleich vereinbaren - der Lärmschutzbeauftragte in Person der Ministerpräsident plus die beiden zuständigen Minister, die dabei vielleicht eine Rolle spielen könnten. Höher kann man es nicht anbinden.

Wir wollen das auf unserer Ebene klären und wollen es nicht nur im Apparat oder sozusagen in irgendeiner Art und Weise im Organigramm wiederfinden. Denn in Sachsen passiert nichts anderes als bei uns. Wir können das im Prinzip steuernd beobachten in den Aufsichtsräten. Meine Ministerin und mein Minister, die beide darin sitzen, können das dort über die Investitionen, die Flugpläne und all die Expansionsaktivitäten vor dem Hintergrund des geltenden Rechts und der Grenzwerte, die existieren, im Blick behalten und kontrollieren, vor allen Dingen - und darum geht es -, weil das geltende Recht umgesetzt wird.

Trotzdem muss geltendes Recht nicht immer heißen, dass es für jeden eine akzeptable Situation im persönlichen Umfeld darstellt. Das ist Politik. Um diese politische Komponente und diese Auswirkung wollen wir uns gezielt weiter-

hin kümmern. Deswegen können Sie gern in späteren Landtagssitzungen nachfragen, was wir gemacht haben. Zumindest der Termin mit den Verantwortlichen, wie ich ihn in Schkeuditz vereinbart habe, steht.

*(Beifall bei der CDU und bei der SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Ministerpräsident. - Wir setzen fort mit der SPD-Fraktion. - Frau Kleemann, bitte.

**Juliane Kleemann (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Regionaler Wechsel, wir gehen in den Norden. Am Berufsschulzentrum Stendal, am BSZ, der einzigen Berufsschule im Landkreis Stendal, lernen ca. 2 500 Schülerinnen und Schüler im BVJ, in der Berufsfachschule, in der Berufsschule, in der Fachschule, in einer Fachoberschule und in beruflichen Gymnasien, in technischen, in kaufmännischen und in sozialen Ausbildungsbereichen. Der frühere Schulleiter ist im Jahr 2020 in den Ruhestand eingetreten. Er hatte rechtzeitig darauf hingewiesen und um zeitnahe Ausschreibung seiner Stelle gebeten. Allerdings ist die Ausschreibung, warum auch immer, erst kurz vor seinem Eintritt in den Ruhestand erfolgt.

Die Schulleitung im BSZ in Stendal ist konkret seit drei Jahren unbesetzt, wird von Koordinatoren übernommen. Der Schulbetrieb läuft in Teilen auf Reserve und wird, was die Schulleitung angeht, im Wesentlichen über das Engagement der Lehrkräfte geleistet.

Meine Frage an die Landesregierung: Was sind die Ursachen dafür, dass die Schulleiterstelle so lange unbesetzt ist? Hätte nicht

frühzeitiger auf die sich abzeichnende Situation reagiert werden müssen?

Meine zweite Frage: Wie viele Lehrkräfte haben das Berufsschulzentrum in Stendal seither verlassen? Gibt es derzeit einen aktuellen Stand einer Ausschreibung? Wenn ja, ist mit einer baldigen Besetzung der Stelle zu rechnen? Wie ist die Situation in Stendal?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Es spricht Frau Ministerin Feußner.

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Herr Präsident, gern beantworte ich die Frage hinsichtlich des Standes der Besetzung der Schulleitung am Berufsschulzentrum des Landkreises Stendal in Stendal. Lassen Sie mich vorausschicken, dass es in der Berufsschullandschaft des Landes Sachsen-Anhalt insgesamt einen sehr erfolgreichen Generationswechsel hinsichtlich der Schulleitung gegeben hat. Von 17 derzeit in der Verantwortung des Landes liegenden berufsbildenden Schulen haben 16 diesen Wechsel bereits vollzogen. Eine ist noch offen - Sie haben es angesprochen -, das ist die Berufsschule in Stendal.

Die Leitung des Berufsschulzentrums in Stendal wurde im Jahr 2019 neu ausgeschrieben; Sie haben das in Ihrer Fragestellung schon angedeutet. Im Jahr 2021 legte das Landesschulamt einen Besetzungsvorschlag vor, dem das Ministerium damals zustimmte. Hiergegen ging die unterlegene Bewerberin gerichtlich vor. Dem Antrag der klagenden Bewerberin war im Jahr 2022 Erfolg beschieden. In der Folge bewarb sich die unterlegene Bewerberin auf die Leitung

einer anderen berufsbildenden Schule und zog ihre Bewerbung zurück, sodass nur noch eine einzige Bewerberin verblieb.

Das Stellenbesetzungsverfahren soll jetzt abgebrochen und neu ausgeschrieben werden, weil zwischen dem Ausschreibungszeitpunkt und dem Besetzungsverfahren zu viel Zeit vergangen ist. Der Bewerberkreis soll zu einem ausgewählten Zeitpunkt durch eine neue Ausschreibung aktualisiert und damit auch vergrößert werden, was in Kürze erfolgt.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Sie haben eine Nachfrage? - Bitte.

**Juliane Kleemann (SPD):**

Momentan ist die Situation so, dass die Lehrkräfte die Leitungsaufgaben untereinander aufteilen. Meine Frage ist: Gibt es seitens des Ministeriums eine Idee, ein Angebot an die Schule, wie man bei diesem Mehraufwand neben dem ganz normalen Lehrbetrieb, den man als Lehrerin, als Lehrer leisten muss, um dann in Teilen ein so riesiges Berufsschulzentrum zu leiten und zu steuern, unterstützen kann, bis eine Besetzung stattgefunden hat? Denn die Signale aus der Lehrerschaft sind durchaus nicht so toll. Das ist schon eine extreme Situation, das kann sich, glaube ich, jeder vorstellen. 2 500 Schüler und unterschiedliche Schultypen zu steuern und zu leiten, das macht man nicht nebenbei.

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Das ist richtig.



**Juliane Kleemann (SPD):**

Gibt es eine Idee, ein Angebot an das Berufsschulzentrum, dafür bis zur Besetzung der Leiterstelle Abhilfe zu schaffen?

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Die Berufsbildenden Schulen in Stendal werden sehr eng von einem schulfachlichen Referenten begleitet und unterstützt. Wenn es Anfragen von der Schule bezüglich Unterstützung gibt, ist das Landeschulamt jederzeit vor Ort. Wenn dann noch weiterer Bedarf besteht - ein solcher ist bei mir jetzt nicht angezeigt; ich kann das nicht ad hoc beantworten -, werden wir der Schule weitere Unterstützung zukommen lassen.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Wir setzen fort. Die FDP ist dran. - Herr Pott.

**Konstantin Pott (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion bewertet die Einführung des Kulturpasses in diesem Jahr als einen guten Schritt, um jungen Menschen die Kulturangebote näherzubringen, sie nachhaltig für Kultur zu interessieren und natürlich auch die Kulturszene vor Ort im Land zu unterstützen. Gerade nach den Jahren der Coroneinschränkungen ist das aus unserer Sicht ein richtiger Schritt. Dennoch stellt sich für uns die Frage der Umsetzung; denn es darf hierbei nicht bei einem Beschluss und bei einer

reinen Förderung bleiben, sondern das muss auch mit Leben gefüllt werden.

Deswegen frage ich die Landesregierung, welche Anstrengungen unternommen wurden bzw. unternommen werden, um den Kulturpass insgesamt bekannter zu machen. Bewirbt das Land selbst den Kulturpass? Wenn ja, wie? Gibt es eine Initiative des Landes, um die Kultureinrichtungen und Veranstaltungen im Land auf den Kulturpass aufmerksam zu machen, und gibt es eine Übersicht darüber, welche Angebote im Land Sachsen-Anhalt im Rahmen des Kulturpasses zur Verfügung stehen?

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ich könnte mir vorstellen, dass Herr Robra das beantworten wird. - Herr Minister.

**Rainer Robra (Staats- und Kulturminister):**

Ich glaube, die allerbeste Nachricht in dem Kontext ist, dass jedenfalls ein erstes Ticket bei der Stiftung Bauhaus Dessau zum Bauhausfest über den Kulturpass, d. h. über die App, verkauft worden ist.

*(Oh! bei der CDU)*

- Immerhin!

*(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)*

Insgesamt mache ich keine Abstriche an der Einschätzung, dass das eine sehr löbliche Initiative ist. 750 000 potenzielle Nutzer - all diejenigen, die in diesem Jahr 18 Jahre alt werden -, zunächst bei 100 Millionen € im Bundes-

haushalt gedeckelt, d. h., kämen tatsächlich alle, gäbe es ein Problem. Aber es läuft sehr, sehr schwierig.

Seit dem 14. Juni ist die App freigeschaltet, seit dem 14. Juni ist die Plattform freigeschaltet. Jetzt mehren sich durchaus die Beschwerden, auch aus unseren Einrichtungen, dass es nicht so einfach ist, sich dort aufzuschalten. In irgendwelchen Netzzirkeln wird diskutiert, das sei eine Digitalisierung auf deutsche Art.

Ein Punkt ist, dass man sich als 18-Jähriger nur mit einem onlinefähigen Personalausweis einloggen kann. Nun mag man es als Zweitnutzen ansehen und sagen: Na gut, dann haben demnächst alle, die in diesem Jahr 18 werden, schon einmal einen onlinefähigen Pass. Das ist auch ein erstrebenswertes Ziel. Wer aber weiß, wie mühsam es ist, erst einmal einen onlinefähigen Pass zu bekommen, und wie begeistert die jungen Leute sind, wenn sie diese bürokratischen Wege dorthin gehen müssen, der bekommt einen Eindruck davon, dass das nicht so einfach ist.

Es gibt bei uns eine Reihe von Einrichtungen, die schon dabei sind. Es gibt andere, die dazu im Verband - bspw. die Luthergedenkstätten mit dem Museumsbund - jetzt noch bundesweit diskutieren. Bei manchen, wie der Stiftung Gedenkstätten oder den Franckeschen Stiftungen, sind die Angebote für die 18-Jährigen ohnehin kostenlos; dort spielt das keine entscheidende Rolle. Es wollen aber alle.

Schon vor geraumer Zeit habe ich mit dem Intendanten des Theaters Eisleben darüber gesprochen, der auch noch zögert. Das kann man auch in der aktuellen Berichterstattung der „Mitteldeutschen Zeitung“ nachlesen. Man weiß noch nicht hundertprozentig, wie das Geld am Ende dort ankommt, wo die Leistung

erbracht wird. Dazu müssen sich auch die Anbieter registrieren. Das ist schwierig.

Wenn man sich auf der App einloggt, dann stellt man auf den ersten Blick fest, dass es sehr, sehr viele Angebote gibt, davon aber gefühlt 95 % von Eventim. Man kann z. B. spielend einfach Karten für das Domplatz-Open-Air in Magdeburg buchen, weil die ohnehin über Eventim verkauft werden. Das ist, ohne das jetzt despektierlich zu meinen, ein kleines Konjunkturprogramm für Eventim als eine der größten Ticketagenturen in der Bundesrepublik Deutschland, die natürlich für jedes Ticket eine kleine Provision nimmt. Die fehlt dann am Ende wieder dort, wo die Leistung erbracht wird. Deswegen beobachten manche das jetzt noch und überlegen, ob sie mit ihrem Angebot darauf gehen.

Wir haben das Ende letzten Jahres, also eigentlich seitdem das diskutiert wird, an unsere Dachverbände herangetragen. Die Landesvereinigung für die kulturelle Kinder- und Jugendbildung ist da so ein bisschen der Sysop, der in der Mitte steht und die anderen darüber informiert, auch die Kinder und Jugendlichen. Auf dem Bildungsserver des Bildungsministeriums steht das alles. Frau Roth hatte nicht nur die Kulturministerinnen und -minister, sondern auch die Bildungsministerinnen und -minister angeschrieben, sodass das in allen Bereichen bekannt ist. Es ist auch in Presse, Funk und Fernsehen ausführlich darüber berichtet worden.

Ich hoffe, dass sich die eine oder andere Kinderkrankheit bei der Implementation von App und Plattform im Laufe der nächsten Tage und Wochen noch ausmerzen lässt. Dann kann das wirklich eine großartige Geschichte werden, die jedenfalls all denjenigen, die jetzt oder im Laufe des Jahres 18 Jahre alt geworden sind oder

noch werden, ein niedrigschwelliges Angebot ermöglicht. Darauf kommt es am Ende an.

Es ist, wie mir scheint, ein hilfreicher Beitrag zu der ohnehin schon seit Langem geführten Diskussion über kostenlose Öffnungen. Dazu wird immer wieder gesagt: Na ja, was kostenlos ist, wird auch nicht geschätzt. Gut, jetzt wird Eintritt gezahlt, aber der wird subventioniert. Man kann darüber hinaus Angebote nutzen. Es sind bspw. auch Bibliotheken beteiligt. Es gibt Wege, die sich im Moment in der App noch nicht so abbilden. Die App ist regionalisiert; es läuft über die Postleitzahlen. Dann sind auch die Angebote der großen Agenturen des Buchhandels enthalten. Das wird man in den nächsten Tagen und Wochen beobachten können.

Frau Roth hat neulich im Kulturausschuss des Deutschen Bundestag gesagt, der Bund führt keine landesspezifischen Statistiken - das geht wohl auch nicht -, sondern das läuft auf dieser nun bundesweiten Plattform. Insofern aggregieren sich dort Bundeszahlen und wir werden einfach den Finger in die Luft halten und mit den Beteiligten sprechen, ob es gut läuft oder nicht. - Danke schön.

*(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Robra. - Wir setzen fort mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Frau Sziborra-Seidlitz, bitte.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Vielen Dank. - Frau Ministerin Feußner, im Ausschuss für Bildung des Landtages von Sachsen-

Anhalt haben Sie angekündigt, zur Aufklärung der Umstände beim Ausschreibungs- und Besetzungsverfahren der Stelle „Intel Bildungsland 2035“ den kompletten Besetzungsvorgang und den Aufklärungsbericht in der Geheimschutzstelle des Landtages zur Verfügung zu stellen. Als Herr Meister und ich vor einigen Tagen davon Gebrauch machen wollten, bekamen wir die Mitteilung, dass diese Akten nicht in der Geheimschutzstelle vorliegen.

Frau Feußner, im Bildungsausschuss haben Sie gesagt, dass die Akten zunächst durch eine Datenschutzprüfung gehen müssten. Welcher datenschutzrechtlichen Prüfung bedarf es Ihrer Meinung nach, wenn die Daten in der Geheimschutzstelle hinterlegt werden und es ein Aktenvorlagerecht gibt? Ab wann werden die Akten in der Geheimschutzstelle zur Verfügung stehen?

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Kollegin Sziborra-Seidlitz, ich habe dem Ausschuss angeboten, diese Akten in die Geheimschutzstelle zu geben. Es hat keine der anwesenden Fraktionen diesbezüglich einen Antrag gestellt. Ich habe es allen angeboten. Ich habe mich gewundert, dass niemand einen solchen Antrag gestellt hat. Ich kann das doch nicht verfügen. Nur die Fraktionen können das verfügen. Ich kann es anbieten. Wenn eine Fraktion sagt, sie möchte das gern, und beantragt das, dann mache ich das. Ich habe es nicht getan, weil niemand den Antrag gestellt hat.

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist doch absurd!)*

Es tut mir leid, aber dann hätten Sie den Antrag stellen müssen. Wenn Sie das gern

machen möchten, dann können Sie das noch tun. Dann werde ich das auch zur Verfügung stellen.

*(Olaf Meister, GRÜNE: So, das ist eure Aufklärung! Das ist vollumfängliche Aufklärung? - Sebastian Striegel, GRÜNE: Also, Sie müssen überall hingetragen werden!)*

- Na ja, ich habe - - Das ist vollumfänglich - - Ja.

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Diese Landesregierung muss ständig gezwungen werden, sonst macht sie nichts!)*

Ein ganz normales Verfahren.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Wir haben eine Redeordnung und Frau Sziborra-Seidlitz kann nachfragen. Die anderen können gern zuhören.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Wir haben uns genau deshalb, weil Sie das so offensiv angekündigt haben,

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Ich habe es angeboten.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

das Wortprotokoll geben lassen. Sie haben mehrfach angekündigt,

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Angeboten.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

dass Sie das tun werden. Also gut, dann haben Sie das als Angebot gemeint. Ich habe es - ich war nicht die Einzige - als Ankündigung verstanden. Dann werden wir diesen Antrag jetzt nachholen. Ich bin aber durchaus irritiert, weil Sie das, wie gesagt, mehrfach als Instrument zur offensiven Aufklärung angeboten haben. Ich habe das nicht als „fragen Sie doch einfach“ verstanden. Aber gut, danke.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke.

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Wie Sie das verstanden haben, Frau Sziborra-Seidlitz, das kann ich jetzt leider nicht klären. Ich kann es nur anbieten und es muss dann natürlich eine Fraktion den Antrag stellen. Das ist ein übliches Verfahren. Das hätten Sie eigentlich wissen können und müssen. Tut mir leid.

*(Zustimmung bei der CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Feußner. - Wir setzen fort. Die CDU-Fraktion ist wieder an der Reihe. - Herr Kurze.

**Markus Kurze (CDU):**

Danke schön, Herr Präsident. - Eine kurze Vorbemerkung: Bei den jahrelangen Bauarbeiten an der Elbbrücke der A 2 bei Hohenwarthe gab es zahlreiche Unfälle und Todesfälle, viele Umleitungen sowie tägliche Staus. Momentan erleben die Anrainer im Bördekreis, im Jerichower Land und in Magdeburg genau dasselbe. Denn mittlerweile wird wieder ein Stück Autobahn saniert, und zwar zwischen den Anschlussstellen Burg-Ost und Lostau.

Die vielen Unfälle und die Staus auch auf den Umleitungsstrecken bewegen natürlich die Menschen. Es gibt in vielen Gemeinden schon Beschlüsse, in denen gefordert wird, andere Umleitungen zu suchen. Daher frage ich die Landesregierung, ob es im Ministerium für Infrastruktur und Digitales Überlegungen gibt, die Autobahn GmbH des Bundes anzusprechen und mit Blick auf die Unfälle bei Ziesar oder Theeßen zu überlegen, dass man frühzeitiger umleitet, und zwar über das Dreieck Potsdam und über die A 9, die A 14 und die A 38.

Auf der Gegenstrecke gilt genau dasselbe, also von Hannover in Richtung Magdeburg. Dort entstehen genauso Staus; ich habe die Anrainer schon aufgezählt. Die Frage ist, ob man nicht auch dort schon frühzeitiger umleiten kann. Denn es wackeln mittlerweile die Häuser, und die Menschen, die dort tagtäglich zur Arbeit fahren, sind mehr als strapaziert. Vielleicht können wir ein wenig Abhilfe schaffen. Ich bin gespannt, welche Antwort Sie parat haben, Frau Dr. Hüskens.

*(Zustimmung von Anne-Marie Keding, CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Frau Dr. Hüskens ist schon auf dem Weg, um die Antwort zu geben. - Bitte.

**Dr. Lydia Hüskens (Ministerin für Infrastruktur und Digitales):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kurze, die Landesregierung spricht natürlich mit der Autobahngesellschaft, seitdem es die Trennung gegeben hat.

Vorweg: Ich finde die Trennung der Zuständigkeiten für Autobahnen einerseits und das nachgeordnete Netz mit Bundesstraßen, Landesstraßen und Kreisstraßen andererseits außerordentlich unglücklich.

*(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)*

Das sorgt für einen erheblichen Abstimmungsbedarf und führt oft zu dem klassischen Vorgehen: Ich schaue, was auf meiner Straße richtig ist, aber ich schaue nicht, was auf den anderen Straßen passiert.

Wir haben gleichwohl inzwischen einen sehr guten Gesprächsfaden und haben auch die Landkreise, die betroffen sind, also das Jerichower Land, den Bördekreis und häufig auch den Salzlandkreis, in die Gesprächskreise integriert, um dafür Sorge zu tragen, dass jede Verkehrsbehörde jeder Ebene auch immer weiß, was im anderen Bereich stattfindet.

Natürlich sehen auch wir, dass gerade im Jerichower Land die Menschen in den letzten

Jahren erheblich belastet worden sind. Ja, bei der notwendigen Sanierung der Autobahnbrücke konnte man nicht anders handeln. Wir haben bedauerlicherweise nicht an der einen oder anderen Stelle eine andere Brücke, über die man den Verkehr leiten könnte.

Dazu kann man sich einfach einmal den Großraum Magdeburg anschauen. Wenn man nicht über die Autobahnbrücke fährt, dann gibt es tatsächlich nur die Möglichkeiten, in Magdeburg über die Elbe zu fahren oder dann als Nächstes in Schönebeck. Das führt im nahen Raum schon dazu, dass die Strecken, die von den Menschen genutzt werden, sehr begrenzt sind. Das heißt, zuerst versucht man, über die B 1 zu fahren. Bereits Schönebeck ist nur dann eine Möglichkeit, wenn man wirklich sieht, dass es eine Sperrung gibt und gar nicht mehr gefahren werden kann. Wir nehmen wahr, dass gerade Berufskraftfahrer auf die Strecke über Schönebeck ausweichen. Das ist ein Umweg von 56 km. Das führt wirklich nur dann zu einer entsprechenden Akzeptanz.

Wir haben natürlich mit der Autobahngesellschaft auch die Frage geklärt, ob man noch großräumiger ausweichen kann. Nehmen wir einmal das Autobahnkreuz Potsdam, von dem man vielleicht schon abfahren kann. Wir haben das geprüft, aber das sind schon 105 km mehr. Dann passiert Folgendes: Die meisten Menschen fahren heutzutage mit einem Navigationssystem durch die Gegend. Diese Navigationssysteme springen nicht immer so frühzeitig an, dass man rechtzeitig gewarnt wird. Ich habe den Eindruck, sie springen eigentlich immer dann an, wenn man an der letzten sinnvollen Ausfahrt vorbeigefahren ist, sodass wir tatsächlich ein Problem haben.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Es gibt noch einen Punkt, der, glaube ich, sehr menschlich ist. Die Menschen überlegen immer, wie sie am schnellsten zum Ziel kommen. Eigentlich brauchen sie eine verlässliche Information darüber, ob es zeitlich günstiger ist, in den Stau hineinzufahren und sich dort langsam voranzubewegen oder eine Umleitung von 105 km zu fahren. Wir nehmen wahr, dass viele Menschen entscheiden, erst einmal hineinzufahren und dann, wenn sie zu den leider häufigen Sperrungen kommen, eben nach Burg und durch die Nachbarorte zu fahren. Wir finden das extrem unbefriedigend. Wir hatten auch mit der Autobahngesellschaft noch flexiblere Dinge vereinbart. Das ist tatsächlich nicht umgesetzt worden.

Für die Zukunft stelle ich mir ein mobiles System vor, in dem man mehr Informationen bekommt: Wenn man auf der Autobahn bleibt, braucht man etwa eine Stunde, wenn man den Bereich umfährt, dann eine Dreiviertelstunde. Dann hat man eine Entscheidungsmöglichkeit. Ich glaube, dann würden wir auch zu einem entsprechenden Verhalten kommen. Solange Menschen immer noch hoffen, mit dem Weiterfahren auf der A 2 schneller voranzukommen, werden sie, glaube ich, genau das machen.

Das Problem sehen wir genauso wie Sie. Ich ärgere mich auch jedes Mal, wenn ich dort stehe. Ich ärgere mich sehr, dass wir inzwischen bis zur Bundeshauptstadt manchmal drei Stunden brauchen und nicht, wie früher, anderthalb. Wir müssen schauen, dass die Baumaßnahme, die sie dort jetzt erdulden - das sage ich ganz bewusst so -, möglichst zügig vorgebracht wird. Wir müssen für die Zukunft für weitere Baumaßnahmen - die werden definitiv kommen - mit der Autobahngesellschaft besser Vorsorge treffen, flexiblere Umleitungen schaffen und den Menschen auf

der Autobahn bessere Informationen geben, wann es sinnvoll ist, abgeleitet zu werden und in eine entsprechende Umleitung hineinzufahren und wann nicht.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Kurze hat eine Nachfrage.

**Markus Kurze (CDU):**

Ja, danke schön, Herr Präsident. - Danke schön, Frau Ministerin. Die Vorschläge, frühzeitig umzulenken, kommen von Lkw-Fahrern, von Spediteuren und auch von Verkehrsexperten der Polizei. Die nehmen lieber die weiträumige Umleitung in Kauf, als dass sie tagelang auf einem Fleck stehen. Sie stehen tagelang von Ziesar bis nach Magdeburg auf der Landstraße, in den Innenstädten und in den Dörfern. Der Vorschlag stammt nicht aus meiner Feder, sondern er kommt von den gerade Genannten. Ich halte das für schlüssig.

Daher frage ich Sie noch einmal, ob Sie bereit sind, diese Vorschläge trotzdem noch einmal aufzunehmen und konkret an die Autobahn GmbH des Bundes heranzutreten.

**Dr. Lydia Hüskens (Ministerin für Infrastruktur und Digitales):**

Herr Abgeordneter, wir sprechen tatsächlich ständig mit der Autobahn GmbH genau über solche Dinge. Wir machen das jetzt gern noch einmal. Ich will Ihnen aber jetzt nicht eine Hoffnung machen, von der ich im Augenblick schon nicht mehr beseelt bin, nämlich dass die Autobahngesellschaft dieses umgesetzt

bekommt in dem Zeitraum, den Sie sich vorstellen, also während dieser Baumaßnahme.

Ich hoffe darauf, dass wir der Autobahngesellschaft hinreichend Problembewusstsein vermitteln können, dass wir zukünftig bei lang andauernden Baustellen - wie die, die Sie gerade beschrieben haben - mit wenig Ausweichmöglichkeiten den Menschen mithilfe eines flexiblen Leitsystems genau diese Information zur Verfügung stellen können, und zwar: Fahr jetzt hier ab! Dann fährst du - nehmen wir jetzt einmal dieses Beispiel - 105 km mehr; du wirst eine Stunde länger unterwegs sein, aber du hast dann nur diese eine Stunde mehr und bist sicher, dass du dort ankommst, wohin du möchtest. Wenn du auf der Strecke bleibst, dann ist es unwägbar. Man lernt ganz tolle Orte kennen, aber man weiß nicht genau, ob man zu diesem Zeitpunkt ankommt, zu dem man das möchte.

Diese Information hat man im Augenblick nicht. Die Navigationssysteme sind, wie gesagt, dahingehend sehr ausbaufähig. Das heißt, ich brauche tatsächlich eine flexible offizielle Information, so wie wir dies manchmal vor großen Städten kennen, dass man die Verzögerung entsprechend angezeigt bekommt. Es ist unser Ziel für die Zukunft, das mit der Autobahngesellschaft zu verhandeln. Wir werden sie natürlich noch einmal darauf ansprechen, aber ich will hier keine Hoffnung schüren, von der ich selbst nicht mehr überzeugt bin.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Hüskens. - Wir haben die Möglichkeit, noch eine Frage seitens der AfD-Fraktion entgegenzunehmen.

**Lothar Waehler (AfD):**

Als Heizungsbauer habe ich die Frage an die Landesregierung, wie in Zukunft die Umsetzung der Umstellung auf die Fernwärmeversorgung in Sachsen-Anhalt geschehen soll. Derzeit haben wir in Sachsen-Anhalt einen Fernwärmeversorgungsanteil von 27,1 %, wenn man den Veröffentlichungen glauben darf. Die Fernwärmeversorgung wird in Zukunft als Schlüssel in der Heizungswende benannt. Das ist im Endeffekt für mich sehr fraglich, da jeder sicherlich weiß, wie Fernwärme produziert und transportiert wird.

Fernwärme wird in Kraftwerken mit Öl, mit Gas und natürlich auch mit Kohle produziert und wird dann über ein großes Leitungssystem an den Endverbraucher gebracht. Sachsen-Anhalt ist ein ländlich geprägtes Gebiet. Daher ist für mich die Antwort auf die Frage, wie man im ländlichen Raum die Versorgung gewährleisten will, schon ziemlich interessant. Man müsste quasi neue Leitungen und neue Kraftwerke bauen. Das ist - wenn man auf die Ursprünge dieser Heizungswende zurückgehen will - mit den fossilen Brennstoffen eigentlich gar nicht mehr gefragt.

Nun wird das eine Sache werden, wo man die erneuerbaren Energien hinführen muss. An dieser Stelle interessiert mich natürlich, wie die Landesregierung das in Zukunft machen will, wie die Kosten gestaltet werden sollen und wie das überhaupt umgesetzt werden soll; denn das ist doch ein recht komplexes Thema. Als Heizungsbauer kann ich nur sagen: Das wäre eine Megaaufgabe. Man müsste wieder Straßen aufreißen. Große ländliche Gebiete müssten erschlossen werden. Das auf diesem Weg zu transportieren, ist sehr, sehr kostenintensiv. Deswegen ist die ganze Sache

hinsichtlich der Umwelt ziemlich zu hinterfragen.

Meine Frage ist: Wie möchte die Landesregierung damit umgehen? Welche Kosten sind in der Zukunft geplant? Was wird auf die Bevölkerung zukommen?

*(Zustimmung bei der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Willingmann möchte gern antworten. Sie haben noch genau drei Minuten Zeit dafür, dann passt das, dann werden wir die Regierungsbefragung gemäß der Geschäftsordnung beenden.

**Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abg. Waehler, ich antworte gern. Das Thema ist von Ihnen gut umrissen worden, Herr Abgeordneter. Sie haben auch zu Recht gesagt, dass es ziemlich komplex ist. Deshalb ist natürlich die Erwartungshaltung, dass Ihnen jetzt das Mitglied der Landesregierung sagt, wie sich künftig die Preise entwickeln und wie wir welche Strecken, welche Versorgungswege legen wollen, tatsächlich eine Überforderung für diese Regierungsbefragung.

Wir haben folgende Situation: Zu Recht und vernünftigerweise hat sich die Ampelregierung in Berlin dafür entschieden, dass zunächst das Thema kommunale Wärmeplanung geklärt wird und danach die Folgen des Gebäudeenergiegesetzes eintreten und eingreifen,



*(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, bei der CDU und bei der FDP)*

also jene Aufregung, die hier entstanden ist unter dem Stichwort Heizungsgesetz. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass das ein richtiger Schachzug und eine richtige Entscheidung war.

Sie haben dann auch gesehen - Sie sind ja wirklich Experte, was Heizungsbau betrifft -, dass die Bundesregierung gesagt hat: Wir brauchen allein für die Umsetzung dieser kommunalen Wärmeplanung mehrere Jahre. Das Jahr 2028 ist im Moment in Rede.

Wir sind übrigens mit der kommunalen Wärmeplanung im Lande nicht sehr weit. Wir haben sie in Großstädten, wo das schon angegangen wurde, aber nicht durchgängig. Wir haben dort, wo wir urbane Zentren haben, auch Stadtwerke, die sehr intensiv mit Fernwärme arbeiten. Im ländlichen Raum ist das genau das Problem, das Sie gerade angesprochen haben. Aber es ist ebenso wie immer, die Dinge sind nicht eindimensional. Es ist völlig klar, dass wir am Ende des Tages auf jeden Fall mehr Fernwärme haben. Dass im Moment Fernwärme durch Verbrennung von fossilen Energieträgern erzeugt wird, ist auch bekannt. Aber wir werden auf jeden Fall in Zukunft andere Träger dafür brauchen. Auch darüber kann man Fernwärme erzeugen; das wissen auch Sie.

Darüber hinaus werden wir im ländlichen Raum nicht umhinkommen, dass natürlich individuelle Lösungen greifen. Die müssen dann aber auch gefördert werden; denn das Besondere an der kommunalen Wärmeplanung ist ja: Wenn Sie in den Genuss einer Fernwärmeversorgung kommen, sind Sie im Grunde genommen im Heizungskeller entlastet, nämlich um die Problematik der sogenannten Wärme-

pumpe und der dortigen Heizungsanlage. Das wird nicht für alle gehen. Deshalb muss es gleichermaßen mit der Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes die entsprechende Unterstützungsleistung des Bundes geben, der dafür sorgt, dass diese neuen Heizungssysteme strombasiert dort eingebaut werden. Das ist im Moment die Idee dahinter.

Dann sind wir nicht ganz so darauf fixiert, dass alles so bleibt, wie es ist - das wäre ja furchtbar. Wir sind normalerweise ein dynamisches Land. Wir freuen uns darüber, wenn sich Dinge entwickeln. Wir investieren in den nächsten Jahren unendlich viel Geld in den Ausbau von Wasserstoffleitungen. Wenn wir an anderen Stellen noch einmal investieren müssen, auch in den Ausbau von Fernwärmeleitungen, dann wird auch das möglich sein. Dann müssen wir an dieser Stelle mit den Stadtwerken ins Gespräch kommen.

Ich habe gerade vorgestern Mittag ein erstes Gespräch mit Herrn Pietsch, dem Chef der Stadtwerke Magdeburg und zugleich Vorsitzenden des VKU Sachsen-Anhalt, geführt. Dort werden wir uns die Erkenntnisse holen. Dort werden wir gemeinsam ein Modell entwickeln. Dann können wir Ihnen auf Ihre Frage in ein paar Monaten sehr viel konkreter antworten, wie sich das in den nächsten Jahren gestalten soll. Aber wie Sie wissen, die Entscheidung darüber, das umzudrehen - erst kommunale Wärmeplanung, dann Gebäudeenergiegesetz -, ist im Grunde genommen erst ein paar Tage alt und im Bundestag auch noch nicht beschlossen worden. - Vielen Dank.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ich danke auch. - Damit ist die Regierungsbefragung beendet. Wir haben den ersten Tagesordnungspunkt geschafft.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von mir noch einmal kurz nach halb elf guten Morgen zu unserer letzten Sitzungsperiode vor der Sommerpause.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, noch eine kurze Bemerkung von mir zu der letzten Sitzung, die wir vor knapp vier Wochen gehabt haben. In dieser Sitzung hat der Herr Fraktionsvorsitzende Kirchner am 2. Juni 2023 im Rahmen der Debatte zum Antrag „Wahlalter senken“ hier vom Pult aus gesagt:

„Solange wir - wie im Moment - Zustände wie in einer offenen Psychiatrie vorfinden, in der sich vermutlich schwere Fälle in Berlin auf der Regierungsbank wiederfinden, während sich der Nachwuchs auf die Straße klebt, lehnen wir solche Anträge natürlich vollumfänglich ab.“

*(Zustimmung von Florian Schröder, AfD - Lachen bei der AfD)*

Diese Diffamierung von Verfassungsorganen, von Personen, die sich hier nicht wehren können, belege ich mit einem Ordnungsruf gemäß § 80 Abs. 2 und 5 der Geschäftsordnung.

*(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

Kommen wir nun zum Tagesordnungspunkt 3 - Alarmstufe Rot! Entschuldigung, Tagesordnungspunkt 2. Das war die uralte Planung.

*(Marco Tullner, CDU: Alarmstufe Gelb! - Lachen)*

Ich rufe auf den

**Tagesordnungspunkt 2****Aktuelle Debatte****Stabile Demokratie, Weltoffenheit und Willkommenskultur - Grundlagen für wissenschaftliche Exzellenz, neue Investitionen, Arbeitskräftegewinnung und Wohlstand**

Antrag Fraktion SPD - **Drs. 8/2816**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Die Redezeit der Landesregierung beträgt ebenfalls zehn Minuten. Die Fraktionen sprechen in folgender Reihenfolge: SPD, AfD, CDU, DIE LINKE, FDP und GRÜNE. Zunächst spricht die Fraktionsvorsitzende der SPD Frau Pähle. - Sie haben das Wort, bitte sehr.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Hohes Haus! Als es nach 1990 darum ging, wo es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neue, moderne Industrieanstaltungen geben würde und wo neue Arbeitsplätze entstehen könnten, machte sich die traditionsreiche mitteldeutsche Industrieregion einschließlich des Raums Magdeburg große Hoffnungen. Diese Hoffnungen waren gut begründet; denn für die Region sprachen zwei gute Argumente: die einmalige verkehrsgünstige Lage mitten im vereinten Deutschland, mitten in einem Europa ohne Grenzen und die große Zahl von qualifizierten Arbeitskräften, vom Facharbeiter bis hin zur Ingenieurin, von deren DDR-Berufserfahrung jeder neue Eigentümer hätte profitieren können.

Wenn diese Gründe gezogen hätten, dann hätte Sachsen-Anhalt schon damals zu den Gewinnern der deutschen Einheit zählen können. Wir wissen alle, so ist es nicht gekommen - einerseits, weil die Treuhand auf zukunftsfähige Arbeitsplätze gepfeifen hat, andererseits, weil viele westdeutsche und internationale Unternehmen bei uns Betriebe nicht gekauft haben, um zu investieren, sondern um den Markt zu bereinigen und um Überkapazitäten abzubauen

*(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU)*

oder um sich bestenfalls kostengünstig eine verlängerte Werkbank zuzulegen.

Was damals passierte, war organisierte Verantwortungslosigkeit. Diese negativen Erfahrungen haben viele Menschen nachhaltig geprägt. Die Entwertung ihrer beruflichen Erfahrung hat viele verbittert. Seitdem ist in unserem Land mit Gründermut und mit innovativen Ideen gleichwohl sehr viel auf die Beine gestellt worden.

Aber das, was wir derzeit erleben, ist eine neue positive Qualität. Die größte ausländische Direktinvestitionen in der deutschen Nachkriegsgeschichte kommt nach Magdeburg. In Leuna versammeln sich immer mehr Kompetenzen in Sachen Wasserstoff, also in einer der Schlüsseltechnologien für die Industrie der Zukunft, eingebettet in einen internationalen Forschungsverbund und in einer engen Verbindung mit anwendungsorientierten Vorhaben. Halle wird zum Sitz eines Thinktanks für die Gestaltung dieser und künftiger Transformationsprozesse. Zugleich bewerben sich unsere beiden Universitäten mit mehreren Clustern darum, Spitzenforschung im Interesse einer nachhaltigen und einer energieeffizienten

Produktion in die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern einzubringen. Der Minister wird dazu nachher sicherlich noch mehr sagen.

Weitere große Ansiedlungen, auch in kleinen Städten, kommen aktuell hinzu. Wir haben also eine echte Chance auf einen neuen Aufbruch für den Osten. Diese Chance müssen wir mit beiden Händen ergreifen.

*(Zustimmung von Juliane Kleemann, SPD, von Dr. Heide Richter-Airijoki, SPD, und bei der FDP)*

Aber damit das klappt, müssen wir damit umgehen, dass heute eben nicht mehr eine große Zahl von qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern auf der Straße steht. Wir müssen heute das Problem des Arbeitskräftemangels lösen und die wirtschaftliche Entwicklung stützen, und das, um es noch einmal unmissverständlich zu sagen, funktioniert nur mit Zuwanderung;

*(Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)*

alles andere ist Augenwischerei. Gleichzeitig müssen wir daran arbeiten, die Menschen, die heute noch arbeitslos und arbeitsfähig sind, für eine Arbeitsaufnahme zu qualifizieren und zu motivieren, auf dem ersten Arbeitsmarkt ideale Bedingungen für Menschen mit Behinderung zu schaffen

*(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

und weitere Hindernisse für die Erwerbstätigkeit von Frauen aus dem Weg zu räumen, wozu übrigens auf der Bundesebene gerade mit einer Diskussion über das Elterngeld beigetragen werden soll.

Selbst wenn wir all das schaffen, brauchen wir Zuwanderung in Größenordnungen, wenn wir die Grundlage unseres Wohlstandes nicht gefährden wollen.

Um es ebenso deutlich zu sagen: Es geht nicht bloß um die IT-Koryphäen aus Indien, nicht nur um hoch qualifizierte Fachkräfte. Wir brauchen helfende Hände und kluge Köpfe in der Pflege, in der Medizin, im Handwerk, in der Gastronomie, an unseren Schulen und, ja, auch im öffentlichen Dienst. Deshalb hat der Bundestag in der vergangenen Woche mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz genau das Richtige getan. Die Zuwanderung von Fachkräften wird erheblich vereinfacht. Die Sprachförderung wird deutlich ausgebaut. Bewerbungs- und Anerkennungsverfahren werden entbürokratisiert.

Was die SPD-geführte Koalition in Berlin jetzt geschafft hat, ist zugleich ein wirtschafts- und ein arbeitnehmerfreundliches Gesetz. Aber Gesetze allein reichen nicht aus, um Menschen für das Land und die Arbeit in Deutschland und gern auch in Sachsen-Anhalt zu gewinnen. Wir brauchen auch ein gesellschaftliches Klima, in dem sich Zuwandernde willkommen fühlen.

*(Beifall bei der SPD)*

Wenn sich Berichte von Übergriffen gegen Menschen mit Migrationsgeschichte verbreiten, wenn Menschen Erfahrung mit Alltagsrassismus und Antisemitismus machen, wenn gegen Flüchtlingsunterkünfte demonstriert wird, aber auch wenn die „New York Times“ meldet, dass zum ersten Mal seit 1945 in Deutschland ein Rechtsextremist zum Landrat gewählt wurde, dann schreckt das Menschen ab,

*(Oliver Kirchner, AfD: Das schreckt die Linksextremisten ab!)*

die wir in unseren Betrieben, in unseren Krankenhäusern, im Nahverkehr und eben auch für Intel brauchen.

Es wirkt ebenso negativ auf die internationale Besetzung von Teams, die an Universitäten und Fachhochschulen arbeiten und forschen. Es wirkt negativ auf die internationalen Studierenden, die wir an unseren Hochschulen ausbilden und sie für eine Studienaufnahme in Sachsen-Anhalt gewinnen wollen und aus denen wir unser akademisches Führungspotenzial von morgen gewinnen müssen. Kurz gesagt: Rassismus schädigt unser Land.

*(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)*

Wir müssen der Menschenfeindlichkeit von rechts außen deshalb weiter eine breite Willkommenskultur in unseren Städten und Gemeinden entgegensetzen. Gerade jetzt brauchen die zivilgesellschaftlichen Bündnisse und Initiativen für Demokratie unsere Rücken- deckung.

*(Oliver Kirchner, AfD: Nehmen Sie Ihre linken Gewerkschaften!)*

Rassismus ist kein Ostproblem. Für viele politisch Verantwortliche im Bund und in den westdeutschen Ländern ist es ein allzu bequemer Weg, sich unbequemen Debatten zu entziehen. Es ist kein Problem des Ostens und es ist auch kein Demokratiedefizit des Ostens. Das ist nicht nur eine historische Ungerechtigkeit gegenüber den friedlichen Revolutionen im Jahr 1989; sondern es heißt auch, die Augen zu verschließen vor menschenfeindlichen antidemokratischen Auffassungsstrukturen, die es in ganz Deutschland gibt.

Aber auch wir dürfen gegenüber spezifischen Problemlagen hier im Land keine Scheuklappen

anlegen. Vor ca. einer halben Stunde sind die Ergebnisse einer neuen Studie aus Leipzig in Berlin vorgestellt worden und an uns verschickt worden. Es geht um die Leipziger Autoritarismusstudie, die Ergebnisse einer Befragung, die insbesondere die Situation in Ostdeutschland beleuchtet und Vergleiche zwischen den einzelnen ostdeutschen Ländern vornimmt.

Schon der erste Blick zeigt: Sachsen-Anhalt hat keinen Grund, mit dem ausgestreckten Finger auf Nachbarländer zu verweisen. Nach dieser Studie wird in Sachsen-Anhalt sogar der höchste Anteil von Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild gemessen. Er liegt bei 11,6 %. Dieser Befund zeigt deutlich: Wer rechtes Denken, Handeln und Wählen als bloßen Protest abtut, der lügt sich in die eigene Tasche.

*(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

Rechtsextreme Ideologien, Antisemitismus und Ablehnung der Demokratie haben nichts mit Kritik am Gebäudeenergiegesetz zu tun.

*(Oliver Kirchner, AfD: Das hat ganz stark mit der Einwanderung, mit der Zuwanderung zu tun!)*

Was wir jetzt klarmachen müssen, ist: Wir, die Befürworter der Demokratie, die Unterstützer eines weltoffenen Sachsen-Anhalts, sind die Mehrheit. Wir sorgen gemeinsam dafür, dass Menschen, die neu in unser Land kommen, um hier zu arbeiten, in Sachsen-Anhalt gute Nachbarn finden. Wir kümmern uns darum, dass sich unsere Schulen für Kinder aus ganz unterschiedlichen Ländern öffnen - ich bin sicher, das funktioniert auch ohne Stabsstelle - und dass auch Erwachsene alle Möglichkeiten haben, ihre Deutschkenntnisse zu vertiefen und ihren Platz in unserem Land zu finden.

Um es kurz zusammenzufassen. Wer „I“ wie Intel sagt, der muss auch „V“ wie Vielfalt sagen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU - Oh! bei der AfD)*

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Es gibt eine Intervention von Herrn Hecht, wenn ich das richtig sehe. - Bitte sehr.

#### **Christian Hecht (AfD):**

Frau Pähle, Sie haben gesagt, dass die „New York Times“ darüber berichtet habe, dass ein Rechtsextremist den Posten des Landrates bekommen habe. Ich habe den Artikel der „New York Times“ in der Hand, und ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, so etwas zu behaupten. Darin steht nichts von „Robert Sesselmann ist ein Rechtsextremist“.

*(Zuruf von der AfD: Fake News!)*

#### **Dr. Katja Pähle (SPD):**

Das können wir nachher abgleichen, Herr Hecht.

*(Zuruf von der AfD: Das ist Ihre Wahrnehmung!)*

#### **Christian Hecht (AfD):**

Ich habe mir den Artikel herausgesucht. Darin steht nichts. Das ist der Artikel von Herrn Schuetze, der in Berlin tätig ist. Einen anderen

gibt es dazu nicht. Wir können es gern abgleichen. Aber nach dem, was ich in dem Artikel gelesen habe, ist dies nicht der Fall.

*(Zuruf von der AfD: Fake News! - Frank Otto Lizureck, AfD, steht am Mikrofon)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Lizureck, noch einmal zu den Regeln im Zusammenhang mit einer Rede. Interventionen und Fragen sind während der Reden anzuzeigen und nicht danach.

*(Frank Otto Lizureck, AfD: Ich bin aufgestanden!)*

- Ja, nachdem Frau Pähle ihre Rede beendet hat, sind Sie aufgestanden. Ich habe gerade mit beiden Schriftführern darüber geredet. Grundsätzlich: während der Rede anzeigen und nicht erst danach. - Danke.

Wir kommen nun zu dem Redebeitrag der Landesregierung. Diesen hält der Kollege Willingmann.

**Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte und der Vortrag von Frau Dr. Pähle sprechen ein wichtiges Thema unserer Zeit an. Wir sind ein Land im Um- und Aufbruch. Wir sind ein Land, wie es aus der Landesregierung heraus gern gesagt wird, auf der Überholspur in Sachen Ansiedlung von Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen. Reden wir also darüber, was es braucht, um diese Erfolge dauerhaft zu sichern und mit Leben zu erfüllen.

Wissenschaft und Forschung, die in diesem Antrag vor allen Dingen adressiert sind, sind als solche grenzüberschreitend international und immer weltoffen. Die Internationalität wird an den wissenschaftlichen Einrichtungen in Sachsen-Anhalt gepflegt; denn anders würde es nicht funktionieren. Dies zeigen die Vielfalt der internationalen Kooperationen, die Austauschprogramme und die Mobilitätsströme, und das sowohl bei Studierenden als auch bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Internationale Wissenschaftler und weltoffene Wissenschaftler nutzen aber nicht nur die Wissenschaft selbst, sondern sie sorgen auch dafür, dass sich Menschen aus verschiedenen Ländern begegnen, besser verstehen und kennenlernen. Das geschieht bei uns und das ist wichtiger denn je.

Auch für die Entwicklung unseres Landes ist es deshalb bedeutsam, dass es gelingt, Menschen von anderswo anzuziehen. Qualifizierte Arbeitskräfte werden auch in Sachsen-Anhalt gesucht. Diese Suche wird weiter zunehmen. Sie hängt unmittelbar mit dem großen Projekt Intel zusammen, aber endet dort natürlich nicht. Insbesondere müssen wir das Spannungsverhältnis lösen, dass wir auf der einen Seite eine spektakuläre Neuansiedlung haben und auf der anderen Seite Bestandsunternehmen, die ihrerseits ebenfalls Fachkräfte brauchen. Zuzug ist das Mittel der Wahl.

Nun ist Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren schon das Investitionsziel vor allem ausländischer Unternehmen geworden. UPM - im Antrag bereits genannt; ein finnischer Konzern mit Standort in Leuna - und bspw. Horiba in Barleben, ein japanisches Unternehmen, zeigen, dass sie Sachsen-Anhalt auf dem Schirm haben und dass sie gern hierherkommen, aber sie kommen natürlich auch mit einer

Belegschaft. Sie kommen mit Personal, das einen internationalen Hintergrund hat, und dieser internationale Hintergrund muss von uns akzeptiert und gelebt werden.

Ich will den Blick weiter lenken. Erstens. Das Großforschungszentrum CTC, das ebenfalls in den Süden Sachsen-Anhalts respektive den Norden Sachsens kommt, hat kein geringeres Ziel, als wichtige Verfahren und Kreisläufe der Chemie zukunftsfest zu machen und wieder verstärkt heimatnah umzugestalten. Das ist ein wichtiges Vorhaben im Kernland der chemischen Industrie. Das Projekt hat gewaltige Dimensionen. Mehr als 1 000 hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden gesucht. Mindestens 300 davon werden in Sachsen-Anhalt beschäftigt sein. Sie wissen, die Standortentscheidung ist noch nicht endgültig, aber die Landesregierung setzt sich sehr für den Standort Leuna ein. Der Bund hat darüber zu entscheiden.

Zweitens. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt soll ab dem Jahr 2024 in Leuna die weltweit erste Entwicklungsplattform für Power-to-Liquid-Kraftstoffe für die Luft- und Schifffahrt errichten. Dies ist ein Projekt, das bis zum Jahr 2035 läuft und eine mittlere dreistellige Millionenförderung erhält. Damit sind 100 Arbeitsplätze im Bereich Bau, Anlagen und Betrieb und eben Forschung verbunden. Wir brauchen Fachkräfte.

Das dritte Projekt ist von Frau Pähle ebenfalls schon genannt worden. Der schöne, der großartige Erfolg, den sich die Hallenser auf die Fahne schreiben können: Das Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation, das nach Sachsen-Anhalt kommt.

*(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von Andreas Silbersack, FDP)*

Die wirklich großartigen Bemühungen des Teams um Bürgermeister Geier und die Unterstützung vonseiten der Landesregierung haben dazu beigetragen, dass diese Investition in Höhe von 200 Millionen € nach Sachsen-Anhalt kommt; 180 neue Stellen, mehrere Professuren an der Martin-Luther-Universität - Dr. Pähle hat zu Recht von einem Thinktank gesprochen. Das alles ist doch hoffnungstimmend.

Aber es zeigt auch, dass wir mit den eigenen Fachkräften, mit Fachkräften aus Deutschland nicht mehr hinkommen. Wir brauchen dringend Zuzug, Zuwanderung. Dies gilt natürlich auch für die bereits angesprochenen Cluster in der Exzellenzstrategie. Wir setzen große Hoffnungen darauf, dass sich das Land Sachsen-Anhalt, die beiden Universitäten, erfolgreich an der Exzellenzstrategie beteiligen werden. Diese Hoffnung ist berechtigt.

Ich will Ihnen an dieser Stelle nicht verschweigen, warum das so ist. Wir haben seit dem Jahr 2016 dafür gesorgt, dass das Auf und Ab in der Wissenschaftspolitik dieses Landes, das ständige „mal fördern und dann wieder zurückholen“ ein Ende hat.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)*

Seit dem Jahr 2016 wird kontinuierlich in die Wissenschaft investiert. Es ist vor allen Dingen Ruhe eingezogen. Mit der Entscheidung der Koalition, im Koalitionsvertrag 2021 die Existenzstrategie zu fördern, ist etwas geschehen, das finanziell Sicherheit schafft. Deshalb konnten wir alle - ich gehe davon aus, dass das für die Allermeisten gilt - im Umwelt- und Wissenschaftsausschuss in der vorvergangenen Woche erleben, wie engagiert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Projekte vortragen.

*(Zustimmung bei der SPD)*

Meine Damen und Herren! Wir haben in Ostdeutschland einen der höchsten Ausländeranteile, wenn es um Studierende geht. Im Land Sachsen-Anhalt sind es ca. 15,6 %. Im Bund liegt der Anteil bei 11,9 %. Und noch etwas sei Ihnen gesagt: 20 % kommen aus Indien, 11 % aus China, je 5 % aus Syrien und Bangladesch. Das ist international.

Einige Hochschulen haben einen Anteil ausländischer Studierender von 14 %, nämlich die Universität Halle, bzw. von 63 %, nämlich die Hochschule Anhalt. Diesbezüglich ist eine Menge geschehen. Das Landesstudienkolleg hat sich nicht erst jetzt in der Situation nach dem russischen Überfall auf die Ukraine extrem ins Zeug gelegt, um die Weiterqualifikation junger Menschen hin zu einem Abschluss, der eine Studienbefähigung oder Studierbefähigung enthält, auszugestalten.

60 ausländische Professorinnen und Professoren im Lande; rund 700 aus dem Ausland stammende wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; das alles sind gute Signale und das ist alles richtig. Wir sind an dieser Stelle vielleicht sogar attraktiver, als wir es selbst empfinden, auch wenn manche darauf unterschiedlich reagieren. Ich meine, es ist ein Grund zur Freude, dass wir so international sind.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)*

Aber lassen Sie uns diesen Erfolg nicht verspielen. Wir brauchen diesen Erfolg dauerhaft und deshalb ist die Internationalität nicht nur in der Wissenschaft wichtig - Strukturwandel, Energiewende, überall ausländisches Fachkräftepotenzial, das zu nutzen ist. Holen und Halten, das

ist die Devise und daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Wie machen wir das? - Das Land hat sich zum Ziel gesetzt, eine faire und bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland zu ermöglichen und Unternehmen ebenso wie Zuwandernde aus dem Ausland gezielt zu unterstützen. Wir wollen ein attraktives Zuwanderungsland werden und an dieser Stelle attraktiv für Menschen aus dem Ausland, die hier ihre Zukunft gestalten wollen.

Ganz zentral dabei sind attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen; d. h. in den Unternehmen sichtbare Mitarbeiterorientierung, gute, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, faire Löhne, hohe Tarifbindung und eine starke Sozialpartnerschaft.

*(Beifall bei der SPD)*

So wollen wir es auch über unseren Koalitionsvertrag absichern und wir haben das im Blick.

Um ausländische Fachkräfte zu gewinnen, müssen viele Rädchen ineinandergreifen, aber dazu gehören schon einige, die funktionieren: die Beratung und Begleitung von Unternehmen und Zuwanderungsinteressierten zu rechtlichen Voraussetzungen - Stichwort Fachkräfteeinwanderungsgesetz -, die zügige Anerkennung ausländischer Qualifikation und die kraftvolle berufliche und betriebliche Integration sowie die Förderung fairer und sozialrechtlicher Mindeststandards.

Unter Federführung unseres Sozialministeriums unter Kollegin Grimm-Benne sind zahllose Maßnahmen bereits ergriffen worden. Dazu gehört auch das Welcomecenter als verlässliche Anlaufstelle für Unternehmen und zuwanderungsinteressierte ausländische Fachkräfte.



*(Beifall bei der SPD)*

Das Beratungsangebot für migrantische Arbeitskräfte zur Stärkung fairer und nachhaltiger Rahmenbedingungen bei der Beschäftigung ausländischer Fachkräfte ist ebenfalls zu nennen. Darüber hinaus hat sich das Sozialministerium erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Angebot zur sprachlichen Grund- und Erstorientierung in Sachsen-Anhalt ausgebaut wird.

All die genannten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sollen in den kommenden Jahren bedarfsorientiert weiterentwickelt werden, die Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse vereinfacht und beschleunigt und die Visa-Erteilung an ausländische Fachkräfte durch den Bund ebenfalls beschleunigt werden.

Was aber bei alledem unverzichtbar ist, das ist eine echte Willkommenskultur. Nur wenn sich die Menschen im Land Sachsen-Anhalt willkommen fühlen und die Migration in den Arbeitsmarkt positiv anerkannt und gefördert wird, werden sie sich für eine Zukunft im Land Sachsen-Anhalt entscheiden.

Dafür braucht es vor allem diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen, am politischen, am kulturellen und am wirtschaftlichen Leben. Dazu sind wir alle aufgefordert, Ausländerfeindlichkeit aktiv und konsequent entgegenzutreten sowie eine zukunftsbejahende Willkommenskultur zu etablieren.

Lassen Sie es mich wiederholen: Andere Bundesländer haben sicherlich eine große Vergangenheit, das Land Sachsen-Anhalt hat eine großartige Zukunft vor sich:

*(Zustimmung bei der SPD)*

weltoffen und international. Wir wollen diese Erfolge nicht verspielen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke. Es gibt keine Fragen. - Dann gehen wir in die Debatte der Fraktionen. Es spricht als Erster Herr Tillschneider für die AfD-Fraktion.

*(Zustimmung bei der AfD)*

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt meint, sie könne mit dem, was SPDler heutzutage unter Weltoffenheit, Demokratie und Willkommenskultur verstehen, Investitionen anlocken, Arbeitskräfte gewinnen, unseren Wohlstand sichern und die Universitäten zu Spitzenleistungen motivieren. Der Cannabisantrag ist zwar erst morgen dran; erlauben Sie mir aber trotzdem heute schon die Frage: Was haben Sie geraucht?

*(Beifall bei der AfD)*

Ich stelle mir so eine typische SPDlerin vor - nehmen wir Sie, Frau Pähle -, wie Sie hier vor einer Versammlung chinesischer, indischer und arabischer Unternehmer, Investoren und Fachkräfte stehen und erklären, wie die Demokratie nach dem Gusto der SPD zu sein habe und wie unverhandelbar dieses spezialdemokratische Demokratieverständnis doch sei. Anschließend würden Sie auf die sogenannte Diversität zu

sprechen kommen, der sich jedes Unternehmen, das hier wirtschaften will, gefälligst anzubequemen habe, und würden den ausländischen Investoren und Fachkräften erklären, dass hierzulande natürlich auch Männer Ende 50 mit stattlichem Bierbauch jederzeit das Recht haben müssen, geschminkt in High Heels und Minirock zur Arbeit zu erscheinen,

*(Lachen bei der SPD)*

ohne dass ihre Kollegen auch nur eine Mine verziehen dürfen.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Weiter würden Sie erklären, dass dem Frauenanteil in der Chefetage ein besonderes Augenmerk gelte und dieser Frauenanteil mindestens soundso viel Prozent zu betragen habe. Sie würden verkünden, dass die Löhne nicht frei mit den Beschäftigten ausgehandelt werden könnten, sondern hier strenge Equal-Pay-Regeln gälten. Sie würden bei dieser Gelegenheit in einem Nebensatz darauf hinweisen, dass bei der Beantragung von Fördergeldern die Genderschreibweise zu beachten sei und natürlich Gleichstellungsbeauftragte zu benennen seien.

Wenn Sie damit fertig wären, würden Sie erklären, dass Deutschland ein Energiewendeland sei, würden mit Inbrunst die Dogmen der Klimareligion herunterbeten, an die Verantwortung für den Planeten appellieren und die höchsten Strompreise der Welt angesichts solch hehrer Ziele zur Nebensächlichkeit erklären.

Den einwanderungswilligen Fachkräften würden Sie stolz eröffnen, dass in deutschen Schulen und Kindergärten die normale Familie aus Mann und Frau nicht mehr als Vorbild vermittelt werden darf. Sie würden darauf hinweisen, dass, wenn jemand beabsichtigen

sollte, in Deutschland ein Haus zu kaufen, er ab dem Jahr 2030 nicht mehr mit Öl, Gas oder Holz heizen darf und ab dem Jahr 2035 in der EU keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden.

Zum Abschluss würden Sie dann noch verkünden, dass Unternehmen, die sich in Deutschland ansiedeln wollen, ihre Geschäfte mit Russland besser komplett einstellen und vor ihren Geschäftsstellen vorsorglich Regenbogenflaggen hissen sollten.

*(Lachen bei der AfD)*

Im Übrigen sollten die ausländischen Unternehmer und Fachkräfte aber ganz unbesorgt sein: So etwas wie ein deutscher Nationalcharakter werde sie nicht mehr belästigen. Dafür trete man ihnen mit einer wunderbaren Willkommenskultur gegenüber, die so groß und so überschwänglich sei, dass wir uns auch über des Lesens und Schreibens unkundige Migranten freuen, die sich in unserem Sozialsystem wohlfühlen; wobei die arbeitswilligen und qualifizierten Fachkräfte unter den Einwanderern den Spaß natürlich mitfinanzieren dürften.

Ich glaube, wenn Sie am Ende Ihrer Rede von Ihrem Manuskript aufblicken würden, wäre der Saal leer gefegt.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Einen Nachzügler würden Sie vielleicht noch bemerken, wie er, auf die verschwendete Zeit schimpfend, die Tür zuknallt. Alle anderen aber hätten schon in wildem Lauf die Flucht ergriffen. Angesichts der zu wenigen Taxis in der Stadt würden sich Handgreiflichkeiten entwickeln, weil alle so schnell wie möglich zum nächsten Flughafen gebracht werden wollen, um dieses verwunschene Land lieber heute als morgen zu verlassen.

*(Beifall bei der AfD)*

Wissen Sie, Frau Pähle, wenn das, was Sie und Ihresgleichen unter Weltoffenheit, Demokratie und Willkommenskultur verstehen, ein Garant für wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erfolg wäre, dann stünde China nicht dort, wo es heute steht, dann stünde Indien nicht dort, wo es heute steht, und dann stünde auch Dubai nicht dort, wo es heute steht.

*(Zuruf von der AfD: Genau!)*

Die zurzeit erfolgreichsten Wirtschaftsnationen zeichnen sich dadurch aus, dass sie niedrige Energiepreise haben, eine herausragende und schnelle Verkehrsinfrastruktur bieten, den Unternehmen nur wenig Bürokratie und vor allem keine sinnfreie Ideologie zumuten und die Steuern niedrig halten.

*(Beifall bei der AfD)*

Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie über leistungsorientierte Bildungssysteme verfügen, in dem der Lehrer eine Autoritätsperson darstellt und eine hohe Disziplin im Klassenraum herrscht. Außerdem bekennen sich die aufstrebenden Länder zu ihrer Nationalkultur und erwarten von den Einwanderern, dass sie sich an die Kultur des Landes, in das sie einwandern, anpassen und nicht umgekehrt. Ich habe jedenfalls noch nichts davon gehört, dass in den Vereinigten Arabischen Emiraten Programme aufgelegt worden seien, die den arabischen Nationalcharakter bekämpfen sollen, damit Investoren und Fachkräfte nicht durch ein zu arabisches Arabien verschreckt werden.

Damit sind die wirtschaftlich aufstrebenden Länder in allen, aber auch wirklich in allen Punkten der exakte Gegenentwurf zu dem, was die SPD verkörpert,

*(Zuruf von der AfD: Richtig!)*

und, da die SPD dem Deutschland von heute leider ihren Stempel aufgedrückt hat, zugleich der Gegenentwurf zu dem, wofür Deutschland heute steht.

Deutschland ist leider schon lange kein aufstrebendes Land mehr. Wir zehren von altem Wohlstand. Wir zehren von Nachwirkungen eines früheren erstklassigen Bildungssystems. Wir zehren von Resten guter Traditionen, die sich gehalten haben. Wir sind erschlafft, wir sind dekadent geworden, wir sind auf dem absteigenden Ast. Schuld daran hat vor allem die SPD. Sie haben unsere deutsche Wirtschaft ruiniert. Sie haben zusammen mit den GRÜNEN Deutschland herabgewirtschaftet und Sie machen immer weiter. Sie sind die Letzten, Sie sind wirklich die Allerletzten, von denen wir gute Ratschläge annehmen müssten.

*(Starker Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Bravo!)*

Das größte Investitionshindernis in diesem Land heißt nicht AfD,

*(Zuruf von der SPD: Doch!)*

das größte Investitionshindernis in diesem Land heißt SPD und natürlich auch FDP, CDU, GRÜNE und LINKE; denn ihre Politik unterscheidet sich kaum noch.

*(Starker Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Bravo!)*

Ihre Vorschläge sind nur noch als Negativfolie hilfreich. Wenn wir genau das Gegenteil von dem tun würden, was Sie wollen, wären wir auf dem richtigen Weg. Um der Wirtschaft und der Wissenschaft in diesem Land wieder

aufzuhelfen, brauchen wir keine Programme gegen rechts. Wir brauchen ein groß angelegtes Programm gegen die Genderideologie, gegen die Regenbogenideologie und gegen die Klimadoktrin; ein Programm, das diese Wahnvorstellungen ausmerzt und dem gesunden Menschenverstand in allen Lebensbereichen wieder zum Durchbruch verhilft.

*(Starker Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)*

Wenn Sie jetzt auf die Intel-Ansiedlung und die USA als Ihr großes Vorbild verweisen, so gilt doch: Das Ganze wird je fragwürdiger, desto länger die Geschichte geht. Die schwindelerregende Summe an Fördergeld in Höhe von 10 Milliarden € lässt jedenfalls Zweifel aufkommen, ob sich das Ganze am Ende überhaupt noch gelohnt haben wird. Die USA haben zwar noch die stärkste Volkswirtschaft der Welt, die BRICS-Staaten sind aber dabei, gewaltig aufzuholen; während die USA in schleichendem Niedergang begriffen sind, wobei, wie sich immer deutlicher zeigt, die perverse Regenbogenideologie das Wirtschaften lähmt und hemmt.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Fall der US-Bier-Marke „Bud Light“. Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, kam jemand auf die Idee, eine Transschauspielerin Werbung für dieses Bier machen zu lassen. Die Folge war ein Umsatzseinbruch von rund einem Viertel.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Ebenso hat die Einzelhandelskette „Target“ geglaubt, mit Regenbogendevotionalien in ihrem Sortiment punkten zu können. Auch dort war ein empfindlicher Umsatzrückgang die Folge.

In Auseinandersetzung mit solchen Fällen hat sich mittlerweile die Unternehmermaxime „go woke, go broke“ - auf Deutsch etwa: mach einen auf Regenbogen, geh bankrott - entwickelt.

Die verschiedenen Manifestationen der Regenbogenideologie werden von den allermeisten Menschen - vorsichtig formuliert - eben nicht gerade als attraktiv wahrgenommen. Diese Ideologie verdirbt die Lebensfreude und lähmt alle Kräfte, die man für gesundes Wirtschaften braucht.

Nicht die AfD, sondern die mit kruden Werten überladene, vor verqueerer Ideologie triefende, völlig einseitig an den USA orientierte Wirtschaftspolitik der Altparteien ist zurzeit das Hauptproblem für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

*(Beifall bei der AfD)*

Der Kern einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik besteht darin, Wirtschaft und Politik nicht mit aller Gewalt zu vermengen, sondern Wirtschaft und Politik, so gut es geht, zu trennen. Die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetze, und eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie diese Gesetze beachtet.

*(Dr. Falko Grube, SPD, lacht)*

Auf dem Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg vor zwei Wochen hat sich die gesamte normale Welt, also die ganze Welt außer dem sogenannten Westen, versammelt, um wirtschaftlichen Austausch zu pflegen.

Der algerische Präsident Abdelmadjid Tebboune hat auf diesem Treffen bei der großen

Plenarsitzung am 16. Juni genau das gesagt: Wir müssen lernen, die Politik aus der Wirtschaft herauszuhalten; was die Vertreter aller 130 dort versammelten Länder mit lebhaftem Applaus quittiert haben. Der algerische Präsident versteht ganz offensichtlich mehr von Wirtschaft als die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Es ist zwar keine große Kunst - wirklich keine große Kunst! -, mehr von Wirtschaft zu verstehen als die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt; trotzdem stelle ich fest, dass wir besser auf die Worte des algerischen Präsidenten hören sollten als auf das, was die SPD-Fraktion in dieser Debatte zum Besten gegeben hat.  
- Vielen Dank.

*(Beifall bei der AfD)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Der Kollege Tullner ist auf dem Weg, und zwar deshalb, weil er jetzt für die CDU-Fraktion spricht. - Sie haben das Wort; bitte sehr.

**Marco Tullner (CDU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gestehe offen: Ich bin in der Regel kein Fan von Aktuellen Debatten und bin in meiner Meinung heute ein wenig bestärkt worden. Es ist nicht sehr hilfreich, sich gut gemeinte Themen auszusuchen, die in einer sehr zersetzten Debatte enden und bei der man sich am Ende fragt, was denn der Sinn und das Ergebnis einer solchen Debatte sein soll.

Als CDU-Fraktion, die größte Fraktion in diesem Hohen Haus,

*(Zuruf von der AfD: Noch!)*

werden wir uns solchen Debatten natürlich nicht verweigern. Ich habe angesichts dieses Antragstextes lange überlegt, wie man eine solche Debatte führt. Ich war jetzt auch gespannt, wie die Intonierung hier stattfindet, und bin ein wenig hin- und hergerissen, wie ich diese gestalte.

Ich beginne einmal wie folgt: Im Jahr 2002 - das war das Jahr, in dem die CDU mit Prof. Böhmer die Regierung übernommen hat - waren wir ein Land, über das alle milde gelächelt haben, wo so ein bisschen Larmoyanz, auch viel Problemsicht, wenig Licht und ganz viel Schatten vorhanden waren. Wenn wir heute Bilanz ziehen und schauen, wo das Land Sachsen-Anhalt heute steht, dann stelle ich fest. Diese CDU-Jahre sind eine Erfolgsgeschichte und gute Jahre für das Land Sachsen-Anhalt gewesen.

*(Beifall bei der CDU - Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)*

Das kann man an der Intel-Ansiedlung festmachen.

*(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)*

Das kann man an dem Zukunftszentrum festmachen. Das kann man aber auch an den vielen kleinen und mittelständischen Erfolgsgeschichten festmachen.

*(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)*

- Kollege Lange, als Landesvorsitzender sollten Sie vielleicht dem Redner mehr vertrauen als Ihrem Pendant auf der anderen Seite.

*(Beifall bei der CDU)*

Wir haben so viele Erfolgsgeschichten in diesem Land geschrieben - damit will ich jetzt nicht zu einer rosaroten Sichtweise kommen -, sodass

wir darauf gemeinsam stolz sein können; denn die CDU hat nicht allein regiert, sondern wir haben uns immer konstruktive Partner gesucht - manchmal war es ruppiger, manchmal harmo- nischer - und am Ende den gemeinsamen Willen verkörpert, dieses Land voranzubringen. Das ist eine wichtige Botschaft, denn die Menschen er- warten von uns keine weltideologischen Debat- ten, irgendeine Weltuntergangsstimmung oder was auch immer, sondern die Menschen erwar- ten von uns Lösungen für konkrete Probleme. Das ist, glaube ich, der wichtigste Punkt in die- ser Debatte.

*(Beifall bei der CDU)*

Dazu gehört ganz viel. Wir werden neue Heraus- forderungen annehmen. Natürlich sind die De- mografie und der Fachkräftemangel ein großes Thema. Wir müssen uns diesen Herausforde- rungen stellen. Der Minister hat viel dazu ge- sagt, auch Frau Dr. Pähle hat dazu viel Richtiges gesagt. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass wir das gesamte Thema sehen müssen. Die Zuwan- derung ist nicht nur ein Thema bezüglich der Fachkräfte, sondern wir müssen den Menschen auch klarmachen, dass bestimmte Rechte, Nor- men, Gesetze, Wertvorstellungen und kultu- relle Werte in diesem Land gelten. An diese haben sich alle zu halten.

*(Beifall bei der CDU)*

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben doch an der Stelle auch Probleme. Wir haben letzte Woche über Clanstrukturen etc. in Essen und anderswo gesprochen. Das darf man doch nicht verschweigen. Die Menschen in diesem Land sind sehr sensibel, weil sie sich sagen: Diese Entwicklung, diese Parallelgesellschaft, diese Abkapslung wollen wir nicht. Wir wollen hier ein weltoffenes Land sein, das demokra- tisch verfasst, tolerant und all das, was damit

zusammenhängt, ist. Das heißt aber auch, das wir Selbstbewusstsein und Wehrhaftigkeit ein Stück weit mitdenken müssen.

*(Beifall bei der CDU)*

Das ist, glaube ich, noch ein wichtiger Punkt. Deswegen bin ich auch der Innenministerin sehr dankbar, die an der Stelle immer klare Kante zeigt, die systematisch und über die letzten Jahre hinweg erfolgreich die Polizei so aufbaut, dass sie für diese Herausforderungen am Ende auch gewappnet ist. Das gehört eben auch dazu.

Ein letzter Punkt. Kollege Tillschneider, ich will jetzt hier auch nicht zu lange reden.

*(Zuruf von der AfD)*

Ihr Schlechreden dieses Landes,

*(Tobias Rausch, AfD: Das ist Realismus!)*

dieses Herunterreden - -

*(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)*

Wir sind kein dekadentes Land.

*(Zurufe von der AfD)*

- Hallo! Hallo, hier rede ich! Hört mir mal zu!

*(Zuruf von der AfD)*

Wir reden dieses Land nicht schlecht, sondern wir lösen Probleme. Was Sie machen, ist, den Menschen einzureden, dass dieses Land dem Untergang geweiht ist. Das wiederum ist ein- fach falsch.

*(Zuruf von Daniel Roi, AfD)*

Das werden wir als CDU auf gar keinen Fall tolerieren.

*(Beifall bei der CDU)*

Das ist der große Punkt: Sie haben überhaupt kein Interesse an diesem Land. Ich will nur einmal ganz kurz ein Beispiel nennen. Vorhin hat der Ministerpräsident hier gestanden und wurde zu Intel befragt. Der Kollege Rausch - dort sitzt er - hat gesagt, er finde es gut, dass Intel kommt usw. usf. Herr Tillschneider, Sie haben genau das Gegenteil gesagt. Was ist denn nun bei Ihnen Sache?

*(Zuruf von der AfD: Sie haben nicht zugehört!)*

Wollen Sie internationale Unternehmen erfolgreicher Art hier ansiedeln oder wollen Sie es nicht?

*(Tobias Rausch, AfD: Sie müssen auch verstehen, was gesagt wird!)*

Das müssen Sie sich selber erst einmal klarmachen, bevor sie hier eine Heterogenität entfalten, die Sie auf der anderen Seite nicht haben wollen.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Und ein Letztes, dann höre ich auch auf. Frau Pähle, was ich, ehrlich gesagt, an Ihrer Rede nicht so gut fand, war, dass Sie so ein bisschen der Fama nachgegangen sind, der Osten wäre irgendwie nicht demokratiefähig und es gebe zunehmend rechte Einstellungen in der Umfrage, die sie benannt haben. Ich will es mal an einem Beispiel deutlich machen.

Ich war am letzten Montag zufälligerweise beim Blutspenden. Dort war eine nette Krankenschwester, die mir erläutert hat, was da

bei alles so passiert. Am Ende hat sie mir ganz freundlich und ganz vernünftig gesagt - ich glaube, das gilt für viele Menschen in diesem Land, auch die Unzufriedenheit, die wir am Ende spüren -, dass viele Menschen keine Lust mehr haben und abschalten, wenn ihnen die Politik im Tillschneider'schen Duktus ständig eingeredet, dass hier alles den Bach hinuntergehe, alles fürchterlich sei, wenn wir morgen nichts täten, gehe die Welt unter. Wir müssen diese Probleme einfach aufnehmen und lösen; das ist unser entscheidendes Problem.

*(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP - Zuruf von der AfD: Richtig!)*

Wenn wir das nicht herüberbringen, werden wir als Politik auch nicht erfolgreich sein.

*(Daniel Roi, AfD: So wie Sie als Bildungsminister!)*

Deshalb würde ich sehr darum bitten, dass wir alle miteinander aufpassen, dass wir nicht zu einer Art kritischen Sicht auf unsere eigene Bevölkerung und auf unsere eigenen Wählerinnen und Wähler kommen, sondern dass wir sagen: Jawohl, wir verstehen eure Sorgen und Nöte; wir wollen und wir werden die Probleme auch lösen. Dieser Zukunftsoptimismus, dieses Zukunftsbejahende - das ist, glaube ich, das, was von einer Landesregierung erwartet wird.

*(Zuruf von der AfD: Das seid doch ihr!)*

Das gelingt uns, glaube ich, ein Stück weit besser als den Berlinern; das wissen wir mittlerweile auch. Aber vielleicht lernen die in Berlin das auch noch ein bisschen. Und wenn wir das hinkriegen, dann sind die aktuellen Problemlagen, die wir alle spüren, an der Stelle eine Momentaufnahme, und wir werden am Ende eine erfolgreiche demokratische Kultur in diesem Land haben, die wir alle wollen. Denn

Sachsen-Anhalt war immer ein Land, das weltweit offen war, das Menschen aus aller Herren Länder hier aufgenommen hat,

*(Ulrich Siegmund, AfD: Ja, richtig!)*

von Theophanu aus dem alten Byzanz bis hin zur indischen IT-Fachkraft, oder woher auch immer sie kommt. Das muss unser Ziel sein. In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam arbeiten! - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der CDU)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Als erstes gibt es ein Fragebegehren von Herrn Tobias Rausch. Würden Sie darauf antworten?

**Marco Tullner (CDU):**

Ich würde pauschal alle Fragebegehren zulassen.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Gut, aber mehr haben wir erst einmal nicht.

**Marco Tullner (CDU):**

Schade.

**Tobias Rausch (AfD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Kollege Tullner, mit Verwunderung habe ich gehört, dass Sie quasi der Feuerwehrmann

sind, der die Probleme löst, die Sie und Ihre Partei ja selber verursacht haben, sei es die Eurorettungspolitik, die Migrationspolitik, die Coronakrise, die Gaskrise, die Russlandkrise.

*(Guido Kosmehl, FDP: Den Krieg hat er nicht angefangen!)*

All diese Probleme und die Folgen für die Wirtschaft, die darunter leidet, haben Sie als CDU-Fraktion mitgetragen. Im Land und auch im Bund haben Sie regiert und jetzt stellen Sie sich hierhin und sagen, dass Sie diejenigen sind, die die Probleme lösen. Ich frage mich wirklich, ob Sie ernsthaft daran glauben und ob Sie die ganzen Warnsignale nicht verstehen.

Jede zweite Kommune in Sachsen-Anhalt hat keinen ausgeglichenen Haushalt. Das Land hat ein Defizit. Die Landkreise schließen mit einem Minus ab, der Salzlandkreis mit einem Minus von 18 Millionen €. Wir haben 1,7 % des Haushaltsvolumens für künftige Leistungen vorgesehen. Alles wird teurer, die Umlagen für Sportvereine, Bibliotheken werden geschlossen, Schwimmbäder werden geschlossen. Wir haben einen riesigen Sanierungsstau in der Infrastruktur, weil wir unser Geld in die Welt verschenken. Und Sie stellen sich hierhin und sagen, Sie lösten die Probleme und uns gehe es so gut wie noch nie.

Das Problem ist doch, dass wir unseren Wohlstand verwaltet haben und dass es einen schleichenden Niedergang gibt. Wir sind mittlerweile der Letzte der G-7-Staaten; das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen. Damit haben die Leute ernsthafte Probleme. Ich frage mich ernsthaft, ob Sie der Meinung sind, dass Sie nach wie vor diejenigen sind, die die Probleme lösen.



Wenn ja, dann frage ich Sie ganz konkret: Was haben Sie in Ihrer Amtszeit als Bildungsminister dafür getan, dass der Bildungsnotstand endlich einmal behoben wird? Wie viele Maßnahmen haben Sie ergriffen, um Unterrichtsausfälle zu vermeiden? Wenn man in Sachsen-Anhalt zehn Jahre lang in die Schule geht, dann hat man ein Jahr Unterrichtsausfall gehabt. Was haben Sie konkret getan, wenn Sie so toll sind beim Regieren?

*(Zustimmung bei der AfD)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie haben das Wort.

**Marco Tullner (CDU):**

Vielen Dank. - Lieber Kollege Rausch, das war ja nun ein ganzer Strauß von Fragen. Ich versuche, sie mit wenigen Schlagworten zu beantworten. Wir wollen ja nicht in einen ewigen Diskurs eintreten.

Erstens zur Infrastruktur und den Problemen, die wir im Land haben. Als Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher - ich nenne ausdrücklich auch Willy Brandt - 1990 in diesen Landstrich gekommen sind, haben wir viele Probleme gesehen.

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Lange her!)*

Wenn wir rückblickend feststellen, was wir alles geleistet haben, dann ist das erst einmal eine Erfolgsgeschichte, meine Damen und Herren.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Das gilt für die Infrastruktur und all die Punkte, die sie beschrieben haben, von vor 30 Jahren bis heute.

*(Tobias Rausch, AfD: So ein Schwachsinn!)*

Das heißt doch nicht, dass die Probleme aufhören. Es wird immer neue Probleme geben. Investitionen müssen erneuert werden, die Infrastruktur muss erneuert werden; das wissen wir doch alles auch.

*(Tobias Rausch, AfD: Gucken Sie doch mal, was in anderen Ländern passiert ist! Das ist doch so! Wir sind doch gar nicht wettbewerbsfähig!)*

- Soll ich Ihnen jetzt antworten?

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Rausch, warten Sie mal. Sie haben eine sehr lange Frage gestellt und er hat Sie ausreden lassen. Wenn Sie dieses Verhalten jetzt auch an den Tag legen würden, dann könnten wir weitergehen. - Bitte sehr Herr Tullner.

*(Zustimmung bei der CDU)*

**Marco Tullner (CDU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Der zweite Punkt, der mich bei Ihrer politischen Grundsatzhaltung immer so ein bisschen verunsichert, ist: Ich suche immer nach Beispielen, bei denen Ihre Strategie am Ende erfolgreich ist. Aber das, was Sie propagieren, ist das Ende der Geschichte. Das Römische Reich hat am Ende den Limes gebaut, die Chinesen haben eine Mauer gebaut.

*(Tobias Rausch, AfD: Das wollen wir gar nicht!)*

Also, das Abschotten vor Problemen und vor internationalen Strukturen ist in der Geschichte am Ende immer ein Beispiel dafür gewesen, dass Gesellschaften gescheitert sind.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Das wollen wir ausdrücklich nicht. Wir wollen an der Stelle den internationalen Austausch. Sie können mir jetzt erzählen, was Sie wollen - dieses Land, unsere Heimat, dieses von uns gestaltete Deutschland ist ein tolles Land mit so vielen Chancen und Herausforderungen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Es ist ein starkes Land, und das lassen wir uns doch nicht von Ihnen kaputt reden, sorry. Sie müssen doch einfach mal die Realitäten in der Welt sehen.

*(Zuruf von der AfD)*

Sie können immer nur eine Sicht sehen, die Problemlagen. Sie können das Land schlechtreden, aber die Schlechtredner, die Kassandras dieser Welt enden da, wo sie sind, im Roman, aber nicht auf der Regierungsbank. Dort kommen Sie nämlich nicht hin, meine Damen und Herren.

*(Beifall bei der CDU - Zuruf von der AfD: Abwarten!)*

Da können Sie noch so viel erzählen.

*(Tobias Rausch, AfD: Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie die Fragen nicht beantwortet haben!)*

Und zum dritten Punkt, der Bildungspolitik.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Warten Sie mal, Herr Tullner. Wir versuchen es trotzdem einmal, dass konzentriert zu machen. Wenn Sie diesen dritten Punkt zeitlich reduzieren könnten, dann würde ich Ihnen den noch genehmigen, ansonsten würde ich weitergehen wollen. Machen Sie es kurz.

**Marco Tullner (CDU):**

Gut, ja. - Der dritte Punkt ist die Bildungspolitik. Herr Präsident, Sie haben völlig recht - man neigt gerade bei der Bildungspolitik zu uferlosen Debatten. An dieser Stelle will ich nur darauf verweisen, dass wir in den letzten Jahren ganz viele Kolleginnen und Kollegen eingestellt haben, die Ausbildungskapazitäten erhöht haben und die Probleme, die nicht kurzfristig zu lösen sind, angehen. Ich vertraue der Bildungsministerin und denke, dass sie das, was ich so ein bisschen angelegt hatte, erfolgreich fortsetzt. Leider ist sie jetzt nicht da, aber ich werde es ihr nachher noch einmal sagen. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU - Ulrich Siegmund, AfD, lacht)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich habe es gesehen. Herr Tillschneider hat jetzt die Möglichkeit zu einer Intervention. - Bitte Herr Tillschneider.

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Na ja, wer angesichts der in jeder Hinsicht destruktiven Russlandsanktionen hier schädliche Mauern baut,

*(Guido Kosmehl, FDP: Oh!)*

lasse ich einmal dahingestellt. Aber ich will unseren Standpunkt zu Intel noch einmal erklären, weil Herr Tullner nicht in der Lage ist, differenzierte Aussagen zu verstehen. Es gibt überhaupt keinen Widerspruch zwischen dem, was ich gesagt habe, und dem, was Kollege Rausch gesagt hat.

Und zwar ist es so, dass wir uns natürlich freuen, wenn in Deutschland investiert wird, und dass wir deshalb diese Investitionen nicht rundheraus ablehnen. Aber wir haben natürlich kritische Fragen, was den Strompreis angeht, was die Fördersumme angeht, was die Abhängigkeit von den USA angeht. Denn eines muss doch wohl klar sein: Investitionen sind kein Selbstzweck, sondern sie müssen sich unter dem Strich für uns lohnen. Darauf wollen wir achten.

*(Zustimmung bei der AfD)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Gut. - Dann können wir jetzt in der Debatte fortfahren. Das wird der Herr Lange für die Fraktion DIE LINKE tun. - Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**Hendrik Lange (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bemerkenswert am Antrag der SPD finde ich erst einmal, dass die CDU das IWH öffentlich rund macht, weil die Wissenschaftler dort über Fremdenfeindlichkeit als Ansiedlungsproblem sprechen. Jetzt positioniert sich der Koalitionspartner SPD an der Stelle offensichtlich gegen die CDU - völlig zu Recht.

Meine Damen und Herren, der Befund ist klar. Die Babyboomer gehen in Rente. Allein in Sachsen-Anhalt wird die Zahl der Erwerbstätigen um 167 000 Menschen sinken. Wir haben von der Pflege bis zum Handwerk überall einen Fachkräftemangel. Wir haben überall auch einen Arbeitskräftemangel.

Es sei jedem jungen Menschen, der hier in diesem Lande lebt, zugerufen: Wir brauchen euch alle. Den Menschen mit gebrochener Erwerbsbiografie sei gesagt, dass wir ihnen auch neue Perspektiven im Beruf geben wollen. Die Stadtwerke in Halle haben dazu ein spannendes Projekt initiiert. Und auch allen denjenigen, die zurzeit am Arbeitsmarkt noch ausgegrenzt werden - Frau Pähle hat es gesagt -, müssen wir eine Perspektive geben.

Meine Damen und Herren! Im Antrag ist es richtig beschrieben: In der Wissenschaft sind der internationale Austausch, die internationale Zusammenarbeit und die Beschäftigung von internationalen Mitarbeitenden an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen gang und gäbe. Zudem ringen alle Hochschulen darum, internationale Studierende für ihren Standort zu gewinnen.

Und ja, es gehört schon heute zum traurigen Befund dazu, dass die Fremdenfeindlichkeit, Übergriffe von Nazis und das Gebrüll der erstarkten Höcke-AfD ausländische Wissenschaftler\*innen abschreckt, dass sich Studierende fragen, wie sicher sie hier sind, und dass sich weltweit gefragte Fachkräfte fragen, warum sie sich denn gerade in einem solchen Klima ansiedeln sollen.

Meine Damen und Herren! In jedem Fachgespräch, das wir in den Ausschüssen geführt haben, wurde betont, dass die größte Gefahr für die wirtschaftliche und wissenschaftliche Entwicklung unseres Landes genau in diesem

spalterischen Klima, wie es von rechten, aber auch von konservativen Kräften geschürt wird, liegt. Ja, die AfD ist eine Gefahr für unsere Wirtschaft.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

Meine Damen und Herren! Wir können auch viele Aussagen, die wir auf Auslandsreisen gehört haben, heranziehen, die diesen Befund untersetzen. Während der Delegationsreise in das Silicon Valley haben wir so ziemlich bei jedem Besuch gehört, dass die Gewinnung von Fachkräften, aber auch das Ansiedeln von Start-ups nur in einer Atmosphäre gelingt,

*(Zuruf von Tobias Rausch, AfD - Weiterer Zuruf von der AfD: Ach, ohne LINKE!)*

die von Toleranz, Weltoffenheit und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

*(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Unruhe bei der AfD)*

Das gehört zur Philosophie von Unternehmen wie Intel einfach dazu und sichert geradezu ihr Überleben. Umso unverständlicher sind die Träume von einem ach so wirtschaftskompetenten CDU-Politiker, der den nächsten Landtag schon nur noch von CDU und AfD besetzt sieht. Wer auf eine solche Situation hin arbeitet, wie es Teile der CDU offensichtlich tun, sägt am Fundament der wirtschaftlichen Entwicklung.

*(Lachen bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: So ein Schwachsinn! - Weiterer Zuruf von der AfD: Was der für Sprüche raushaut!)*

Meine Damen und Herren! Dazu gehören auch Aussagen von Spitzenpolitikern von CDU und CSU. Wer sich in Talkshows setzt und im AfD-Sprech von kleinen Paschas redet, wie

es Friedrich Merz tut, arbeitet nicht an der Halbierung der Wahlergebnisse der AfD, sondern macht die Naziartei und ihre Politik gesellschaftsfähig.

*(Zurufe von der AfD: Hat der Naziartei gesagt? - Hallo, wir sind keine Nazis! - Weitere Zurufe von der AfD - Zuruf: Nun lasst ihn doch mal reden!)*

Wer Absprachen mit der AfD treffen will, wie zur Wahl eines Datenschutzbeauftragten, macht diese Partei gesellschaftsfähig.

*(Christian Hecht, AfD: Was erlauben Sie sich eigentlich! Naziartei - geht's noch! Das ist ja unfassbar! - Weitere Zurufe von der AfD - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)*

- Nun macht doch mal ruhig dahinten!

*(Zurufe von der AfD: Schämen sollten Sie sich! - Sie haben doch angefangen! - Ekelhaft! - Christian Hecht, AfD: Das ist doch unfassbar! Die Hammerbande gutheißen und uns als Naziartei diffamieren - was erlauben Sie sich! - Weiterer Zuruf von der AfD: Das ist so!)*

Tja.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Wir warten jetzt einmal das Ende der Rede ab.

*(Zurufe von der AfD: Sie sind fehl am Platze! - Wo bleibt denn der Ordnungsruf? - Wo bleibt der Ordnungsruf, wenn er uns als Nazis beschimpft? - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zuruf von der AfD: Striegel aus der zweiten Reihe!)*

Wir warten jetzt einmal das Ende der Rede ab. Wir kommen zur Ruhe und dann werden wir - -

*(Zuruf von der AfD: Eine sehr neutrale Sitzungsleitung ist das hier! - Tobias Rausch, AfD: Das hat doch alles keinen Sinn mehr! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Mut zur Wahrheit! - Zuruf von der AfD: Nazi Lange!)*

Ich fordere Sie jetzt auf, zur Ruhe zu kommen. Wir werden den Redebeitrag abwarten und dann werden wir etwas dazu sagen. - Bitte.

### **Hendrik Lange (DIE LINKE):**

Und wer sich bei einem queerpolitischen Bildungsthema den größten Applaus von rechts abholt, wie es leider ein FDP-Kollege gemacht hat, macht eine Partei, die nach rechts außen offen ist, und ihre Narrative gesellschaftsfähig, handelt damit wirtschaftsfeindlich und menschenverachtend.

Meine Damen und Herren! Auch hierzu gibt es auf Reisen einiges zu lernen. Viele andere Länder sind selbstverständlich stolz auf einen respektvollen Umgang mit der queeren Community. Das ist nicht nur von hoher Bedeutung für die Würde des Menschen. Auch aus der Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung ist es wichtig, dass sich die Menschen angenommen und respektiert fühlen, wenn sie hier mitwirken sollen. Dass hingegen ein Klima des Hasses, ja, der Gewalt geschürt wird, gehört zum Problem dazu.

Auch das gehört zur Beendigung des Fach- und Arbeitskräftemangels: Wir müssen viel mehr die Menschen einbeziehen, die schon da sind.

*(Zustimmung bei der SPD)*

Wir können uns die vielen jungen Menschen, die unsere Schulen ohne Abschluss verlassen, nicht mehr leisten. Stattdessen brauchen wir endlich eine Offensive in der Bildung. Schulsozialarbeit, multiprofessionelle Teams und längeres gemeinsames Lernen sind Rezepte, wie man sie sich in Finnland ansehen kann.

Wie jemand in Finnland sagte: Die Modelle sind da, der Erfolg auch. Wann wird das von deutschen Politikern nicht nur besichtigt, sondern auch umgesetzt?

Zu dieser Wahrheit gehört auch, dass das längere gemeinsame Lernen Teil einer Lösung ist. Die Finnen waren klug genug, diesen Teil eines Schulsystems zu übernehmen, das wir im Osten kennen. Sie haben das richtig gemacht.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen bei der Einwanderung von Fach- und Arbeitskräften nicht die gleichen Fehler wie die BRD der 60er- und 70er-Jahre machen. Wer meint, man könne Arbeitskräfte passgenau und gesellschaftskonform wie im Katalog bestellen, der liegt völlig daneben.

Wir alle müssen uns vergegenwärtigen: Es kommen Menschen - Menschen mit einem kulturellen Bedürfnis, Menschen mit einem religiösen Bedürfnis, Menschen, die Anschluss suchen und Communities gründen, so wie es Deutsche im Ausland selbstverständlich auch machen. Es sind Menschen, die mit uns leben und mit uns arbeiten wollen.

Meine Damen und Herren! Darum ist es wichtig, dass sich Menschen aus anderen Ländern in den Betrieben wohlfühlen. Eine selbstverständliche Kollegialität gehört dabei zu einem Klima des Willkommens dazu.

Zu einem Willkommensklima gehören auch Ausländerbehörden, die ihrer Arbeit angemessen

nachkommen können, weil sie entsprechend ausgestattet sind. Zudem braucht es einen Bürokratieabbau. Das Klima des Ablehnens und des Abwehrens muss einem Klima des Willkommens und der Integration weichen.

Meine Damen und Herren! Man merkt, dass mich Finnland beeindruckt hat. Eine Übersetzerin hat von ihrer Ankunft in Finnland berichtet: Kurz nach ihrer Anmeldung bei den Behörden bekam sie eine Nachricht, wo sie ihre Kinder in den Kindergarten bringen kann; drei Einrichtungen standen zur Auswahl, mit der Entfernungsgabe zu ihrer eigenen Unterkunft. Wir haben an dieser Stelle noch viel Luft nach oben.

Eines ist auch klar: Im Gegensatz zu den 60er-Jahren werden wir es uns nicht leisten können, dass die Familien auf Dauer getrennt voneinander leben. Ein Familiennachzug muss also möglich sein. Es ist sowohl für uns als Land als auch für diejenigen, die hier leben und hier leben wollen, eine riesige Chance, wenn wir jetzt damit anfangen, in Kitas und Schulen sowie in das soziale Leben zu investieren.

Meine Damen und Herren! Auch die Anerkennung der Ausbildung muss flexibilisiert werden. Ich meine damit nicht die Niveauabsenkung in jenen Bereichen, in denen es darauf ankommt, wie in der Medizin oder in der Pflege. Aber in vielen Branchen kommt es bei den Arbeitskräften mehr auf die Motivation und das tatsächliche Können an als auf formale, deutschlandkonforme Berufsabschlüsse.

Das ist keine leichte Diskussion, das weiß ich. Ich habe mich in einem ansehnlichen Gasthof in Köthen mit einem Mitarbeiter aus Indonesien unterhalten. Sie arbeiten dort, sie besuchen dort die Hotelfachschule und ich habe gefragt, ob sie später dort leben möchten. Er hat mich

dann traurig angeschaut und gesagt: In meinem Land habe ich in einem Fünfsternehotel gearbeitet. - Das meine ich: Man muss diese Lebensleistung eben auch anerkennen.

Meine Damen und Herren! Der Fachkräftemangel stellt uns vor enorme Herausforderungen, das ist klar. Ich wäre jedoch nicht Politiker der LINKEN, wenn ich nicht darauf hinweisen würde, dass Migration nicht nur unter Nützlichkeitsaspekten betrachtet werden darf. Knäste an den Grenzen Europas sind menschenverachtend und das Grundrecht auf Asyl darf nicht weiter ausgehöhlt werden.

*(Zustimmung bei der LINKEN)*

Vielmehr sollten wir denjenigen, die bei uns Schutz suchen, auch die Möglichkeit bieten, in unserer Gesellschaft mitzuwirken. Seien wir uns immer gewahr: Es kommen Menschen. Menschenwürde, Willkommenskultur und Respekt sind die Grundpfeiler dafür, dass ein gutes Miteinander gelingen kann, und nicht nur dafür, dass unser Land wirtschaftlich vorankommt. - Danke.

*(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Werte Kolleginnen und Kollegen! Es war heute nicht das erste Mal, dass politische Zuschreibungen des jeweiligen politischen Konkurrenten tatsächlich grenzüberschreitend waren. Ich nenne Ihnen nur einmal zwei Beispiele aus der Vergangenheit.

Es gab einen AfD-Redner, der die Fraktion DIE LINKE als „rotlackierte Faschisten“ bezeichnet hat. Es gab dafür damals keinen Ordnungsruf. Es gab AfD-Redner, die die Fraktion bzw. die

Partei der GRÜNEN als „Partei der Pädophilen“ bezeichnet haben. Auch dafür gab es keinen Ordnungsruf.

Ich finde - das sage ich an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit - solche Zuschreibungen - auch in der Absolutheit von Herrn Lange - in dieser Debatte alles andere als vernünftig und angebracht.

*(Zustimmung von Marco Tullner, CDU, und von Dr. Katja Pähle, SPD)*

Ich sage aber auch mit aller Deutlichkeit: Man kann nicht eine Intervention eines Präsidiums verlangen, wenn man selbst dazu bereit ist, sich auf diese Ebene der Debatte zu begeben.

*(Marco Tullner, CDU: Ganz genau! - Zuruf: Ja!)*

Dieses Klima, das hier vor Jahren eingezogen ist, trifft uns alle und es macht Debatten leider inzwischen unmöglich. Aber wenn wir so etwas ahnden wollen, und zwar in einer Situation, in der sich eine Fraktion auch selbst verteidigen kann, dann müssten wir dafür ganz andere Kriterien heranziehen. Dann hätten wir in den vergangenen Monaten nach dem dritten Ordnungsruf darauf mit Ausweisungen von Abgeordneten reagieren müssen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das Ordnungsrecht ist nicht in der Lage, ein Diskussionsklima zu erzeugen, das gegenseitigen Respekt und Achtung zur Folge hat. Dazu müssen schon wir alle etwas beitragen. Ich hoffe, dass alle Leute, die sich jetzt empören, im Laufe der nächsten beiden Tage das Empörungspotenzial auch nach innen richten. - So weit dazu erst einmal von mir.

*(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN)*

Jetzt gibt es zwei Interventionen.

*(Zuruf von der AfD)*

- Herr Hecht, Sie sind nicht dran. Auch das gehört dazu. - Jetzt gibt es erst einmal zwei Interventionen. Als Erster Herr Lieschke. - Bitte sehr.

**Matthias Lieschke (AfD):**

Ich versuche es ein bisschen inhaltlich - Herr Lange hat sich bereits hingesezt -, gerade weil die Intel-Delegationsreise angesprochen wurde, nach dem Motto: Alles ganz toll, nur möglicherweise die AfD nicht. Ich kann sagen: Es war eine sehr, sehr gute Reise, mit sehr vielen Informationen. Wir haben uns daran richtig gut beteiligt, denke ich. Das war eindeutig klar.

Ich glaube, der Einzige, der ein bisschen neben seinen Schuhen lief - so möchte ich das ausdrücken -, war Herr Lange. Denn wenn man nicht in der Lage ist, Dinge, die extrem teuer sind - im sechsstelligen Bereich -, nicht fallen zu lassen, wenn man nicht wirtschaftlich denken kann und Dinge zerstört, dann rückt man das Ganze dadurch in ein schlechtes Licht.

Wenn Pat Gelsinger fragt, wer denn der tollste Mensch in den vergangenen 1 000 Jahren war, und dann kommt als Antwort: Karl Marx, dann, Herr Lange, ist das lächerlich und übel.

*(Zustimmung bei der AfD - Matthias Büttner, Staßfurt, AfD, lacht - Zuruf)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie können darauf reagieren.

*(Unruhe)*

**Hendrik Lange (DIE LINKE):**

Das finde ich ganz niedlich, Herr Lieschke. Erstens. Setzen Sie keine Gerüchte in die Welt. Die Kosten für einen Wafer liegen nicht im sechsstelligen Bereich.

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Sondern?)*

Ich gehe schwer davon aus, dass uns dieser Wafer auch bewusst zur Ansicht gegeben worden ist.

*(Tobias Rausch, AfD: Nicht anfassen, wurde gesagt! Nicht anfassen! Sie haben ihn angefasst und er ist runtergefallen! Sie haben ihn kaputtgemacht! Na toll!)*

- Jetzt bleibt doch mal ruhig dort drüben.

*(Tobias Rausch, AfD: Heuchlerisch ist das!)*

- Meine Güte, was regst du dich denn dort unten so auf?

*(Unruhe - Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)*

- Also das, was tatsächlich einen sechsstelligen Wert hatte, war die Maske, die uns gezeigt wurde. Der Entwicklungschef von Intel war sehr glücklich darüber, dass er sie heil wieder zurückbekommen hat.

Und dann, Herr Lieschke, zu Karl Marx. Die Frage war nicht, wer der tollste Mensch des Jahrtausends war, sondern wer in den letzten 500 Jahren der einflussreichste Mensch war.

*(Eva von Angern, DIE LINKE: Das war Karl Marx!)*

Darüber können wir gern diskutieren.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Es gibt eine weitere Intervention. - Herr Köhler, bitte sehr.

**Gordon Köhler (AfD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Auf zwei Dinge bin ich angesprungen bzw. zwei Dinge treiben mich zu dieser Intervention. Punkt 1: Dieser ewig nervige Vorwurf, dieses abgedroschene Schwert namens Nazipartei. Wir halten einmal fest: Wir sind anscheinend die einzige Nazipartei, die eine jüdische Organisation in der Partei hat. Wir sind anscheinend auch die einzigen Demokratiefeinde, die für direkte Demokratie werben. Und wir sind auch die einzigen Homophoben, die eine Lesbe zur Frontfrau gemacht haben. Das sollten Sie einfach einmal mitnehmen und darüber nachdenken.

Der zweite Punkt, der mich auch ein bisschen gestört hat, ist: Gefahr für die Demokratie. Sie sind der Landesvorsitzende der LINKEN, dieser demophobischen Partei. Sie haben es auf Ihrem eigenen Landesparteitag nicht einmal geschafft, sich von Gewalt zu distanzieren. Nein, ganz im Gegenteil: Dort gab es sogar eine Solidaritätsbekundung für Gewalt- und Straftäter der sogenannten Hammerbande, die mit einem Hammer massiv auf Knöchel, Gelenke und Kopf politischer Konkurrenten eingeschlagen haben. Mit solchen Leuten wollen Sie sich gemeinmachen und erzählen uns, wir seien eine Gefahr für die Demokratie. Das ist doch lachhaft.

*(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Pfui!)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie können reagieren.



*(Zuruf)*

**Hendrik Lange (DIE LINKE):**

Ich nehme die Worte des Präsidenten zur Zuschreibung ernst und werde sie zukünftig sicherlich berücksichtigen. Der Befund ist für den einen oder anderen vielleicht durchaus diskutabel, aber für mich ist er klar.

Sie haben auch hierzu falsch wiedergeben, was in den Medien berichtet wurde. Es steht nämlich ausdrücklich in dem Beschluss, dass wir gewaltfreie Proteste unterstützen. Das ist auch Beschlusslage meiner Partei. - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der LINKEN - Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Und was hat das nun gekostet? - Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Dann sind wir damit fertig und kommen zum nächsten Debattenbeitrag. Das wären gleich zwei Debattenbeiträge. Bei mir steht, dass zuerst Herr Pott spricht, aber der Fraktionsvorsitzende hat die Reihenfolge offensichtlich geändert. Deswegen kommt zuerst Herr Silbersack nach vorn. - Herr Silbersack, einen Moment noch.

Wir haben eine Besuchergruppe auf der Tribüne, und zwar Schülerinnen und Schüler des Dr.-Frank-Gymnasiums in Staßfurt. - Herzlich willkommen bei uns!

*(Beifall im ganzen Hause)*

Und bitte.

**Andreas Silbersack (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte hat gezeigt: Es geht hierbei um nichts weniger als die Zukunft Sachsens-Anhalts. Der Blumenstrauß der Themen, die hierzu aufgeworfen wurden, ist sehr groß.

Fakt ist eines: Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren, was die Investitionen betrifft, tatsächlich einen Boost erfahren. Das heißt, Sachsen-Anhalt hat, was die Ansiedlungen betrifft, tatsächlich das übertroffen, was in den letzten Jahrzehnten stattfand. Es wurde gesagt: Intel kommt mit einer Investition, die Signalwirkung hat und haben wird, zu uns, aber wir haben auch Ansiedlungen von 100 Unternehmen in Leuna im Wert von 1,3 Milliarden €. Wir haben im ganzen Land Ansiedlungen, auch Daimler Truck in Halberstadt sei genannt. Wir haben eine Breite an Investitionen, über die wir uns erst einmal freuen können. Das zeigt: Dieses Bundesland ist attraktiv, meine Damen und Herren.

Deshalb ist es wichtig, dass man gerade über das Thema der Fach- und Arbeitskräfte spricht. Zu diesem Thema der Fach- und Arbeitskräfte kann es keine zwei Meinungen geben. Wir müssen ein weltoffenes, willkommensfreundliches Sachsen-Anhalt sein.

*(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD)*

Wenn wir das nicht sind, meine Damen und Herren, dann wird es ganz schwierig.

Wir stehen im Wettbewerb mit allen anderen Bundesländern, mit ganz Europa um die

Anwerbung. Das heißt nicht, dass alle Schlange stehen, um hierherzukommen, sondern sie schauen sich ganz genau an, wie die Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt sind. Deshalb tun wir gut daran, die politische Diskussion dahin gehend zu führen, dass es das gemeinsame Ziel sein muss, dass Fach- und Arbeitskräfte hierherkommen. Anders wird es nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

Deshalb bin ich der Koalition in Berlin sehr dankbar dafür, dass ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht wurde, welches den Weg geht, den zu gehen Deutschland in den letzten zehn, 15 Jahren nicht vermocht hat. Wir haben in der Koalition in Berlin etwas auf den Weg gebracht, das es uns ermöglicht, mit Ländern wie Kanada und Australien gleichzuziehen, die das Thema der Fachkräfte tatsächlich beantwortet haben. Das machen wir jetzt mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, meine Damen und Herren.

*(Zustimmung bei der FDP, bei der SPD und von Sven Czekalla, CDU - Marco Tullner, CDU: Na ja, wir gucken mal, ob es funktioniert!)*

Dazu gehören auch - wenn Sie einmal in dieses Gesetz hineinschauen - das Thema der Entbürokratisierung, das Thema der Anerkennung von erworbenen Titeln, Ausbildungen, Abschlüssen. Bei diesen Themen müssen wir in Sachsen-Anhalt besser werden.

Wenn ich mir die Dauer von Verfahren zur Anerkennung anschau, ob es einen Arzt, einen Lehrer, einen Handwerker betrifft, dann muss ich klar sagen: Wir müssen kreativ Wege finden, damit diejenigen sagen können: „Ja, wohl, wir nutzen dieses neue Gesetz, um nach Sachsen-Anhalt zu kommen“, statt zu sagen: „In Baden-Württemberg geht es schneller, in Frankreich geht es schneller.“ Intel und alle anderen Ansiedlungen in Sachsen-Anhalt be-

nötigen so viele Fach- und Arbeitskräfte, dass wir so ein Gesetz benötigen. Ansonsten wird es nicht funktionieren.

Das Thema Bildung - es wurde bereits angesprochen - dürfen wir natürlich nicht vergessen. Auch in diesem Bereich müssen wir natürlich besser werden. Aber Fakt ist eines: Wir sind eine älter werdende Gesellschaft. Die Bevölkerungszahl nimmt zumindest in der Perspektive auf die nächsten zehn Jahre eher ab als zu.

In dieser Situation können wir gar nicht anders als zu sagen: Wir wollen natürlich Einwanderung, wir wollen Weltoffenheit, wir wollen Willkommenskultur. Deshalb bin ich froh, dass wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister die Grundlagen dafür im Land Sachsen-Anhalt gelegt haben.

Untergangsszenarien, wie sie dargestellt wurden, funktionieren nicht. Ich freue mich, dass wir als gastfreundliches Land Sachsen-Anhalt für so viele Unternehmen interessant sind. Ich freue mich darauf, dass auch Exzellenzen in der Wissenschaft stattfinden werden. Damit gebe ich weiter an meinen Kollegen Konstantin Pott. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

*(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)*

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich ziehe die Zeit des Wechsels nicht von der Redezeit ab. - Sie haben das Wort, Herr Pott.

#### **Konstantin Pott (FDP):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Im zweiten Teil unserer Redezeit in dieser Aktuellen

Debatte möchte ich nun auf das Thema Wissenschaft und wissenschaftliche Exzellenz zu sprechen kommen. Die Koalition hält in diesem Bereich Wort. Schon im Rahmen des Koalitionsvertrages haben wir uns auf eine finanzielle Unterstützung unserer Hochschulen im Rahmen der zweiten Wettbewerbsphase der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder verständigt. Das ist ein Punkt, für den wir als Freie Demokraten uns bereits länger eingesetzt haben.

Insgesamt stellen Bund und Länder ab 2026 jährlich Mittel in Höhe von 687 Million € zur Verfügung, davon 539 Millionen € für Exzellenzcluster und 148 Millionen € für Exzellenzuniversitäten.

Mit der ersten Runde der Exzellenzstrategie seit 2019 werden deutschlandweit bereits 57 Exzellenzcluster gefördert. Drei Bundesländer sind dabei bislang allerdings leer ausgegangen, nämlich Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

In der zweiten Förderphase sollen nun ab 2026 bis zu 70 Forschungscluster, also 13 Cluster mehr, unterstützt werden - und genau dahin wollen wir. Denn die universitäre Spitzenforschung in Sachsen-Anhalt hat riesiges Potenzial. Davon konnte sich zuletzt auch der gesamte Ausschuss für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt im Rahmen der Behandlung unserer Selbstbefassung zum aktuellen Stand des mehrstufigen Auswahlverfahrens für Exzellenzcluster an Sachsen-Anhalts Universitäten überzeugen. Sowohl die MLU also auch die OVGU folgten der Einladung des Ausschusses. Im Rahmen des Fachgesprächs stellten sie je zwei hochinteressante und vielversprechende Themenbereiche für das Auswahlverfahren vor.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal meinen großen Dank an beide Universitäten aussprechen, von denen neben den hochkarätigen Professoren und Sprechern der verschiedenen Cluster auch beide Rektorate vertreten waren. Das zeigt aus meiner Sicht ganz klar: Sowohl von politischer Seite also auch von universitärer Seite ist das Ziel klar und wird mit großer Konsequenz angegangen.

Inhaltlich reicht das Spektrum von intelligenten Prozesssystemen, grünem Kohlenstoff und energieeffizienter Elektronik über die Verbesserung der kognitiven Vitalität bis hin zur optimierten Nutzung von Strukturpolymeren. Alle vorgestellten Cluster setzen auf eine starke interdisziplinäre Vernetzung durch regionale und überregionale Kooperationen verschiedener Forschungseinrichtungen. Sollten wir erfolgreich sein, kann ein Exzellenzcluster mit Mitteln in Höhe von bis zu 10 Millionen € jährlich gefördert werden. Wir als Freie Demokraten drücken beiden Universitäten alle Daumen für das anstehende Auswahlverfahren.

*(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und bei der SPD - Zuruf von Marco Tullner, CDU)*

Aber selbst wenn wir nicht erfolgreich wären, hätten die Initiativen einen Mehrwert gehabt. Schließlich haben sie zu einer stärkeren Vernetzung der beiden Universitäten im Wissenschaftsraum geführt. Dies gilt es, auch unabhängig von den Initiativen weiterhin zu forcieren. Ebenfalls wäre es mit Sicherheit wünschenswert, wenn die beiden Universitäten im Land im Bereich der Forschung mittel- bis langfristig stärker kooperieren und ggf. auch gemeinsame Exzellenzinitiativen einreichen, um Kapazitäten zu bündeln und eine noch

bessere Präsentation des Hochschulstandorts Sachsen-Anhalt zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind im Bereich der Exzellenzinitiativen und der Wissenschaftspolitik auf einem sehr guten Weg. Mit Sicherheit werden wir in der kommenden Zeit auch das eine oder andere Mal noch über die Initiativen und den weiteren Verlauf sprechen und diskutieren. Jetzt müssen wir aber erst einmal abwarten. Wir als Freie Demokraten sind in jedem Fall optimistisch, dass das Land und die Universitäten erfolgreich sein werden.  
- Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und bei der SPD - Zuruf von Marco Tullner, CDU)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Tullner, Sie wollen eine Intervention vornehmen? - Na, dann aber flott.

*(Guido Kosmehl, FDP: Er hat sich aber wieder hingesetzt!)*

- Ja, aber er stand zwischendurch.

*(Guido Kosmehl, FDP: Aber wenn er sich doch wieder hinsetzt!)*

- Herr Kosmehl! - Jetzt ist Herr Tullner an der Reihe.

**Marco Tullner (CDU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich habe nur eine ganz kurze Intervention. Wir bereiten uns im Land systematisch vor und haben uns auch ein

bisschen dafür gelobt, dass wir die stabilen Rahmenbedingungen schaffen. Jetzt kommt es auch darauf an, dass auch der Bund mitspielt. Ich habe die herzliche Bitte, dass Sie auch mit Frau Stark-Watzinger reden. Ich meine, bei den großen Ministerinnen wie Frau Schavan und Frau - - O Gott.

*(Guido Kosmehl, FDP, lacht - Rüdiger Erben, SPD: Frau Karliczek! - Zuruf von der CDU: Wanka!)*

Bei Frau Prof. Wanka - Entschuldigung, der Name war mir gerade entfallen; liebe Johanna, bitte verzeih es mir - und auch bei Frau Karliczek hatten wir stabile Rahmenbedingungen und wachsende Etats.

*(Guido Kosmehl, FDP: Und trotzdem nicht hinbekommen!)*

Das kommt jetzt ein bisschen ins Wanken. Deswegen habe ich die herzliche Bitte: Machen Sie in Berlin nicht kaputt, was wir hier aufbauen, Kollege Pott.

*(Guido Kosmehl, FDP: Ah!)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Pott, Sie können antworten, so Sie wollen.

**Konstantin Pott (FDP):**

Zunächst bin ich schon froh, dass Herr Tullner im Raum ist, wenn die Rede gehalten wird, zu der er sich dann meldet. Das ist auch nicht immer der Fall.

*(Zustimmung vom Guido Kosmehl, FDP)*

Ich möchte kurz darauf antworten. Wir befinden uns natürlich im intensiven Austausch mit Frau Stark-Watzinger und dem gesamten Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und sind auch optimistisch, dass wir erfolgreich sein werden. Wir werden natürlich auch versuchen, darauf hinzuwirken, und dabei mit Sicherheit auch das eine oder andere Mal diese Initiativen erwähnen. Ich denke, dass wir damit am Ende erfolgreich sein werden für das Land Sachsen-Anhalt.

*(Zustimmung bei der FDP - Marco Tullner, CDU: Das steht jetzt im Protokoll!)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Wir kommen zu dem Redebeitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und zwar von Herrn Meister. - Bitte sehr.

**Olaf Meister (GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine starke und stabile Demokratie ist tatsächlich, wie von Frau Dr. Pähle beschrieben, die existenzielle Grundlage für Wohlstand und - ich würde darüber hinausgehen - für Freiheit. Dass sie keine Selbstverständlichkeit ist, hat Sonneberg gerade gezeigt.

*(Beifall bei den GRÜNEN - Oh! bei der AfD)*

Nach Sonneberg hat sich meine Rede deutlich verändert. Wieso? - Unsere Gesellschaft steht unter andauerndem Druck. In geradezu unablässiger Folge strömen Veränderungen auf uns ein, wandelt sich Althergebrachtes, wird unsere Gesellschaft auch von Krisen getroffen. Da sind ökologische Probleme wie die Klimakrise mit ihren Auswirkungen und dem dringenden

Erfordernis, zukünftig nachhaltig zu wirtschaften, also schlicht: mit den Ressourcen auszukommen, die wir haben. Das verlangt uns Änderungen ab in der Art, wie wir produzieren, wie wir Energie erzeugen, welche Techniken wir z. B. für Mobilität oder das Heizen - darüber wird in letzter Zeit heiß diskutiert - verwenden.

Zugleich treffen uns die Auswirkungen des Krieges. In unmittelbarer Nähe erleben wir geopolitische Veränderungen, die Sicherheitsfragen aufwerfen und Lieferketten beeinflussen. Technologien verändern sich disruptiv und stellen in kürzester Zeit alte Geschäftsmodelle infrage. Strukturwandel allerorten. Ganz krass und eher wenig beachtet ging dem ländlichen Raum in den letzten 30 Jahren seine uralte Hauptfunktion, die Landwirtschaft, zwar nicht verloren, sie gibt aber nur noch wenigen Menschen in diesem Sektor Arbeit.

Die Digitalisierung krepelt unseren Alltag komplett um. Ich war ein bisschen enttäuscht von der KI-Debatte, die wir neulich geführt haben, bei der viele Redner davon ausgegangen sind, das sei so etwas wie Digitalisierung 3.0. Diese Entwicklung lässt, wenn sich das so entwickelt wie angenommen, in ganz vielen Bereichen unseres Lebens keinen Stein auf dem anderen.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Eine fundamentale Grundlage unserer Demokratie, nämlich die Art, wie wir miteinander kommunizieren, hat sich radikal gewandelt. Dominierten vor kurzer Zeit noch große, zumeist ziemlich seriöse - nicht alle - klassische Medien, die mit der Entscheidung, welche Informationen sie verbreiten, die Nachrichtenwelt ordneten, haben wir heute phänomenal bunte und laute soziale Medien. Nobelpreisträger

reden über Erderwärmung - einen Klick weiter ist aber jemand sicher, dass die Erde eine Scheibe ist oder Reptilienmenschen ihr Unwesen treiben. Wenn es im Internet steht, kann es so falsch nicht sein.

Hinzu kommen andere gesellschaftliche Veränderungen, von den ganz klassischen sozialen Fragen - bspw.: Ist es eigentlich gerecht, dass eine Handvoll Leute genau so viel Eigentum hat wie 50 % der Weltbevölkerung? - über Migrationsbewegungen und demografischen Wandel bis hin zu gesellschaftlichen Gruppen, die z. B. alte Geschlechterklischees lautstark hinterfragen, Alltagsrassismus anprangern und noch vieles mehr. Eine Welt im Wandel. Das ist nicht schlimm.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Veränderungen hat es immer gegeben. Sie sind aber natürlich anstrengend und verlangen den Menschen etwas ab. Gerade wir im Osten haben große Brüche erlebt, aber obwohl wir aus ihnen gestärkt hervorgingen und die Lebensqualität stieg - ich glaube, das kann man so sagen -, ist die Lust auf weitere Brüche nachvollziehbarerweise eher nicht verbreitet.

Die Leute hier haben zu einem großen Teil den Wunsch an die Politik, es möge sich nichts, zumindest nicht zu viel ändern. Trotzdem stehen die Veränderungen unabweisbar an. Dann kommt dieses „Die da oben hören uns nicht!“. Das ist ganz schwierig für eine Demokratie. Aber wir als Politik sind eben nicht ohne Weiteres in der Lage, diesen Wunsch, es möge sich möglichst wenig ändern, zu erfüllen. Tatsächlich muss man reagieren. Vermutlich aus dieser Situation heraus und wegen der veränderten Medien entsteht der weltweit wachsende

Populismus. Das ist ein Problem, das nicht nur wir in Deutschland haben. Wenn wir darin nicht untergehen wollen, müssen wir etwas dagegensetzen:

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Inhalte statt Populismus - immer wieder, auch wenn es anstrengend ist -, die Stärkung der konstruktiven Elemente wie Bildung, Wissenschaft, Regeln, auch für den neuen digitalen Raum, starke Medien, auch ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk, für sozialen Ausgleich sorgen.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Das Wie der Veränderung ist gestaltbar, aber nicht das Ob. Auch wenn man sich entscheidet, nichts zu tun, werden sich Dinge verändern. Wollen wir Lebensqualität und Wohlstand erhalten, kommen wir um Veränderungen nicht herum. Vor diesen Fragen steht die Politik insgesamt, aber vor allem natürlich Regierungen, sei es in Magdeburg oder in Berlin. Es müsste allen klar sein, dass wir für neue Problemlagen häufig eben auch neue Regelungen brauchen. Mit den Regeln aus den 90er-Jahren werden wir nicht bestehen. Um diese Regeln muss man ringen. Sie bedeuten aber zumeist eben auch die eben schon zitierten vielen ungeliebten Änderungen.

Hierbei stelle ich zunehmend eine beängstigende Destruktivität der Debatte fest. Dass eine Koalition sich über den richtigen Weg streitet, ist völlig normal, dass die klassischen Problemlösungsmechanismen versagen, nicht. Dass ein Partner sich nach Abstimmungen im Koalitionsausschuss oder im Kabinett nicht an Absprachen gebunden fühlt, ist katastrophal. Statt des gemeinsamen längerfristigen Blicks

nach vorn in schwieriger Zeit das Schielen auf den kurzfristigen Effekt. Was zählt schon das Wort von gestern?

Natürlich wirkt sich das aus. Statt Wertschätzung für eine Regierung, die bereit ist, in schwierigen Zeiten eine langfristige Linie zu verfolgen, die auch unpopuläre Entscheidungen gemeinsam trägt, erzeugt man Unverständnis - wieder: Die da oben!

Das ist schädlich für alle Parteien, für alle demokratischen Parteien, die auf diese sachlichen Lösungen angewiesen sind. Dabei hat die Bundesregierung im Bereich der Energie erreicht, dass ein Land innerhalb von sieben, acht Monaten seinen Hauptenergielieferanten umstellt. Das ist eine Leistung, die wir am 24. Februar so nicht erwartet hätten. Trotzdem ist das in Gemeinsamkeit tatsächlich gelungen.

*(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD - Guido Kosmehl, FDP: Das haben Sie auch nicht freiwillig getan!)*

Auch bei Fachkräften geht es voran.

Fast noch beängstigender ist allerdings das Verhalten der Union. Dort driftet man zum Teil in eine gespenstische Irrationalität ab und ruft einen absonderlichen Kulturkampf aus

*(Siegfried Borgwardt, CDU: Was? - Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)*

- Sie können gleich dazwischenrufen und fragen -, der die von mir eingangs angerissenen vielfältigen Problemlagen häufig nicht einmal mehr im Ansatz streift. Der politische Gegner im Kulturkampf wird imaginiert. Plötzlich ist „woke“ das Thema. Der Kollege Söder schreibt uns GRÜNEN das zu. Als ich davon zum ersten

Mal als politischem Begriff las - das ist noch gar nicht so lange her -, fragte ich mich: Ein Wok? Was will er denn mit einem Wok? Das ist diese asiatische Pfanne. Ich hatte davon in der politischen Auseinandersetzung noch nichts gehört.

*(Guido Kosmehl, FDP: Bei Ihnen ist es immer nur grün!)*

Das Woke-Sein spielt bei uns GRÜNEN keine Rolle. Das ist keine Idee, der wir anhängen, im Sinne von: Jetzt sind wir alle woke und das schreiben wir in unser Programm. Trotzdem ist genau das der Begriff, mit dem gegen GRÜNE argumentiert wird. Er kommt bei uns nicht vor.

Mit dem Gendern verhält es sich ähnlich. Die grüne Position entspricht an der Stelle der des Alten Fritz - gut, der war beim Gendern nicht ganz so weit vorn -: Jeder nach seiner Fassung.

*(Guido Kosmehl, FDP: Nein, nein, nein! Dafür haben Sie genügend Initiativen, genau das festzulegen! - Siegfried Borgwardt, CDU: Genau so! - Weitere Zurufe von der CDU)*

Wenn Sie gendern wollen, können Sie das gern tun. Es gibt gute Gründe dafür und in meiner Partei ist das recht verbreitet. Wenn Sie das nicht machen wollen, dann machen Sie das halt nicht. Ich würde mich nicht entblöden, irgendwelchen Journalisten vorzuschreiben oder vorzuschlagen, dass sie nicht gendern sollen. Wenn das jemand für sich macht - das ist Pressefreiheit -, dann soll das so sein. Wenn es jemand nicht macht - völlig okay. Daran gibt es von uns keinerlei Kritik.

*(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der FDP)*

Von konservativer Seite hat man tatsächlich den Wunsch, ein Verbot auszusprechen. Wir sind sonst immer diejenigen, denen das vorgeworfen wird. Aber wir, die offene, liberale Richtung - -

*(Andreas Silbersack, FDP: Das ist doch Realitätsverweigerung! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP - Unruhe bei der FDP)*

Mir ist schon klar, dass sich Konservatismus an sich an neuen gesellschaftlichen Erscheinungsformen stört.

*(Unruhe)*

Das waren in den 50er-Jahren der Minirock und die schreckliche amerikanische Musik und es ist heute halt das Gendersternchen.

Wenn man aber in trumpscher Manier Woke-ness zum Kulturkampf erklärt, geht man den Weg weg von der gern auch harten inhaltlichen, sachlichen Auseinandersetzung hin zu populistischen Positionen, die mit der Realität wenig zu tun haben. Die Union wird sich da entscheiden müssen.

Wenn man auf die Themen der Populisten setzt, ihre Geschichten erzählt und ihrer Agenda folgt, macht man sie nicht schwächer - im Gegenteil. Populismus und Rechtsextremismus sind deren einzige Kernkompetenz. Dieses Spiel gewinnen sie in Sonneberg und auch anderswo.

*(Nadine Koppehel, AfD: Das ist Demokratie!)*

Für unsere Demokratie ist das ein Desaster. Wenn Rechtsextreme Einfluss auf die Entscheidungen gewinnen, verlieren wir die Demokratie.

Und dass die AfD eine rechtsextreme Partei ist, meine ich, ist außerhalb der Diskussion.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN)*

Herr Dr. Tillschneider ist in seiner Rede im Jahr 2020 sehr deutlich geworden, als es um die Aufstellung ging. Damals sprach er eben von Volksverrättern und von Volksfeinden und benannte die auch ganz deutlich namentlich. Der Name des Ministerpräsidenten war einer, der dabei fiel.

Nehmt das bitte ernst! Wer eine Gesellschaft hat, in der eine Partei andere als Volksverräter und Volksfeinde bezeichnet, der muss sich die Frage stellen: Was passiert denn, wenn die an der Macht sind?

*(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)*

Nehmt das bitte erst! Hört ihnen zu!

*(Tobias Rausch, AfD: Das ist Schwachsinn!)*

Sie werden genau das tun, was sie sagen.

*(Tobias Rausch, AfD: Deswegen habt ihr nur noch 6 % und kriegt nicht mehr!)*

Geht gern mit uns GRÜNEN - -

*(Tobias Rausch, AfD: Will keiner haben, euren Müll!)*

Geht gern mit uns GRÜNEN - wir sind ja irgendwie die Lieblingsprojektionsfläche für alle drohenden Schrecknisse - inhaltlich hart ins Gericht. Wir wissen uns dagegen schon gut zu wehren. Aber quält unsere Demokratie bitte nicht mit Woke-Scheindebatten und Populismus light.



*(Zuruf von der AfD: Ihr quält die! - Weitere Zurufe von der AfD)*

Wir brauchen eine starke und stabile Demokratie. Die braucht eine an den Sachen ausgerichtete Debattenkultur. Nur so können wir nötige Veränderungen gemeinsam als Demokraten gestalten. - Danke.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD - Unruhe)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Wenn sich die Gemütslage etwas beruhigt hat, dann hat der Kollege Scharfenort jetzt die Möglichkeit, eine Intervention vorzutragen. - Bitte sehr.

**Jan Scharfenort (AfD):**

Herr Meister, Sie sind für mich ein gutes Beispiel dafür, wie bürgerlich sich die GRÜNEN geben. Sie sind so sympathisch und Ihnen fällt das alles so leicht.

*(Zuruf von der AfD: Na ja!)*

Aber wenn man Ihren Worten und auch der Realpolitik, die Sie machen, einmal folgt, dann stellt man fest, dass Ihre Politik ausgezeichnet ist durch eine sehr totalitäre Politik, auch in der Energiepolitik. Ihnen kommt es leicht über die Lippen, wir haben es geschafft und es ist einzigartig, die Energie umzustellen. - Gar nichts haben Sie geschafft.

Was haben Sie geschafft? - Die CO<sub>2</sub>-Werte gehen sogar nach oben. Die Kohlekraft muss ran, um die Grundlast zu schaffen wie vorher

noch nie. Das verkaufen Sie als die große Energiewende. Ihre Energiewende ist gescheitert - der Rest der Welt lacht über die Energiewende, über die dümmste Energiepolitik der Welt -, und sie wird weiter scheitern. Und jeder Bürger muss dafür, also für Ihre Nicht-Technologieoffenheit, sogar für Ihr Vorschreiben von Technologien, Ihr Vorgeben von Technologien, bezahlen.

Es kommt oft das Beispiel, damals von der Kutsche zum Auto oder von der Kutsche zur Eisenbahn. Das waren auch Umbrüche. Sie sprechen immer von diesen Brüchen. Der Unterschied war nur damals, dass der sich eben organisch-marktwirtschaftlich vollzogen hat. Sie schreiben aber Technologien vor.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Und das führt zu hohen Netto-Wohlstandsverlusten, vor allen Dingen in Deutschland, in Europa aber auch. Aber wir können Hoffnung haben. Immer mehr Länder in Europa entsagen Ihrer Ideologie. Das aktuelle Beispiel ist Schweden. Schweden sagt, wir machen bei dem Green Deal der Europäischen Union nicht mehr mit.

*(Zustimmung bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)*

**Olaf Meister (GRÜNE):**

Zum Thema Energiewende allgemein. Es ist halt so, dass es Herausforderungen gibt. Das habe ich geschildert. Die schätzen Sie anders ein als wir. Wir sehen den Klimawandel als wirklich ernstes Problem an. Es gibt von der Wissenschaft vorgeschlagene Mittel, mit denen man dagegen vorgehen kann. Man muss eben

den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren. Das heißt für die Energieversorgung, dass man daran etwas ändern muss.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN)*

Das sind unsere Positionen. Dazu können Sie jetzt gern andere entwickeln. Das ist nicht totalitär. Wir stellen uns den Wahlen. Wenn wir Mehrheiten haben, setzen wir es um. Wenn wir keine Mehrheiten haben, wird uns das nicht gelingen.

Die Wende, von der ich -- Ich habe jetzt gar nicht von einer Wende gesprochen, sondern von der Situation, die wir ab dem 24. Februar 2022 hatten. Unser Hauptenergielieferant befindet sich im Krieg mit dem zweitgrößten Land Europas. Jeden Moment konnte die Situation entstehen, dass der abdreht. Das hat er am Ende gemacht.

Daher musste diese Industrienation, die wir sind, innerhalb kürzester Zeit dafür Sorge tragen, dass hier nicht die Lichter ausgehen und dass die Produktion weiter läuft. Und exakt das hat geklappt.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Dr. Katja Pähle, SPD)*

Wir waren im Februar 2022 nicht sicher, dass das möglich ist. Das hat mit der Energiewende gar nichts zu tun, sondern das hat tatsächlich etwas mit Pragmatismus und dem Sehen und dem Lösen von Problemen zu tun. Sie haben sich darüber lustig gemacht, wenn Habeck nach Katar fährt. - Ja, aber genau diese Dinge waren eben nötig, um uns zu sichern.

*(Guido Heuer, CDU: Hör auf! - Unruhe)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Thomas hat eine Frage. Wollen Sie diese beantworten? - Offensichtlich. - Herr Thomas, dann können Sie sie jetzt stellen. - Bitte sehr.

**Ulrich Thomas (CDU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Meister, Sie haben einen Großteil Ihrer Redezeit darauf verwendet, insbesondere der Union Ratschläge dazu zu erteilen, wie wir die Demokratie besser machen können. Also ich will erst einmal sagen: Wir brauchen keine Ratschläge von Ihnen.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Die haben wir nicht nötig, und ungefragt schon gar nicht.

Ich komme zu meiner Frage. Weil Sie gern über andere reden, würde ich gern einmal über Ihre Partei reden. Meinen Sie nicht, dass es der Demokratie zuträglicher wäre, wenn das, was Ihr Bundeswirtschaftsminister in Berlin alles so produziert, vielleicht einmal verständlicher kommuniziert wird, damit die Menschen in diesem Land wissen, was da kommt? Ich sage nur Gasumlage - ja oder nein? Ich sage nur, dieser Heizungshammer, der uns droht.

Wäre es nicht sinnvoller, dass Sie sich darauf beschränken, erst einmal das, was Sie zu beantworten haben, ordentlich zu erledigen, bevor Sie anderen Parteien hier gute Ratschläge geben?

*(Zustimmung bei der CDU - Zuruf: Ja!)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie haben das Wort.

**Olaf Meister (GRÜNE):**

Ja, Ratschläge -- Das ist halt die politische Debatte, an der ich mich mit bestimmten Meinungen beteilige.

*(Sebastian Striegel, GRÜNE, lacht)*

Der Witz ist, dass bei der Auseinandersetzung mit der AfD, mit Rechtsextremismus und mit Rechtspopulismus meine Partei nur begrenzt hilfreich sein kann,

*(Zuruf von der AfD: Das stimmt! - Lachen bei der AfD)*

weil die Schnittmengen bei der Wählerschaft - darin werden Sie mir recht geben -

*(Zurufe von der AfD - Unruhe)*

nicht so gigantisch sind.

*(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Bravo!)*

Wenn unser Stimmenanteil deutlich anwächst, dann wird das vermutlich nicht auf Kosten der AfD sein. Aber es wäre natürlich die Aufgabe der CDU - das hat sie in der Vergangenheit so akzeptiert und als eigene Aufgabe formuliert -, dafür zu sorgen, dass der rechte Rand eben nicht wächst, sondern dass wir tatsächlich in einer Demokratie

*(Zuruf von der AfD: Das hat doch gar keiner gesagt!)*

nach vorn gehen.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)*

Und dabei ergibt sich die Frage: Wie macht man das? - Dafür gibt es zwei Wege. Der eine Weg ist, man versucht, das zu kopieren.

*(Zuruf von der AfD)*

Das wird bereits gemacht nach dem Motto: Wir nehmen denen das Thema weg. Das funktioniert nicht. Das hat noch nie funktioniert, weil die beim Populismus immer noch einen Zacken besser sind. Das ist doch klar.

*(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)*

- Ja, Populismus, genau.

*(Zuruf von der AfD: Alles klar!)*

- Ich weiß nicht, wieso Sie sich so freuen. Aber es ist so.

*(Zuruf von der AfD: Herr Meister! - Weitere Zurufe von der AfD)*

Der andere Weg ist der, den die CDU geht.

*(Ulrich Thomas, CDU: Ich habe Sie nach Berlin gefragt!)*

- Ja, dazu komme ich gleich. - Den anderen Weg geht die CDU z. B. in Schleswig-Holstein. Dort hat die AfD - ich vermute jetzt keinen Jubel - bei den Landtagswahlen 4,4 % erreicht und ist nicht in den Landtag eingezogen. Was hat denn dort funktioniert? - Dort habt ihr

anders gehandelt. Dort habt ihr euch dargestellt als die konservative Partei, die sich deutlich abgrenzt, und habt diesen ganzen Mist nicht mitgemacht.

*(Lachen bei der CDU - Guido Kosmehl, FDP:  
Die haben sich nach links gewendet!)*

Zu Berlin. Ja, dass wir versuchen, die Dinge umzusetzen und die Probleme zu lösen und so etwas -- Wenn du das machst, wirst du immer scheitern und wirst sagen: Mist, das hätte besser sein können. Oder die Dinge ändern sich und du kommst zu anderen Sachen und du hast Koalitionspartner, mit denen du dich fetzt. Das ist an sich normal. Ich würde jetzt nicht unterschreiben und sagen, das war alles duftete, und so genau musst du das machen.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Meister.

**Olaf Meister (GRÜNE):**

Aber das muss natürlich die Demokratie ausmachen.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Kurze Frage, kurze Antwort.

*(Zurufe: Ah!)*

In Ordnung. - Jetzt haben wir noch einen kurzen abschließenden Beitrag der Einbringerin der Debatte. - Frau Pähle hat das Wort. Bitte sehr.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

„Kurz“ heißt drei Minuten.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Drei Minuten, genau. - Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich fange an mit dem geschätzten Kollegen Tullner. Ich glaube, Herr Tullner, an den Stellen, die Sie hier vorgetragen haben, sind wir sehr dicht beieinander. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

*(Guido Kosmehl, FDP: Das ist gefährlich!)*

Unsere Aufgabe ist es, Probleme zu lösen.

*(Zuruf von der AfD: Weil es keinen Unterschied mehr gibt! - Unruhe bei der AfD)*

Unsere Aufgabe ist es, Probleme zu lösen. Und ich würde mir wünschen, dass wir tatsächlich über reale Probleme diskutieren. Auch beim Thema Migration gibt es reale Probleme. - Ohne Frage.

*(Zuruf von der AfD: Ach!)*

Wir müssen eine Antwort finden auf Probleme, die, ehrlich gesagt, in der alten Bundesrepublik verursacht wurden;

*(Zuruf von der AfD)*

denn die Zuwanderung in den 60er- und 70er-Jahren war darauf gerichtet, zu glauben, die

Menschen gehen wieder zurück. Dass sie ihre Familien mitbringen und sich dann, wenn wir ihnen nichts an Integrationskursen und an Deutschkursen anbieten,

*(Zustimmung bei der SPD)*

verselbstständigen und sich in ihre Strukturen zurückziehen, hat man in der alten Bundesrepublik kolossal unterschätzt. Die Probleme sehen wir heute.

Ich würde mir wünschen, dass man auf lokale Probleme wie in Halle gemeinsam Antworten findet,

*(Zurufe von der AfD)*

wenn es um Jugendkriminalität geht, also dass wir sehen können, wie mit Polizei, aber auch mit Sozialarbeit und mit einer schnell eingreifenden Jugendgerichtsbarkeit Probleme gelöst werden, um den Leuten zu signalisieren, wir haben das auf dem Schirm und wir werden dagegen angehen. Dabei sind wir ganz beieinander.

*(Zuruf von der AfD: Ach so!)*

Ich habe in meiner Rede explizit nicht gesagt, der Osten ist nicht demokratiefähig. Ich habe gesagt: Wer das jetzt sagt - - Die Zahl, die ich genannt habe, ist ein Zitat aus der Studie, die Sie alle mittlerweile, glaube ich, vorliegen haben. Wer sagt, das ist ein Demokratiedefizit des Ostens, der springt zu kurz. Das ist es nicht. Es ist eine Aufgabe, die wir uns gemeinsam stellen müssen.

Ich sage ganz deutlich in Richtung Herrn Dr. Tillschneider: Diversität ist ein Wirtschaftsfaktor.

*(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

Schauen Sie sich an, was große Unternehmen auf ihren Internetseiten veröffentlichen. Ich habe einmal geguckt, welche Unternehmen die größten sind. Ich nehme jetzt einmal die Banken heraus, weil sie nichts erwirtschaften, sondern nur Geld verwalten.

*(Zuruf von Jan Scharfenort, AfD)*

Gucken wir z. B. bei Intel: Die sagen ganz ehrlich:

„Diversity and Inclusion are Key to Innovation.“

*(Lachen)*

Dell:

„Diversity is in our DNA.“

Apple:

„We're continuing to build a culture where everybody belongs.“

Toyota:

„No tolerance of any form of discrimination.“

Das ist überall im Fokus, und es ist notwendig, weil sie nämlich den Wettbewerb um die Menschen, die für sie arbeiten wollen, in der Welt haben. Und sie wollen zeigen, dass bei ihnen jeder willkommen ist.

Ein letzter Hinweis an Herrn Hecht, auch wenn er jetzt gerade nicht da ist. Ich habe vorhin gesagt, dass wir uns dazu gern noch einmal austauschen können. Ich würde gern eine

Fundstelle im Internet vorlesen: <https://www.nytimes.com/2023/06/26/world/europe/germany-afd-far-right.html>. Die Überschrift, die Sie dort lesen können, lautet:

„In a First, Germany’s Far Right AfD Party Will Take Control of a District“

- Ich glaube, das sagt alles. Das ist genau das, was ich vorhin erwähnte habe.

*(Unruhe)*

Die „New York Times“ titelt. Englisch verstehen und lesen kann manchmal helfen. - Herzlichen Dank.

*(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Jetzt möchte Herr Büttner eine Intervention machen, wenn ich das richtig sehe. Wir sind in einer Dreiminutendebatte. Die Redezeit beträgt daher eine Minute.

#### **Matthias Büttner (Staßfurt) (AfD):**

Ja. Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich möchte Sie nur darauf hinweisen: Frau Abg. Pähle, wenn Sie sich z. B. in den sozialen Medien umschauen und die Internetseiten solcher Unternehmen wie die, die Sie gerade benannt haben - wer auch immer das ist, ob es europäische Unternehmen oder amerikanische Unternehmen sind -, betrachten, dann werden Sie schnell feststellen, dass in Europa oder auch in Nordamerika sehr großer Wert auf Diversity und Regenbogen und bunt gelegt wird. Man

ändert dann auch seine Profilbilder in bunte Profilbilder. Ich glaube, z. B. Mercedes-Benz hat das getan. Aber in allen anderen Bereichen der Erde - ob das in Arabien, irgendwo in Russland, in China oder sonst wo ist - macht man das nicht,

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ja, Russland ist eine Diktatur!)*

weil das dort nämlich nicht erwünscht ist.

Ich möchte jetzt auf das zu sprechen kommen, was Herr Abg. Dr. Tillschneider gesagt hat.

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Genau das, Russland ist eine Diktatur!)*

Sie verordnen diesen Firmen das. Sie wollen das gar nicht.

*(Zurufe von der AfD: Jawohl! - Unruhe bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN)*

Die machen das nur, um politisch mit Ihnen nicht anzuecken. So sieht es doch aus.

*(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl!)*

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie können jetzt antworten, wenn Sie wollen.

#### **Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank. Ja, doch. - Also, ich finde es total bezeichnend, dass wir nach den bekannten Verschwörungsmymen jetzt angekommen sind in

der sozialdemokratischen Weltverschwörung. Ganz ehrlich, ich sage Ihnen: Die Sozialdemokratie hat keinen Einfluss auf Firmenkultur in Amerika. Es tut mir persönlich leid, es ist aber nicht so.

Und ich sage Ihnen auch, worin der Unterschied besteht zu Unternehmen in China und in Saudi-Arabien

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Von mir aus auch in Afrika oder Südamerika! Das spielt doch gar keine Rolle!)*

und auch in Russland. Und ich sage Ihnen auch, warum. - Das sind keine Demokratien.

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Das ist überall anders auf der Welt!)*

Nehmen Sie das zur Kenntnis! Das sind keine Demokratien.

*(Zustimmung bei der SPD)*

Und deshalb werden dort Minderheiten nicht geschützt, sondern unterdrückt. Das gilt übrigens auch für Algerien, Herr Tillschneider. Genau das ist der Punkt. Das macht uns mit unserem demokratischen System

*(Tobias Rausch, AfD: Frau Pähle, Brasilien ist keine Demokratie, Südafrika ist keine Demokratie? - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Das ist doch eine Überheblichkeit!)*

doch besser und wettbewerbsfähiger.

*(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN - Unruhe bei der AfD - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Wollen Sie etwa den Ländern Ihr System aufzwingen? Das gibt es doch nicht! Es kann doch jedes Land glücklich werden, wie es will! - Zurufe von der AfD)*

Darauf sollten wir stolz sein. Und wir sollten nicht darauf hinweisen, dass andere es nicht tun. Es sollte uns Ansporn sein.

*(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN - Unruhe bei der AfD - Tobias Rausch, AfD: Frau Pähle, seit wann ist Indien keine Demokratie? - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Es muss doch niemand unsere Demokratie übernehmen! Was soll denn das? - Weitere Zurufe von der AfD - Unruhe)*

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich will jetzt bei dem Geräuschpegel am Ende der Rede einmal darauf hinweisen, dass ich nicht hoffe, dass diejenigen, die jetzt dazwischengerufen haben, sich dann, wenn das umgekehrt passiert, bei ihren eigenen Reden belästigt fühlen und erwarten, dass ich Ruhe schaffe. Aber diese Diskussion haben wir vorhin bereits geführt.

Wir sind nun wirklich am Ende dieses Tagesordnungspunktes angelangt und machen jetzt Mittagspause. Wir sind eine Viertelstunde im Verzug. Wir sehen uns um 13:15 Uhr wieder. Aber es ist wie immer: Nicht alle haben Mittagspause; denn es gibt ein Obleutetreffen des Rechtsausschusses. Die Obleute sollen jetzt gleich in den Raum A0 51 gehen und sich dort treffen. Allen anderen wünsche ich einen guten Appetit.

Unterbrechung: 12:13 Uhr.

Wiederbeginn: 13:16 Uhr.

#### **Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Meine Damen und Herren! Die Mittagspause ist beendet. Wir starten in den Nachmittag.

*(Unruhe)*

- Ich hoffe, wir starten alle gemeinsam in den Nachmittag. Deswegen betone ich das noch einmal so, mit dem Wunsch, dass dann jeder zu seinem Platz eilt, die Gespräche einstellt und der Tagesordnung wieder die gebührende Aufmerksamkeit widmet. Ich rufe auf den

### Tagesordnungspunkt 3

#### Aktuelle Debatte

#### **Alarmstufe Rot! Krankenhäuser in Not! - Gesundheitsversorgung im Land Sachsen-Anhalt planen und absichern**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2817**

Für die Antragstellerin, die Fraktion DIE LINKE, wird die Abg. Frau Anger einführen. - Frau Anger, bitte, das Rednerpult ist das Ihre.

#### **Nicole Anger (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Tagen fand ein bundesweiter Protesttag der Krankenhäuser statt: „Alarmstufe Rot“, so das Motto, wenige Tage zuvor der Protesttag der Apotheken, und heute Vormittag vor dem Landtag haben die Zahnärzt\*innen demonstriert.

Unsere Fachkräfte des Gesundheitssystems gehen auf die Straße, weil sie keinen anderen Weg mehr sehen, um auf sich und auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Augenscheinlich fühlen sie sich sowohl von der Landesregierung als auch von der Bundesregierung weder ernst genommen noch eingebunden.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Meine Damen und Herrn! Wir müssen uns ernsthaft der Fragen und der Aufgabe stellen: Wie krank ist unser Gesundheitssystem? Wie ausgebrannt sind die Menschen, die in ihm arbeiten? Hilft der Zuspruch nach dem Motto: „Das wird schon wieder!“, wie beim Pflasterkleben bei einem aufgeschlagenen Knie, oder braucht es endlich eine klare Haltung von Land und Bund, weil es eben doch die große und komplexe OP sein wird?

Meine Damen und Herren! Verkündungen haben wir in den letzten Wochen und Monaten viele gehört, Verkündungen einer Krankenhausreform des Bundes, Verkündungen eines Gutachtens des Landes, aber was nicht folgt, sind Handlungen, Handlungen zur Absicherung der Gesundheitsversorgung der Menschen im Land.

In der Debatte über die Krankenhausreform wird über Zentralisierung, Schließung und die Hoheit der Bundesländer gestritten, aber all das geht am tatsächlichen Problem vorbei. Das Profitstreben von Konzernen, der Effizienzgedanke bei medizinischen Behandlungen und die Konkurrenz, welche vor allem Kliniken in öffentlicher Hand über Jahre sehenden Auges geschwächt hat, haben das Gesundheitssystem nachhaltig beschädigt und das dringend benötigte Personal abgeschreckt. Hieran muss eine echte Reform ansetzen, eine Reform, die das komplette Ende der Fallpauschalen, Gewinnverbote aus Beiträgen der Versicherten und deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zum Ziel hat, oder sie wird scheitern wie die anderen Reformen zuvor.

Es darf nicht länger sein, dass Krankenhäuser Gewinne erwirtschaften müssen und deshalb gezwungen sind, an Personal und Versorgungsqualität zu sparen.



Wer dem Bundesgesundheitsminister zuhört, der weiß, dass diese dringende, umfassende Reform nicht vorgesehen ist. Es wird sich also um das berühmte Pflaster handeln. Das wird vor allen Dingen zulasten der kommunalen Häuser gehen und die Menschen gerade in den ländlichen Regionen weiter von der Gesundheitsversorgung abhängen. Es wird ein Kahlschlag statt einer Reform werden.

Gerade am letzten Wochenende teilte Karl Lauterbach mit, dass er von einer Schließung von 20 % der Krankenhäuser ausgeht. 20 %, meine Damen und Herren, das wären neun von 45 Krankenhäusern in Sachsen-Anhalt. Ich sage Ihnen, es werden sogar doppelt so viele sein. Die Situation für die Menschen im Land wird noch schlechter werden. Diese Reform wird ein gesundheitspolitisches Desaster werden.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Meine Damen und Herren! Beim Blick in das nun im Land vorliegende Gutachten - aber das hätte man dafür eigentlich gar nicht gebraucht - lässt sich feststellen, dass wir bereits nördlich von Magdeburg eine deutlich schlechtere und schlechte Gesundheitsversorgung haben. Was passiert denn dort, wenn auch das letzte Krankenhaus dort schließt? Es sind gerade die Einrichtungen im ländlichen Raum, dort, wo wenige Menschen leben, die sich nicht refinanzieren können. Genau deswegen müssen die Stationen schließen. Auch der Sicherstellungszuschlag ist nur da, weil die DRG der falsche Ansatz sind.

Die Grundversorgung ist schon jetzt nicht mehr abgesichert. Ich verstehe die Sorgen und Ängste der Menschen nur zu gut, wenn sie nicht wissen, wie ihre Gesundheitsversorgung

in den kommenden Jahren aussehen wird. Diese Menschen werden von Ihnen komplett im Unklaren gelassen.

Meine Damen und Herren! Was wir brauchen und was vor allen Dingen die Menschen brauchen, das ist Sicherheit in puncto Gesundheitsversorgung. Sie, werte Landesregierung, müssen sich endlich positionieren. Wir alle wissen, dass wir eine große Reform des Gesundheitswesens brauchen, aber eine echte Reform, die sich von den Profiten abwendet und einer wirklichen Daseinsvorsorge zuwendet. Es darf in der Zwischenzeit in den ländlichen Regionen zu keiner weiteren Schließung von Stationen oder ganzen Einrichtungen kommen.

Machen Sie sich bitte im Bund dafür stark, dass Krankenhäuser endlich auskömmlich finanziert werden. Statt Fallpauschalen müssen die tatsächlichen Kosten erstattet werden, auch die für die Vorhaltung der Gesundheitsversorgung.

Meine Damen und Herren! Nicht nur der Bund ist gefordert, auch hier im Land darf nicht weiter die Untätigkeit in der Gesundheitspolitik regieren. Zum einen kommt das Land seit mehr als 20 Jahren seiner Verpflichtung von Investitionen in die Krankenhäuser nicht in angemessenem Umfang nach. Das wurde auch im vorliegenden Gutachten moniert. Sachsen-Anhalt verzeichnet im bundesweiten Vergleich einen der höchsten Investitionsstaus in den Kliniken. Veraltete Technik, unsanierte Einrichtungen, das ist unattraktiv für die Menschen, die dort arbeiten. Ein desolates Gesundheitssystem wird kaum dazu führen, dass sich mehr Menschen in Sachsen-Anhalt niederlassen wollen. Im Gegenteil: Das ist fatal für die medizinische Versorgung der Menschen. Auch das ist keine neue Erkenntnis.

Hinzu kommt, dass wir in Sachsen-Anhalt einen der geringsten Landesbasisfallwerte haben. Das ist auch eine Erkenntnis aus dem Gutachten, aber das hätten Sie auch schon vorher, ohne dieses Gutachten, wissen müssen.

Die Kosten unserer Krankenhäuser sind identisch zu denen in den anderen Bundesländern, aber die Finanzierung unterscheidet sich erheblich. Das Sozialministerium könnte daran etwas ändern, aber dazu müsste es sich mit den Krankenkassen auseinandersetzen. Das ist scheinbar nicht gewollt. Mit den Kassen legt man sich eben nicht an. Das wirkt sich negativ auf die Finanzierung der Häuser aus. Das Signal: Sollen sie doch zusehen, wie sie mit den Kassen verhandeln. Man lässt die Krankenhäuser auch damit allein.

Das alles, unzureichende Finanzierung, fehlende Investitionsmittel und ein Sozialministerium, das sich nicht einsetzt, macht die Situation vor allen Dingen für die kommunalen Häuser und damit auch für die Kommunen schwer. Stationen schließen, Mediziner\*innen wandern ab, Pflegekräfte suchen sich andere Jobs. Die Landesregierung trägt die Verantwortung für den Personalmangel und für die Schließungen von Stationen und Krankenhäusern.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich das Gutachten anschaut, dann stelle ich fest, dass es in einigen Punkten das stützt, was meine Fraktion schon seit Jahren kritisiert. Das beginnt bei den bereits erwähnten viel zu geringen Investitionskosten des Landes und endet bei der gesundheitspolitischen Kommission. Sie erinnern sich sicherlich alle an unseren Antrag vor Kurzem hier im Hohen Haus dazu. Wir haben Ihnen eine gesellschaftliche Beteiligung zur Planung der Gesundheitsversorgung

vorgeschlagen. Sie haben diese abgelehnt. Nun sagt das Gutachten aber genau das aus: In die Planung soll ein großes Spektrum an Akteur\*innen und Einwohner\*innen einbezogen werden. Ich bin gespannt darauf, ob und wie das nun von Ihnen umgesetzt werden wird.

Es muss endlich das isolierte Betrachten der Krankenhäuser beendet werden. Auch das hören Sie von uns nicht zum ersten Mal. Die Gesundheitsversorgung braucht eine umfassende Bedarfsplanung. Dabei müssen auch Rettungsdienst und notärztliche Versorgung, Pflege, fachärztliche und hausärztliche Versorgung, Apotheken, Hebammen, psychosoziale Angebote, Therapie und Beratung eingebunden sein.

Bis dato bestand die Krankenhausplanung aus einem Papiertiger, der immer wieder den Iststand der Kliniken verzeichnete und deren Sterben dokumentierte. Eine Planung, ein Prozess, eine Bedarfserhebung - Fehlanzeige. Das können Sie jetzt besser machen, werte Mitglieder der Landesregierung, und damit endlich das jahrelange Missmanagement beenden. Aber lassen Sie sich sagen, auch die Zentralisierung von komplexen und spezialisierten Leistungen erfordert Planung ebenso wie die Gesundheitsversorgung vor Ort.

Allerdings will ich nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass es so einen Prozess nicht zum Null-Euro-Tarif geben wird. Veränderungen kosten Geld. Der Finanzminister hat in der Presse schon verkünden lassen, er warte darauf, dass ihm die Sozialministerin sagen werde, wie viel Geld sie in welche Standorte investieren wolle. Wir werden sicherlich alle gleich sehr gespannt zuhören bei dem, was nun kommen wird.

Meine Fraktion und ich erwarten, dass Sie sich sowohl als Landesregierung als auch als Koalition - die CDU-Fraktion wollte, soweit ich weiß, diese Aktuelle Debatte heute auch führen - noch in diesem Jahr, und gern auch schon heute, dazu äußern, was Ihre Pläne für die Krankenhäuser und die gesamte Gesundheitsversorgung im Land sind.

*(Ulrich Siegmund, AfD: Es gibt keine!)*

Dazu gehört auch die klare Benennung von Punkten, was Sie unter „wohnnah“ verstehen, wie Sie eine gute Erreichbarkeit der Gesundheitsversorgung mit dem ÖPNV gewährleisten wollen, wie die Digitalisierung angepackt werden wird und vor allen Dingen, wen Sie in die Planung und Umsetzung einbinden möchten.

Liebe Kolleg\*innen der Koalition! Es geht um eines, und zwar darum, wie Sie die konkrete Verantwortung für die Gesundheitsversorgung im Land Sachsen-Anhalt übernehmen und wie sie diese in einem Flächenland im Interesse der Menschen, die hier leben, absichern werden. Ich gehe davon aus, dass wir das gleich hören werden. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank, Frau Anger. Es gibt eine Kurzintervention von Frau Kleemann. - Frau Kleemann, bitte.

**Juliane Kleemann (SPD):**

Danke, Frau Präsidentin.

*(Dr. Katja Pähle, SPD: Mikro! - Marco Tullner, CDU: Mikro!)*

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Kollegin Anger, ich gebe zu, es ist in Teilen schwer erträglich, Ihnen zuzuhören,

*(Ulrich Siegmund, AfD: Jawohl!)*

weil diese Generalkritik an „Hier passiert gar nichts“ - das wissen Sie, glaube ich, auch -

*(Tobias Rausch, AfD: Demokratiefeindlich!)*

schlicht nicht den Tatsachen entspricht und die Unterstellung, dass Reformen verschlafen bzw. dilettantisch angegangen werden - ich glaube auch, dass Sie das wissen -, nicht stimmt, weil der Umbau und die Veränderung im Gesundheitssystem viele Akteure betreffen.

Ich will an der Stelle einfach nur sagen, dass es der Aufgabe absolut nicht dienlich ist, dass Sie - ich sage es jetzt einmal - so populistisch reinschlagen

*(Zustimmung bei der SPD, von Jörg Bernstein, FDP, und von Konstantin Pott, FDP)*

an einer Stelle, an der wir solidarisch miteinander umgehen und uns unterhaken müssen. Es sind viele Gespräche zu führen, damit der Umbau auch funktioniert.

Das, was Sie hier geredet haben, wird der Aufgabe, glaube ich, nicht gerecht. Ich finde einfach, dass das auch einmal kommentiert gehört und dass wir hier eine andere Form brauchen, um diese Aufgabe zu lösen, als Sie es hier vortragen.

*(Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Anger, bitte.

**Nicole Anger (DIE LINKE):**

Wissen Sie, Frau Kleemann, unerträglich finde ich, dass ich seit zwei Jahren immer wieder erleben muss, wie Themen geschoben werden, wie Themen in den Fachausschüssen von der Tagesordnung genommen werden, wie sich nicht mit Inhalten auseinandergesetzt wird und wie Dinge über noch ein Gutachten und noch eine Studie verzögert werden, ohne dass es klare und eindeutige Prozesse in diesem Land gibt, die den Menschen und deren Gesundheitsversorgung zugutekommen. Ich würde mir wünschen, dass Sie endlich das, was Sie gerade moniert haben, auch tun, und zwar handeln.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Jetzt tritt als Nächste Frau Ministerin Grimm-Benne an das Rednerpult. Vorher möchte ich es nicht versäumen, die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule „Wilhelm Weitling“ aus Magdeburg oben auf der Tribüne zu begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

*(Beifall im ganzen Hause)*

Frau Grimm-Benne, bitte.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich

bin dankbar für diese Aktuelle Debatte. Sie eröffnet mir die Möglichkeit, sachlich einige Punkte für unser Land hervorzuheben, die ich auch in der morgigen Sitzung der Bund-Länder-Gruppe zur Krankenhausreform in Berlin herausstellen werde. Es versteht sich von selbst, dass ich dabei auf die Absicherung der Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt entsprechend den Gegebenheiten unseres Landes drängen werde.

Anhand eines Eckpunktepapiers soll ein Gesetzentwurf erstellt werden mit dem Ziel, das Gesetz am 1. Januar 2024 im Bund in Kraft treten zu lassen. Das habe ich, glaube ich, in zahlreichen Debatten bereits mehrfach erwähnt.

Ein Großteil der Eckpunkte konnte mit den Ländern inzwischen abgestimmt werden. Auch darüber ist in allen Medien berichtet worden. Zu einigen Punkten sind jedoch noch Fragen offen. Dies betrifft Punkte, die die Länder, im Übrigen alle 16 Bundesländer, heute in einem Forderungskatalog an das Gesundheitsministerium gegeben haben. Dabei schert auch Sachsen-Anhalt nicht aus, anders als es der Bund beurteilt und von uns kritisch gesehen wird.

Insbesondere die Level-Einteilung wird von den Ländern nach wie vor als nicht zwingend notwendig erachtet. Es darf nämlich nicht dazu führen, dass das Ansehen von Krankenhäusern herabgesetzt wird.

*(Zustimmung von Juliane Kleemann, SPD)*

Je niedriger das Level ist, desto mehr hat man den Eindruck, es ist gar kein Krankenhaus mehr.

Denn wir brauchen im Land keine Krankenhäuser, die es jetzt noch schwerer haben, das nötige Fachpersonal zu gewinnen. Sollte es dennoch zu einer Level-Einteilung kommen, ist

ebenso wie bei der Erstellung und Weiterentwicklung der Leistungsgruppen eine frühzeitige Länderbeteiligung unerlässlich. Es darf sich hierbei nicht nur um eine Information an die Länder handeln, sondern die Länder müssen hierbei mitbestimmen können.

Frau Präsidentin, meine Uhr geht nicht, das wissen Sie? Vielleicht könnten Sie mir einmal Mitteilung geben?

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Das waren bisher drei Minuten.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Na ja. Das kann ich nicht glauben, aber gut. Alles gut.

*(Dr. Falko Grube, SPD, lacht)*

Ich ringe darum. Es ist ja ein wichtiges Thema.

Meine Länderkollegen und -kolleginnen und ich sind uns darin einig, dass wir im Rahmen der Reform nicht die gesetzlich verankerte Planungshoheit der Länder aufgeben werden. Ich möchte noch einmal betonen, dass Länderöffnungsklauseln unverzichtbar sind, um die regionalen Besonderheiten der einzelnen Bundesländer, insbesondere im Bereich der Fläche, berücksichtigen zu können. Denn die Krankenhausreform wird nicht nur auf die Finanzierung, sondern auch auf die Krankenhausplanung Auswirkungen haben.

Es ist klar, dass die geplante Vergütungsregelung in eine Strukturveränderung münden wird. Sie haben es vorhin angesprochen,

Frau Anger: Die Deutsche Krankenhausgesellschaft erwartet, dass in den nächsten zehn Jahren - das wäre schon einmal wichtig zu sagen: in den nächsten zehn Jahren - aufgrund der Reform deutschlandweit bis zu 20 % der Kliniken geschlossen werden. Das klingt im ersten Moment erschreckend. Doch bei genauer Betrachtung lässt sich dafür eine gewisse Notwendigkeit feststellen, wenn auch nicht so sehr in den ostdeutschen Bundesländern, dafür umso mehr in den westdeutschen Bundesländern.

Wir haben in Sachsen-Anhalt nach der Wende bereits eine Strukturbereinigung durchgeführt. Eines der großen Probleme im ganzen Bundesgebiet ist die doppelte Vorhaltung von Leistungen, leider zulasten der Qualität und zu einem gewissen Grad auch zulasten der Patientensicherheit.

Die Reform strebt eine Konzentration und Zentralisierung von Leistungen an. Dabei bleibt der Bevölkerung die wichtige wohnortnahe Basisversorgung erhalten, ganz gleich, ob in einem Ballungsgebiet oder in einem Flächenland. Anders ausgedrückt: Je spezieller eine Leistung ist, desto stärker muss zentralisiert und konzentriert werden.

Zu meiner Aussage, dass jeder Krankenhausstandort hier im Land erhalten bleiben kann. Wir werden uns darüber unterhalten müssen - oder nicht nur unterhalten, wir werden alle miteinander gemeinsam bestimmen müssen, welche Leistungen dort vorgehalten werden, um tatsächlich eine wohnortnahe und sichere Versorgung zu gewährleisten. Dazu wird es eine solidarische, gemeinsame Entscheidung geben müssen.

*(Zustimmung bei der SPD und von Dr. Anja Schneider, CDU)*

Das fordere ich von allen ein, die hier zu dieser Aktuellen Debatte sprechen.

Wir erhoffen uns davon - darin gibt uns das Gutachten auch recht -, dass wir eine mildere Auswirkung der Reform auf unsere Krankenhäuser als in den alten Bundesländern haben werden. Für uns wird die Hauptaufgabe sein, bedarfsgerecht zu planen und zu prüfen, an welchen Häusern wir welche Leistungen benötigen und erbringen können.

Manche Häuser im Land werden um- oder zurückgebaut werden müssen. Diesen Teil des Transformationsprozesses werden wir begleiten und unterstützen. Mit dem Krankenhausgutachten ist bereits eine gute Grundlage vorhanden. Darauf können wir aufbauen.

Allerdings bedarf es unser aller Handeln - ich habe es gerade schon gesagt -: Wir müssen gemeinsam und vertrauensvoll an einem Strang ziehen, um unserem Auftrag, die bestmögliche Versorgung für die Bevölkerung im Land sicherzustellen, gerecht zu werden. Wir dürfen das nicht aus den Augen verlieren. Ich finde, hierbei hat auch die Opposition eine Verantwortung.

*(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)*

Deshalb gilt es, trotz der Veränderungen der bestehenden Krankenhauslandschaft die gute medizinische Versorgung im Land zu bewahren. Auch das hat uns das Krankenhausgutachten gesagt: Wir haben eine gute medizinische Versorgung im Land. Das ist uns in der Vergangenheit stets gelungen. Wir wissen, dass wir uns in einem Wandel befinden und uns fortentwickeln.

Ich möchte mich um ein Beispiel nicht herumdrücken. Gehen wir in den Harz. Die Lungenklinik Ballenstedt berichtete erst kürzlich über

ihre schwierige wirtschaftliche Lage aufgrund von sinkenden Patientenzahlen und steigenden Kosten für Arzneimittel, Medizinprodukte und nicht zuletzt Energie. Ich begrüße, dass sich die Lungenklinik ihrer Verantwortung stellt und nach Entwicklungsmöglichkeiten sucht. Ziel ist es, den Mitarbeitenden weiterhin eine gute berufliche Perspektive zu bieten und gleichzeitig die Kompetenz der Fachklinik zu sichern sowie die Qualität des Leistungsspektrums und schließlich die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger langfristig zu verbessern.

Im gleichen Duktus hat sich gestern auch der Aufsichtsrat geäußert. Am Freitag wird eine Gesellschafterversammlung stattfinden, in der es darum geht, die Versorgung in der Pneumologie dort und die Versorgung für die Patientinnen und Patienten im Harz sicherzustellen. Dem stellen sie sich. Es geht um den Erhalt für die Patientinnen und Patienten. Es geht auch um die Standortsicherung von Quedlinburg.

*(Zustimmung bei der SPD)*

Es ist unsere Aufgabe, eine wohnortnahe, gute Versorgung zu gewährleisten, bei der auch noch die Fachkräfte alle an Bord sind.

Die Krankenhausreform und die Umsetzung des Krankenhausgutachtens im Land ist allerdings nicht die Angelegenheit nur eines Ministeriums. Wir müssen das gemeinsam bewältigen. Wir werden alles mit dem Krankenhausplanungsausschuss besprechen, in dem sich die Gruppen, die im Krankenhausgutachten genannt worden sind, zusammenfinden und die auch schon über dieses Gutachten beraten haben.

Ich will noch eines deutlich machen. Ich habe den beiden Universitätsklinika gesagt, dass

es gut gewesen wäre, wenn die gesundheitspolitischen Sprecher der einzelnen Fraktionen auch bei der großen gemeinsamen Regionalkonferenz, die am 8. Juni in Halle stattgefunden hat, dabei gewesen wären. Wir haben dort einen Diskurs geführt und uns offen, vertrauensvoll und konstruktiv ausgetauscht. Wir sind uns darin einig, dass insbesondere die beiden Universitätsklinika in Halle und Magdeburg eine koordinierende Rolle übernehmen müssen. Ich habe das schon immer vorgetragen. Sie waren während der Pandemie unersetzbar. Sie haben den Nord- und den Südkluster so gut koordiniert, dass wir mit den anderen Krankenhäusern gut versorgen konnten.

*(Zustimmung von Marco Tullner, CDU)*

Das steht auch in unserem Krankenhausgutachten: Wir wollen die Uniklinika stärken in der Koordinierung. Das spielt auch in der Krankenhausreform eine Rolle.

*(Zustimmung bei der SPD)*

Wir brauchen landesweit mehr Kooperationen zwischen den Kliniken. Wir müssen die telemedizinische Vernetzung der Kliniken fördern und ausbauen.

*(Zustimmung von Konstantin Pott, FDP)*

Hiervon profitieren dann die kleineren Häuser bzw. diejenigen, an denen diese spezielle Leistung vielleicht nicht oder nicht in dem erforderlichen Umfang vorgehalten werden kann.

Es ist ein Transformationsprozess - das will ich einmal deutlich sagen. Wir fordern für diesen Transformationsprozess vom Bund einen Fonds oder eine Möglichkeit, um die

Übergänge gestalten zu können. Dafür brauchen wir den Bund mit einer finanziellen Unterstützung.

Ich lasse einmal alles, was ich zur sektorenübergreifenden Versorgung aufgeschrieben habe, weg. Das muss ich nicht noch einmal deutlich machen.

Ich möchte gern noch einen Punkt benennen, Frau Anger, mit dem ich Ihnen wirklich vorhalten möchte, wie Sie Stimmung machen, die sich hinterher nicht bewahrheitet.

*(Oh! bei der AfD)*

Dabei möchte ich einen Punkt deutlich machen. Sie haben mich, ich glaube, durch jede Veranstaltung, durch jeden Ausschuss mit der Aussage gejagt, dass ich die Krankenhäuser mit den erhöhten Energiekosten allein stehen lasse und dass uns der Bund auch allein stehen lässt. Das war im Jahr 2022 auch so - das habe ich hier auch deutlich gemacht -, weil dabei der falsche Bezugsmonat genommen worden ist, nämlich der März 2022.

Aber 2023 gibt es schon eine ganz andere Wirkung für die Krankenhäuser. Dabei kann die AOK im Jahr 2023 36 Millionen € ausreichen, um die Krankenhäuser hinsichtlich der Energiekosten wie vor der Krise zu stellen. Das wird von der AOK in vier Tranchen ausgezahlt. Damit haben wir bewiesen, dass wir die Krankenhäuser durch diese Krise hindurch geführt haben. Dazu kam kein Wort von Ihnen. Es blieb im Raum stehen, dass wir die Krankenhäuser allein gelassen haben. Man muss einmal mit Fakten darstellen, dass das nicht so ist.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und von Konstantin Pott, FDP)*

Einen Punkt möchte ich auch nicht stehen lassen. Ja, wir haben in der Vergangenheit zu wenig investiert. Aber wir haben dank des Corona-Sondervermögens jetzt die Möglichkeit, massiv aufzuholen.

*(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der AfD: Schulden anhäufen!)*

Alle Krankenhäuser, die wir weiterhin für die Versorgung brauchen, unterstützen wir gerade mit der Anschaffung weiterer medizinisch-technischer Großgeräte. Die Bescheide sind schon zum Teil fertig, sie sind übergeben worden und dafür stellen wir im Jahr 91,5 Millionen € zur Verfügung.

*(Zustimmung bei der SPD)*

Dazu kann man nicht einfach sagen: Das ist nichts.

*(Ulrich Siegmund, AfD: Das sind Schulden!)*

Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz haben wir die Finanzierung der Bundesmittel. Wir haben jetzt 81,2 Millionen € und untersetzen das mit 34,8 Millionen € aus Landesmitteln. Das ist eine Menge Geld und wir werden weitere Mittel für die Digitalisierung bereitstellen. Man kann nicht sagen, dass wir die Krankenhäuser in unserem Land nicht unterstützen.

Ich will noch einen Punkt aufgreifen, der vorhin genannt worden ist.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau - -

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Ich weiß, dass Sie mir Zeit heute großzügig gewährt haben. Aber ich möchte noch die Äußerung des Finanzministers im MDR aufgreifen, die sie nur teilweise wiedergegeben haben. Er hat gesagt, dass wir für das Jahr 2024 Mittel in den Haushalt eingestellt haben, die unsere Krankenhäuser gesichert erhalten werden und die ihnen auch in der Überbrückungszeit bis 2025/2026 helfen werden, ab 2025 in die neue Struktur gehen zu können.

*(Zustimmung bei der SPD und von Frank Bommersbach, CDU)*

Ich werde morgen im Kanon der Länder alles geben, damit wir die Versorgung in unseren Krankenhäusern auch hier im Land gut bewältigen können. - Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Guido Kosmehl, FDP)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Grimm-Benne, es gibt eine Frage von Frau von Angern.

**Eva von Angern (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Ministerin, ich beziehe mich auf ein Zitat des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach vom vergangenen Sonntag im Bericht aus Berlin - ich zitiere -:



„Wenn dann nachher 20 % weniger Krankenhäuser da sind und wir haben eine bessere Versorgung, dann ist das aus meiner Sicht richtig.“

*(Zuruf von Dr. Katja Pähle, SPD)*

Ich habe Ihnen gut zugehört. Sie sagten, möglicherweise sind es weniger als 20 % in Sachsen-Anhalt auf der Basis des Krankenhausgutachtens. Ich frage Sie dennoch. Erstens. Wie stehen Sie zu dieser These? Zweitens. Welche Krankenhäuser müssen aus Ihrer Sicht in Sachsen-Anhalt geschlossen werden mit Blick auf diese für die Menschen in Sachsen-Anhalt, die überwiegend im ländlichen Raum leben, absurde Realität und vor dem Hintergrund, dass viele - und das wissen Sie - ambulante Praxen in den nächsten Jahren aufgrund des Ärztemangels schließen werden.

Ich bedauere übrigens sehr, dass Sie sich heute den protestierenden Zahnärztinnen und Zahnärzten nicht gestellt haben. Sie hätten Anspruch darauf gehabt, dass Sie mit ihnen direkt reden und ihnen direkt Ihre Zukunftspläne erklären. Denn auch das hat etwas mit „miteinander und gemeinsam reden“ zu tun. Ich bedauere, dass Sie sich dem entzogen haben.

*(Beifall bei der LINKEN - Ulrich Siegmund, AfD: Hat doch Frau Richter-Airijoki gemacht!)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Grimm-Benne, bitte.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Wir haben das Gutachten erstellen lassen, um zu schauen, welche Krankenhäuser im Land

eine Zukunft haben. Wenn Sie das Krankenhausgutachten aufmerksam lesen, sehen Sie, dass wir im Augenblick eine gute Krankenhausversorgung haben bis auf die Ballungsgebiete, wo wir parallel bestimmte Leistungsspektren haben, die man zusammenführen müsste.

Wir werden keine Krankenhäuser schließen, aber wir werden Abteilungen zusammenführen, um im Sinne der Patientensicherheit Leistungen zusammenzuführen. Wir werden ggf. in der Fläche Krankenhäuser so umbauen, dass sie sektorenübergreifend sowohl für den ambulanten Bereich - das ist ja Ihr Bereich - als auch für den stationären Bereich offen sind.

Für mich ist es wichtig, dass wir eine Grundversorgung für die Fläche haben. Wenn es spezieller wird - das habe ich immer gesagt -, kann man auch weiter fahren, um dann eine bessere Versorgung, eine patientensichere Versorgung für spezielle Fälle zu haben.

*(Zustimmung bei der SPD - Dr. Anja Schneider, CDU: Genau!)*

Das habe ich immer schon gesagt. Wir wollen keine Krankenhausschließungen. Das hat hier überhaupt keiner vor. Wir werden das hinbekommen; das kann ich Ihnen unter Beweis stellen.

*(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von Eva von Angern, DIE LINKE, von Stefan Gebhardt, DIE LINKE, und von Dr. Katja Pähle, SPD)*

- Ja, Karl Lauterbach betrachtet das gesamte Bundesgebiet. Das versuche ich Ihnen noch einmal deutlich zu machen. Die Auswirkungen der 20 % an Schließungen werden mehr im Westen als im Osten stattfinden. Dann kommt man trotzdem auf 20 %.

*(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Wie viele sind es denn im Osten?)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

So geht das aber nicht. Wenn eine Nachfrage, dann richtig ordentlich.

*(Eva von Angern, DIE LINKE, begibt sich zum Mikrofon)*

Richtig ordentlich, genau. Kurz.

**Eva von Angern (DIE LINKE):**

Vielen Dank für den Hinweis, Frau Präsidentin. Dann mache ich das noch einmal ordentlich. - Denn genau diese Frage hatte sich für uns ja ergeben: Von wie vielen Krankenhausschließungen auf der Basis dieser These des Bundesgesundheitsministers gehen Sie ganz konkret in Sachsen-Anhalt aus? Oder können Sie ausschließen, dass hier ein Krankenhaus geschlossen wird?

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Ich kann nicht ausschließen, dass ein Krankenhaus geschlossen wird. Denn das sind eigene wirtschaftliche Unternehmen. Es kann auch etwas anderes eintreten, als dass tatsächlich die Bundesreform darauf Auswirkungen gehabt hat. Das kann man nicht versprechen.

Aber wir können versprechen, dass wir im Augenblick schon besser aufgestellt sind - jetzt schon - und dass die Krankenhäuser Leistungsgruppen aufgenommen haben, die es ihnen ermöglichen, in den einzelnen Versorgungs-

strukturen mitzuhalten, anders als z. B. Nordrhein-Westfalen. Wir haben jetzt nicht mehr alle 10 km ein weiteres Krankenhaus der Grundversorgung. Das habe ich schon einmal versucht, deutlich zu machen. Ich meine, Sie leben hier in diesem Land - ich hätte beinahe gesagt: genauso lange wie ich -, vielleicht ein bisschen länger als ich. Sie haben die erste Gebietsstrukturreform doch auch schon mitgemacht. Sie wissen, wie viele Kreiskrankenhäuser damals geschlossen bzw. zusammengelegt worden sind.

*(Guido Kosmehl, FDP: Oh! Ja!)*

Diese Strukturbereinigung haben wir schon hinter uns. Alle östlichen Bundesländer haben das.

*(Jörg Bernstein, FDP: Toleriert!)*

Daher ist der Punkt, dass wir schon mehr Leistungen komprimiert haben als in den anderen Bundesländern. Deswegen werden sich die 20 % bei uns nicht so niederschlagen.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank, Frau Grimm-Benne. - Wir steigen ein in die Debatte. Der erste Redner ist der Abg. Krull für die CDU-Fraktion.

**Tobias Krull (CDU):**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Krankenhauslandschaft steht vor großen Herausforderungen. Unter dem Titel „Alarmstufe Rot, Krankenhäuser in Not!“ hatte die Krankenhausgesellschaft am 20. Juni zu einem Protesttag aufgerufen. Ziel war es, die erheblichen

finanziellen Schwierigkeiten der Krankenhäuser unabhängig von der Trägerschaft deutlich zu machen. Die Ursachen für diese finanziellen Schwierigkeiten sind teilweise sehr unterschiedlich. Aber es gibt doch zwei klare Eckpunkte: Das eine sind die Fallpauschalen und das andere ist die langjährige Unterfinanzierung von Investitionen durch die Länder, auch durch Sachsen-Anhalt.

Eines möchte ich zu Anfang ganz deutlich sagen: Wir als CDU Sachsen-Anhalt stehen für eine flächendeckende, qualitätsvolle und bedarfsgerechte Krankenhauslandschaft in unserem Land. Pauschale, nicht differenzierte Mediaussagen des Gesundheitsministers, dass ein Verlust von 20 % der Krankenhäuser kein Problem wäre, gehen an der Realität im ländlichen Raum in Sachsen-Anhalt vorbei.

Ich selbst stehe im regelmäßigen Austausch mit Verantwortlichen in der Krankenhauslandschaft. So war ich in der vergangenen Woche vom CDU-Ortsverband Halle-Mitte zu einem Gespräch im Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara eingeladen worden. Mit dabei waren meine Landtagskollegen Kerstin Godenrath, Christian Albrecht und Marco Tullner. Wie Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dieses Thema keines von Fachpolitikern, sondern wird von der größten Landtagsfraktion in der Breite wahr- und ernst genommen.

*(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD)*

Auch deshalb haben wir uns als Fraktion und Partei so nachdrücklich für das nun vorliegende Krankenhausgutachten ausgesprochen, welches ich später noch ansprechen werde.

Eines ist doch ganz klar: Die Krankenhauslandschaft steht vor großen Herausforderungen. Dabei ist die Situation in den Bundesländern unterschiedlich. In den neuen Bundesländern, auch in Sachsen-Anhalt, gab es nach der friedlichen Revolution erhebliche Veränderungen. So wurde die Anzahl der Krankenhäuser auf heute 45 reduziert. Gleichzeitig wurden damals erhebliche Finanzmittel investiert, um die Krankenhäuser auf den Stand der Technik zu bringen. Aber genau darin liegt eines der Probleme, die wir zurzeit zu bewältigen haben. Die notwendigen Investitionen fallen nicht versetzt und über die Zeit verteilt an, sondern gerade aktuell in einer großen Häufung an unterschiedlichen Krankenhäusern.

Insgesamt muss man selbstkritisch feststellen, dass das Land Sachsen-Anhalt seiner Investitionsverpflichtung nicht vollumfänglich nachgekommen ist. Damit war eine der beiden Säulen neben dem DRG-System, also die Investitionsverpflichtung der Länder, instabiler. Diesbezüglich wurde in jüngster Vergangenheit, auch dank des Corona-Sondervermögens, erheblich nachgebessert. Aber es bestehen noch immer Defizite.

Ein weiteres Problem sind die Fehlanreize im DRG-System. Nicht alle Leistungen rechnen sich für die Krankenhäuser. Teilweise wurden Prioritäten gesetzt, um das wirtschaftliche Überleben zu sichern, aber dadurch gefühlte und/oder faktische Defizite in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung verursacht.

Wenn gleich der Einwurf kommt, dann müssten die Krankenhäuser aus privater Trägerschaft doch wieder in kommunale oder staatliche Trägerschaft, dann möchte ich ausdrücklich widersprechen.

*(Zustimmung von Konstantin Pott, FDP)*

Wir als Union bekennen uns zur Trägervielfalt aus kommunal-staatlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhausträgern.

*(Zustimmung von Sandra Hietel-Heuer, CDU, von Konstantin Pott, FDP, und von Andreas Silbersack, FDP)*

Eines der Themen, die im Krankenhausgutachten angesprochen worden sind, war die Auslastung der Krankenhausbetten in unserem Land. Dass ein wirtschaftlicher Betrieb von Krankenhausbetten bei einer Auslastung von 63 % nur schwer möglich ist, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung, wobei aber zu klären wäre, wie diese Auslastung zustande kommt. Werden tatsächlich Patientinnen und Patienten nicht behandelt, bei denen das notwendig wäre? Oder liegt es daran, dass Betten und Stationen abgemeldet werden, weil das Fachpersonal fehlt?

Pauschal wird in dem Gutachten von einem Abbau von 2 000 bis 4 000 Betten gesprochen, ohne zu zeigen, wo und wie das erfolgen kann. Aus meiner Sicht ist das knappe Fachpersonal im ärztlichen wie nichtärztlichen Bereich der Flaschenhals, der vorliegt und der sich weiterhin noch verschärfen wird. Man muss sich nur die Zahlen anschauen, welche große Rolle übrigens auch die Zuwanderung spielt. Bereits heute stammen 10 % aller Ärztinnen und Ärzte, die in Sachsen-Anhalt tätig sind, aus anderen EU-Ländern oder aus anderen Teilen der Welt.

Auch im Bereich des pflegerischen Personals sind entsprechende Schritte unternommen worden. Erst vor Kurzem hatte ich im Landtag eine Gruppe mit ausländischen Pflegekräften aus dem Städtischen Klinikum Magdeburg zum Dialog zu Gast. Auch in diesem Bereich

brauchen wir eine echte Willkommenskultur sowie eine zeitlich gestraffte Prüfung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen.

*(Zustimmung von Sandra Hietel-Heuer, CDU, und von Dr. Heide Richter-Airijoki, SPD)*

Gleichzeitig müssen wir uns damit beschäftigen, warum die Anzahl der Auszubildenden in den Pflegeberufen derzeit zurückgeht. Wir müssen an der Umkehr dieses Prozesses arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Langfassung des Gutachtens zur Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt umfasst mehr als 260 Seiten. Das macht deutlich, wie komplex dieses Themenfeld ist. Das Gutachten ist eine Basis für die anstehenden Entscheidungen im Bereich der Krankenhausstruktur in unserem Land. Vorher müssen die Inhalte des Gutachtens noch einmal mit dem Istzustand abgeglichen werden. Die verwendeten Zahlen stammen aus dem Jahr 2019, weil noch keine aktuelleren vorliegen. Aber gemeinsam mit der Krankenhausgesellschaft und den Trägern der Krankenhäuser ist der aktuelle Istzustand selbstverständlich noch in die Debatten mit einzuspeisen.

*(Unruhe)*

Das Thema einer sektorenübergreifenden Versorgung, also einer Kombination aus ambulanten und stationären Angeboten, muss weitergedacht werden. Hierfür bestehen aus der Sicht meiner Fraktion noch erhebliche Potenziale. Andere Länder beweisen das.

*(Anhaltende Unruhe)*

Gleichzeitig muss es das Ziel sein, unnötige Einweisungen in ein Krankenhaus zu vermeiden.

Ein besonderes Problem sind dabei auch die zahlreichen Einweisungen von Patientinnen und Patienten aus - -

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Herr Krull, einen Augenblick bitte. - Es wird langsam so laut, dass man nichts mehr verstehen kann. Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe. - Herr Krull, bitte.

**Tobias Krull (CDU):**

Ein weiteres Problem sind die Einweisungen von Patientinnen und Patienten von Pflegeeinrichtungen in Krankenhäuser. Geschätzt ein Drittel dieser Fälle - mehr als 200 000 Fälle deutschlandweit - ließen sich durch verbesserte Versorgungsstrukturen vermeiden. Am besten ist es übrigens immer, wenn ein Krankheitsfall erst gar nicht entsteht. In diesem Sinne muss der Präventionsgedanke in der Gesundheitspolitik immer eine Rolle spielen.

Ein weiterer zentraler Baustein sind die Chancen und die Herausforderungen in der Digitalisierung im Gesundheitswesen. Allein darüber könnte ich zehn Minuten reden.

Ich möchte jetzt noch kurz auf die aktuellen Pläne in der Bundesregierung eingehen. Der erste Vorschlag war, vorsichtig formuliert, völlig inakzeptabel. Offensichtlich wurde nur die Situation in Ballungszentren berücksichtigt. Das lag wohl auch an der personellen Zusammensetzung des vom Gesundheitsminister eingesetzten Expertengremiums. Die Vorschläge gingen eindeutig an der Versorgungsrealität in einem Flächenland vorbei.

*(Zustimmung von Sandra Hietel-Heuer, CDU)*

Auch die fehlende Einbindung der Akteure wie Krankenhausgesellschaft oder Krankenkassen wegen vermeintlichen Lobbyismus war absolut falsch.

Ich bin dankbar, dass sich die Bundesländer, insbesondere auch NRW und Bayern, stark gemacht haben, um deutlich zu machen, dass der Planungsauftrag bei den Ländern liegt. Die ursprünglich geplante Einteilung der Krankenhäuser in Level war und ist falsch,

*(Zustimmung bei der CDU)*

unter anderem deshalb, weil bestimmte Vorgaben gemacht werden sollten, was in den unterschiedlichen Leveln alles an medizinischen Angeboten vorgehalten werden muss. Das hätte bedeutet, dass Krankenhäuser zusätzliche Stationen hätten öffnen müssen - egal ob tatsächlich benötigt oder nicht -, um ihre bisherigen Leistungen weiterhin abrechnen zu können. Denn nur dann hätten sie das bei den Kostenträgern tatsächlich realisieren können. Das hätte zu erheblichen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft geführt. Viele unserer Krankenhäuser im Land Sachsen-Anhalt wären in die Kategorie „Level 1“ einsortiert worden. Da das „Level 1i“ eher einer Akutpflege als einer tatsächlichen Krankenhausbehandlung gleichkommen würde, hätte das die Arbeit in einem solchen Haus für das medizinische Fachpersonal nicht gerade attraktiv gemacht. Gleichzeitig hätten die Universitätskliniken mit erheblich stärkeren Patientenströmen zurechtkommen müssen, ohne dass klar gewesen wäre, woher die entsprechenden Ressourcen kommen sollen.

Die jetzt geplante Einteilung in Leistungsgruppen ist der deutlich bessere Weg. Aber auch diesbezüglich möchte ich ausdrücklich dafür werben, immer die Gesamtsituation in

Betracht zu ziehen und nicht nur die jeweiligen Fallzahlen.

Der Ansatz, dass die Fallpauschalen durch die Vorhaltekosten ergänzt werden, ist richtig. Das bedeutet, dass Kliniken unabhängig von der tatsächlichen Fallzahl eine gewisse Sicherheit in der Finanzplanung haben. Ich muss aber darauf aufmerksam machen: Das bedeutet keinen Euro mehr im System; wobei man feststellen muss, dass im deutschen Krankenhaus-system ca. 88 Milliarden € umgesetzt werden. Wir reden hierbei über sehr gewaltige finanzielle Dimensionen.

Bezüglich des Zeitplans der Reform teile ich die sehr ambitionierten Vorstellungen aus dem Bundesgesundheitsministerium ausdrücklich nicht. Wenn jetzt über die Sommermonate ein belastbarer Entwurf erarbeitet werden soll, dann muss dieser in den Bundestag eingebracht und debattiert werden. Ich hoffe, das gelingt besser als beim Heizungsgesetz. Die Länder müssten im Rahmen des Bundesrates beteiligt werden. Die Einführung zum 1. Januar 2024, ggf. auch in Stufen, sehe ich daher als unrealistisch an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen eine Zusammenarbeit der Krankenhäuser. Beispiele hierfür haben wir aktuell auch in der Region Magdeburg, etwa die Zusammenarbeit zwischen den Pfeifferschen Stiftungen und der Universitätsklinik.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Wir wollen alle 45 Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt als Orte der medizinischen Versorgung erhalten. Gleichzeitig sehen wir aus den unterschiedlichsten Gründen einen Reformbedarf. Wir setzen auf eine gesteuerte Entwicklung und nicht auf eine durch finanzielle Zwänge

geprägte. Wir wollen die Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten im Gesundheitsbereich an dieser Stelle mitnehmen.

*(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank, Herr Krull. Es gibt eine Frage von Herrn Gallert, wenn Sie diese zulassen, und eine Intervention von Frau Sziborra-Seidlitz. Zunächst Herr Gallert? - Herr Gallert, bitte.

**Wulf Gallert (DIE LINKE):**

Herr Krull, wir haben die verschiedenen Be-tuerungen zu der Stabilisierung der Krankenhauslandschaft und der flächendeckenden Versorgung an verschiedenen Stellen gehört. Sie haben heute ein ganz hartes Plädoyer für die privaten Krankenhausträger vorgetragen. Wir alle waren Zeuge.

Jetzt sage ich Ihnen einmal Folgendes: Das eigentliche Problem, über das wir hier reden, besteht doch darin, dass jedweder Akteur in diesem Bereich die Verantwortung z. B. für die Schließung eines Krankenhauses jeweils auf einen anderen schiebt.

Ich sage Ihnen noch etwas. Wenn Sie denn so begeisterter Anhänger der privaten Krankenhausträger sind - - Wir haben in Sachsen-Anhalt die Situation, dass sich im Zentrum des Landes ein privater Krankenhausträger etabliert hat. Dieser wird, wenn die wirtschaftlichen Vorgaben so sind, eiskalt

*(Eva von Angern, DIE LINKE: Ja!)*

und ohne dass es dann in irgendeiner Art und Weise Interventionsmöglichkeiten gibt, Abteilungen schließen, Krankenhäuser schließen. Sie haben praktisch nichts in der Hand, um diese Dinge zu verhindern.

Ich frage Sie: Wie wollen Sie den Leuten vor Ort eine Krankenhausversorgung garantieren bzw. eine solche organisieren, wenn Sie am Ende des Tages gar keinen Einfluss mehr darauf haben?

*(Zuruf von Ministerin Petra Grimm-Benne)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Herr Krull.

**Tobias Krull (CDU):**

Herr Kollege Gallert, ich bin kein Top-Fan von privaten Krankenhausträgern. Ich sage, dass die unterschiedlichen Träger in unserem Bundesland ihren Sinn haben. Private Krankenhausträger sind dort auch zum Zuge kommen, wo sich Kommunen aus der Krankenhausträgerschaft zurückgezogen haben.

*(Wulf Gallert, DIE LINKE: Warum denn?)*

Sie haben das System also ergänzt und unterstützt. Dass man sagt, mit Gesundheit darf man keinen Gewinn erwirtschaften -- Wollen Sie jetzt theoretisch auch noch die Ärzte im staatlichen Dienst anstellen? Denn diese machen mit ihren Praxen übrigens auch zum Teil Gewinn, was an der Stelle durchaus berechtigt ist.

*(Eva von Angern, DIE LINKE: Nein, darum geht es nicht! Nein, nein, nein! Das wissen Sie auch! Das war jetzt unlauter!)*

- Es ging darum, ob wir in diesem Land private Krankenhausträger brauchen, ja oder nein. Ich sage ganz klar: Wir brauchen die Trägervielfalt. Das ist der erste Punkt.

*(Beifall bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank, Herr Krull.

**Tobias Krull (CDU):**

Der zweite Punkt ist: Ich setzte auch hierbei darauf - das ist zumindest das, was ich aus den Diskussionen mitnehme, wenn ich mit freigemeinnützigen, kommunalen und privaten Krankenhausträgern spreche -, dass es einen Veränderungswillen gibt und der Sinn der gemeinsamen Arbeit erkannt wird. Denn alle Krankenhausträger haben doch das gleiche Problem: das fehlende Fachpersonal. Ich habe in den letzten zwei Jahren die Entwicklung festgestellt, dass man sich diesbezüglich einig ist und stärker die Kooperation sucht. Dafür gibt es gute Beispiele und weniger gute Beispiele.

Aber eines ist doch ganz klar: Wir müssen die Entwicklung steuern. Selbst wenn wir zusätzlich Geld in das System geben würden: Der Flaschenhals „Personalmangel“ trifft alle, egal in welcher Trägerschaft.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank.

*(Wulf Gallert, DIE LINKE: Sie haben meine Frage nicht beantwortet!)*

Jetzt ist Frau Sziborra-Seidlitz mit ihrer Intervention an der Reihe.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Vielen Dank. - Herr Krull, Sie haben ausgeführt, dass das Arbeiten in Level-1i-Krankenhäuser für medizinisches Fachpersonal eher unattraktiv sein würde. Ich möchte Sie an dieser Stelle wirklich - nicht ungern, sondern gern - korrigieren: Insbesondere für Pflegeberufe sind diese Level-1i-Krankenhäuser hoch attraktiv. Dieses Konzept ist überhaupt erst in den Papieren gelandet, weil an der Entwicklung von derartigen Konzepten in einer solchen Expert\*innenkommission erstmals auch eine Vertreterin der Pflegeberufe, nämlich die Pflegewissenschaftlerin Martina H., beteiligt war.

Das hat zu dieser Idee geführt. Sie bietet für Pflegeberufe, gerade für die neu entwickelten akademischen Pflegeberufe, ein sehr, sehr weites Feld, das bisher fehlt. Für Pflegende sind die Level-1i-Krankenhäuser eine sehr, sehr spannende Entwicklung.

*(Dr. Anja Schneider, CDU: Aber nur, wenn wir die Digitalisierung hinbekommen!)*

- Mit Digitalisierung.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Herr Krull ist jetzt an der Reihe.

**Tobias Krull (CDU):**

Darauf meine kurze Replik: Das mag an der Stelle für das pflegerische Personal aufgrund der neuen Verantwortungszunahme, die ich begrüße, der richtige Weg sein. Aber wenn

jemand ein Krankenhaus betritt, erwartet er ein bestimmtes Leistungsspektrum. Dazu gehört ärztliches Personal. Das heißt, wir brauchen nicht nur Pflegekräfte, die dort gern arbeiten, sondern auch ärztliches Personal, das dort gern arbeitet. Alle Rückmeldung, die ich bekommen habe, sind: Die Level-1i-Krankenhäuser werden im Bereich der Ärzteschaft eher kritisch gesehen.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank, Herr Krull. - Wir kommen zu dem nächsten Redner. Das ist Herr Siegmund für die AfD-Fraktion.

*(Beifall bei der AfD)*

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe manchmal das Gefühl, dass hier in diesem Landtag immer eine Art Kassette abgespult wird. Denn seien wir einmal ehrlich: Wir sprechen alle drei oder vier Monate über genau dieses Thema. Das habe ich mir auch gedacht, als diese Debatte eingereicht wurde. Was sollen wir denn an neuen Erkenntnissen hier vorbringen außer der aktuellen Reform von Herrn Lauterbach? Es wird hier wirklich alle drei, vier Monate dieselbe Sau durchs Dorf getrieben, über dieselben Probleme gesprochen, und das seit Jahren. Seit 2016 reden wir über genau die gleichen Dinge.

Reflektieren Sie sich einmal selbst. Welche großen Würfe haben diese Landesregierung und auch die Vorgängerregierung in den letzten Jahren für das Gesundheitswesen in Gänze gebracht? - Wirklich gar nichts. Es wird zu Tode verwaltet. Das ist die Realität und das merken



die Menschen in den Kliniken und in den Arztpraxen. Das ist die Situation vor Ort, meine sehr verehrten Damen und Herren.

*(Beifall bei der AfD)*

Indem man immer weiter darüber spricht, wird den Menschen natürlich nicht geholfen. Deshalb kommt jetzt Herr Lauterbach mit seiner revolutionären Reform um die Ecke, auf die ich gleich zu sprechen komme. Das ist heute auch Kern dieser Debatte. Aber vorher möchte ich eine Passage aufgreifen, die hier in diesem Haus und an diesem Platz unbedingt und endlich einmal ausgesprochen werden muss. Denn die Zeit hat uns so weit recht gegeben, dass alle Fakten auf dem Tisch liegen.

Viele Menschen, auch hier in diesem Raum - außer wir -, haben noch immer kein Interesse daran, einmal aufzuarbeiten, was in den letzten drei Jahren in diesem Land passiert ist. Das verstehe ich nicht. Das, was hier in diesen drei Jahren passiert ist, hat einen elementaren Zusammenhang mit dem, worüber wir heute sprechen.

In den letzten drei Jahren sind nämlich Hunderte Milliarden Euro in diesem Land vom Himmel gefallen. Unsere gesamte Wirtschaft wurde im Jahr 2021 gegen die Wand gefahren; die Kultur wurde nur künstlich gerettet, mit neuen Schulden - all das mit dem Argument, man wolle das Gesundheitswesen schützen, man wolle die Krankenhäuser nicht überlasten, man wolle die Kapazitäten freihalten. Und trotzdem steuern wir seit 2015/2016 sehenden Auges in eine Situation hinein, die die Menschen eines Tages mit ihrem Leben bezahlen werden, weil nicht mehr für jeden eine vernünftige medizinische Versorgung da ist. Das ist die große Lüge dieser Zeit, die jetzt endlich schwarz auf weiß auf dem Tisch liegt, die hier weiter

verschwiegen wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

*(Beifall bei der AfD)*

Gerade in unserem Bundesland sieht man das sehr eindrücklich. Ich meine, wir haben oben einen Zipfel, wo aus verschiedenen Gründen ein kleines Krankenhaus geschlossen worden ist. Dieses Land bekommt es seit zwei Jahren nicht hin, dort einen Arzt anzusiedeln, damit die Menschen eine Grundversorgung haben. Seit zwei Jahren wird das wieder und immer wieder im Ausschuss abgespult - aber wir müssen ja 100 Milliarden € vom Himmel fallen lassen, um unsere Grundversorgung nicht zu gefährden. Dass ich nicht lache! Das sollte doch jedem hier die Augen öffnen. Aber das erklärt für mich auch, warum kaum jemand hier ein Interesse daran hat, das aufzuarbeiten.

Mit einem Beispiel möchte ich das fakten-technisch untermauern. Gestern hat die „Welt“ über die wunderbaren Entscheidungen berichtet, die bspw. im Jahr 2020 getroffen wurden. Die Bundesregierung hat nämlich jetzt eine Ausschreibung gemacht, und zwar zur Entsorgung, zur Verbrennung von ca. 2,7 Milliarden Masken, die übereilig eingekauft worden waren. Wir wissen: Bis zu 12 € hat diese Landesregierung für eine FFP2-Maske bezahlt. Jetzt werden 2,7 Milliarden Masken verbrannt, und die Bundesregierung nennt das - Zitat - „energetische Verwertung medizinischer Verbrauchs- und Entsorgungsgüter“. Das ist doch der absolute Wahnsinn, meine sehr geehrten Damen und Herren!

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

Das sind Gelder, die in unserem Gesundheitssystem fehlen, Herr Kosmehl. Die fehlen in diesem System.

Die große Frage ist: Warum haftet niemand für diese Zustände? Warum hinterfragt das niemand? Jeder Unternehmer in diesem Land muss für jede Fehlentscheidung persönlich haften - warum nicht auch einmal ein Politiker, meine sehr geehrten Damen und Herren?

*(Beifall bei der AfD)*

Jetzt sprechen wir über Herrn Lauterbachs Forderungen, seine revolutionären Reformen. Ich persönlich als Beobachter und Bürger dieses Landes muss ganz ehrlich sagen: Ich halte diesen Mann nach dem, was in der Coronazeit passiert ist, nach dem, was jetzt auf dem Tisch liegt, einfach nur noch für unzurechnungsfähig. Das muss ich als Bürger dieses Landes einmal aussprechen.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Ich habe immer gedacht, es könnte eigentlich nicht schlimmer sein als Herr Lauterbach. Aber jetzt muss ich sagen: Die Zeit zeigt, dass sich Herr Lauterbach wunderbar einfügt in dieses aktuelle Kabinett, in dieses Gruselkabinett auf der Bundesebene. Er passt qualitativ hervorragend in die aktuelle Bundesregierung. Das zeigt: Wenn solche Menschen ans Ruder gelassen werden, dann kann das jeder in diesem Land, meine sehr geehrten Damen und Herren; denn schlimmer kann man es gar nicht mehr machen.

*(Beifall bei der AfD)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Herr Sigmund, die Mitglieder der Bundesregierung sind nicht unzurechnungsfähig.

**Ulrich Sigmund (AfD):**

In dem Fall schon, Frau Präsidentin.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

*(Zurufe von der AfD)*

**Ulrich Sigmund (AfD):**

Ein anderes Wort ist dafür ist nicht zulässig. - Jetzt komme ich aber zu der Reform. Erstens - ich muss erst einmal kurz konstruktiv sein -: Fallpauschalen weg - richtiger Weg. Jeder Mensch ist einzigartig und muss einzigartig abgerechnet werden. Zweitens: Spezialisierung - auch richtig; ich muss mir in dieser Stadt nicht in fünf verschiedenen Krankenhäusern ein künstliches Knie einsetzen lassen. Dafür reichen eine oder zwei Kliniken. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das war es auch schon.

Es gibt bei dieser Reform so viele Probleme, die uns allen auf die Füße fallen werden. Auch wenn ich hier zwischen den Zeilen Lob gehört habe - was ist mit der föderalen Struktur? Krankenhausplanung ist Ländersache. Wie soll das umgesetzt werden? Die ersten Bundesländer wollen dagegen klagen. Vielleicht zu Recht, das werden wir sehen. Wie realistisch ist es, dass die Krankenhausplanung für alle deutschen Bundesländer von einem Lauterbach-Schreibtisch in Berlin gemacht wird? Ich bin gespannt, wie das in der Praxis umgesetzt werden soll.

Dann das Risiko des Kliniksterbens. Das haben wir bei der Level-Planung schon gesehen. Ich persönlich glaube, dass das Konzept hinter Lauterbachs Reform einzig und allein ist, das Krankenhaussystem auszudünnen, und zwar über den Umweg der Level-Planung, damit das offiziell niemand mitbekommt. Viele Krankenhäuser werden das so nicht schaffen, werden schließen, und die Versorgung vor allem im ländlichen Raum wird gefährdet. Das ist das Ziel der SPD dahinter. Das kann man auf keinen Fall so mitmachen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

*(Beifall bei der AfD)*

Das letzte Problem - das ist in meinen Augen das Kernproblem bei der gesamten bundespolitischen Betrachtung unseres Gesundheitswesens, auch hier im Land - ist: Es wird immer nur an den Schraubchen gedreht, aber keiner hat den Mut, die wirklichen Schiefen anzu-sprechen, die dieses Gesundheitssystem erst gefährdet haben.

Wir haben seit Jahren und Jahrzehnten ein gut funktionierendes Gesundheitssystem. Das kann man nicht abstreiten, wenn man international, in anderen Ländern unterwegs ist. Aber warum gerät es in Gefahr? - Demografie. Wenn immer weniger Kinder auf immer mehr ältere Menschen kommen, haben wir ein Problem. Niemand spricht über dieses Grundproblem.

Asyl - jeder zweite Leistungsbezieher von Bürgergeld ist kein deutscher Staatsbürger. Diese Menschen zahlen nicht ein, sie nehmen es aber. Wer bezahlt das alles mit? - Der deutsche Bürger und Steuerzahler, der das jetzt auch noch mit seiner Gesundheit bezahlen darf.

Das nächste Problem, über das auch niemand spricht, das aber finanziert werden muss: der Nachwuchs. Wir wissen seit 20 Jahren, dass

das gegen die Wand fährt, und wie immer streiten wir bis heute über ein paar Studienplätze, die eine Viertelmillion Euro kosten.

All das steht in keinem vernünftigen Verhältnis. Man sieht: Über die wahren Grundursachen spricht in diesem Haus außer uns niemand. Wir werden das weiterhin machen. Wir werden weiter in den Fokus rücken, was wirklich der Grund für diese Entwicklungen ist.

*(Zuruf von der AfD: Jawohl! - Beifall bei der AfD)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sehenden Auges durch dieses Land geht, wer ein bisschen volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse hat, der weiß, dass das, was hier gerade passiert, gegen die Wand fährt. Seit 2016 bringen wir hier konkrete Lösungsvorschläge ein: Erhöhung der Zahl der Studienplätze, Verringerung der Bürokratie, Auflösung des Investitionsstaus etc. - all das könnte ich jetzt alles noch einmal heraus-holen -, immer abgelehnt, einfach weil es von uns kommt. Ich finde das sehr schade.

Es geht um die Gesundheit der Menschen. Wir reichen hierbei jeder anderen Fraktion die Hand, weil man auch einmal zusammenarbeiten muss. Aber ich habe das Gefühl - das sieht man an diesem Abspulen, daran, dass immer und immer wieder das Gleiche kommt -, dass die Gesundheit der Menschen für ein politisches Trauerspiel missbraucht wird. Das geht in unseren Augen überhaupt nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

*(Beifall bei der AfD)*

Deswegen - ich komme zum Schluss - kann ich nur jedem Mitarbeiter dafür danken, jedem Arzt, jedem Pfleger, jedem, der in diesem System das Rad irgendwie am Laufen hält, dass

er trotzdem bei der Stange bleibt, dass er trotzdem den Menschen hilft. Meinen absoluten Respekt! Wir alle haben Respekt vor Ihrer guten Arbeit. Machen Sie weiter so! Dieses Land funktioniert nur, weil noch so viele Menschen aufopferungsvoll arbeiten.

Aber lassen Sie uns diese Politik bitte nicht auf dem Rücken der Gesundheit der Menschen in diesem Land machen. Wir sind für konkrete Änderungen, für konkrete Lösungen und nicht für ein Weiter-so. - Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der AfD)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Dr. Richter-Airijoki hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Gern.

**Dr. Heide Richter-Airijoki (SPD):**

Ich möchte nur anfügen, dass der aktuelle Reformprozess, gerade zu Krankenhäusern, aber auch in anderen Bereichen des Gesundheitswesens, ganz klar und eindeutig unter dem Motto steht: Gesundheit zuerst, Gesundheit vor Gewinn. Das leitet die Reformen, die durchgeführt werden. Das ist ganz klar.

*(Tobias Rausch, AfD: Das Motto ist wichtig!)*

Ich denke, es ist wichtig zu sagen, dass das ausdrückliche Ziel ist, das damit verfolgt wird.

*(Zustimmung bei der SPD)*

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Vielen Dank, Frau Richter-Airijoki. Ich weise nur darauf hin: Es kann ein schönes Motto sein und man kann das auch gut verkaufen, wie alles gut verkauft wird, was aus Berlin kommt. Aber wenn man sich das einmal nüchtern anschaut, wie ich es gerade gemacht habe und wie es auch einige Kollegen von der CDU machen, dann muss man zweifelsfrei feststellen, Frau Richter-Airijoki, dass die Realität eine andere Sprache spricht. Deshalb maße ich mir auch an, Herrn Lauterbach mittlerweile wirklich als unzurechnungsfähig zu bezeichnen, weil er Dinge beschließt, die völlig an der Realität dieses Landes vorbeigehen, und zwar immer und immer wieder.

*(Beifall bei der AfD)*

Das kann man nur machen, wenn man keine Ahnung hat, was in diesem Land passiert, wenn man keine Ahnung von der Materie hat und wenn man überhaupt keinen Anspruch hat, irgendetwas Gutes für dieses Land zu machen.

*(Unruhe)*

Das ist die Realität, und das wird maßgeblich von der SPD vorangetrieben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der AfD)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Wir kommen zu dem nächsten Redner. Das ist Herr Pott für die FDP-Fraktion.

**Konstantin Pott (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute erneut über die aktuelle Situation der Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt. Aus meiner Sicht passt die Aktuelle Debatte heute; denn dieses Mal liegt der Fokus nicht nur auf den Dingen, die auf der Bundesebene passieren, sondern auch auf dem Krankenhausgutachten des Landes, das inzwischen vorliegt. Herr Siegmund, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie auch darauf eingehen, schließlich war das das Thema, das wir in der Vergangenheit immer wieder angesprochen haben, dass wir abwarten wollen, bis das Krankenhausgutachten vorliegt, um uns dann auf Landesebene darüber auszutauschen. Jetzt zu sagen, es liegen keine neuen Erkenntnisse vor, stimmt einfach nicht.

*(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD)*

Nicht nur auf der Bundesebene ist die Situation der Krankenhäuser von zentraler Bedeutung, sondern auch auf der Landesebene nimmt die Diskussion jetzt Fahrt auf, gerade aufgrund des nun fertigen Gutachtens. Die Möglichkeit der Ausgestaltung der Krankenhauslandschaft wird konkreter. Darüber hinaus gibt es zukünftig mehr Aspekte, über die wir vertiefend diskutieren müssen.

Bevor ich auf das Krankenhausgutachten vertiefend zu sprechen komme, möchte ich kurz auf die Krankenhauslandschaft im Land eingehen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Sachsen-Anhalt ein Flächenland ist, das viele kleine Krankenhausstandorte aufweist, und dass es für Spezialisierungen und eine gute Behandlungsqualität in diesen Bereichen längere Fahrtzeiten braucht. Auch hat Sachsen-Anhalt im Bundesdurchschnitt überdurch-

schnittlich viele Krankenhausbetten, jedoch eine unterdurchschnittliche Belegung. Das ist nur ein Aspekt, den das Krankenhausgutachten hervorbringt und kritisch betont.

Doch was genau hat es mit diesem Gutachten auf sich? - Es hat die Krankenhauslandschaft in all ihren Facetten untersucht und beleuchtet. Auf dieser Grundlage erschließen sich verschiedene Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für das Land und die weitere Krankenhausplanung.

Etwas, das mich bei dem Redebeitrag von Frau Anger etwas überrascht hat, ist: Es waren Sie, Frau Anger, die immer wieder dieses Krankenhausgutachten kritisiert haben und sich gefragt haben, ob es überhaupt Aussagen gibt; jetzt greifen Sie sich einzelne Aspekte heraus und versuchen, damit Ihre Argumentation zu untermauern. Ich glaube, so geht eine seriöse Behandlung mit diesem Thema nicht. Wir sollten schon etwas vertiefender hinschauen. Ich werde im Laufe meiner Rede auf einzelne Dinge noch genauer eingehen.

Die Landesregierung hat bereits mehrfach die Haltung verdeutlicht, dass am Ende das Landesinteresse, gerade bei den Dingen, die auf der Bundesebene diskutiert werden, eine ganz entscheidende Rolle spielt. Beispielsweise hat bei den ersten Reformvorschlägen, die von Herrn Lauterbach kamen und die aus der Sicht des Landes nicht haltbar waren, die Landesgesundheitsministerin das mit den anderen Gesundheitsministern der Länder, die ähnlich betroffen waren, klar an die Bundesebene adressiert.

*(Beifall bei der FDP und bei der SPD)*

Ich glaube, angesichts dessen zu sagen, das Landesinteresse würde nicht widerspiegelt werden, geht ins Leere.

Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Gutachten zeigen, dass es gerade in den Randgebieten im Norden und im Osten des Landes bereits jetzt und auch bei Zentralisierung zu verlängerten Fahrtzeiten kommen kann, aber - das muss man, wenn man darüber spricht, auch klar betonen - die angrenzenden Bundesländer wurden eben nicht mit betrachtet. Das gehört zur Vollständigkeit dazu, wenn wir in dieser Debatte über diese Themen sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das haben Sie, Frau Anger, nicht erwähnt.

Die im Gutachten geschilderte Lage fällt somit positiver aus, als sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Das betonen auch die Gutachtenden. Dies werden sie vermutlich auch in der Diskussion im Sozialausschuss noch einmal deutlich machen.

Im Bereich der Rettungsmittel ist die Etablierung eines weiteren Rettungshubschraubers im Norden des Landes nahegelegt worden.

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Rubabrauber! - Lachen bei der AfD)*

Ebenfalls im Norden soll eine Verbesserung von Schlaganfallbehandlungen durch die Eröffnung einer Stroke-Unit erreicht werden.

Was sind nun aber die Empfehlungen der Gutachter für Sachsen-Anhalt? - Elf Empfehlungen sind es, die sehr klar an das Land gerichtet wurden: die Ambulantisierung, ein gestuftes Versorgungssystem vom Basisversorger zum spezialisierten Versorger, die Etablierung von Leistungsbereichen zur bestmöglichen Verlegung und Bettenauslastung, die Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit, der Ausbau der Telematikinfrastruktur und die länderübergreifende Zusammenarbeit und Analyse.

Auf einzelne Empfehlungen möchte ich jetzt ein bisschen intensiver eingehen. Als erster Punkt wären da die Zentralisierung und die Spezialisierung. Die Zentralisierung von spezialisierten Eingriffen und Behandlungen stellt erst einmal nichts Neues dar. Trotzdem muss immer wieder betont werden: Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland, dementsprechend dürfte klar sein, dass nicht jede spezialisierte Leistung überall in der Fläche angeboten werden kann. Das ist weder personell sinnvoll, noch macht es medizinisch Sinn.

Ziel muss es sein, eine funktionierende Kooperation unter den Häusern zu erreichen, um dort eine Spezialisierung voranzutreiben. Innerhalb des Gutachtens sind außerdem die Mindestmengen von einzelnen Behandlungsschwerpunkten beleuchtet worden. Auch diese deuten darauf hin, dass Spezialisierungen unausweichlich sind, genau wie eine damit verbundene verstärkte Kooperation der einzelnen Standorte. Nur so ist es möglich, die Krankenhauslandschaft zu stärken und für die Zukunft flächendeckend aufrechtzuerhalten.

Politisch sollten wir dafür den Rahmen vorgeben. Ich halte es für sinnvoll, dass die Krankenhäuser selbst auch darüber diskutieren, wie Kooperationen aussehen können, um ggf. einzelne Kapazitäten und Ressourcen zusammenzulegen und zu bündeln, um für den Patienten eine bestmögliche Versorgung in der Fläche zu ermöglichen. Es zeigt sich, dass die Krankenhäuser selbst inzwischen ein Interesse daran haben. Ein Beispiel wurde vorhin schon genannt. Wir müssen Wege für die Krankenhäuser ermöglichen, in Kooperationen zu gehen, aber sie müssen auch selbst einen Teil dazu leisten.

*(Beifall bei der FDP)*

Ich sehe es ein bisschen kritisch, wenn wir als Land das vorgeben, weil wir meinen, die Krankenhäuser müssten in dieser oder jener Richtung zusammenarbeiten, diese Bedarfe gäbe es hier und andere Bedarfe gäbe es vielleicht dort. Ich glaube, das wissen die Krankenhäuser vor Ort selbst am besten. Wir sollten ihnen die Freiheit geben, entsprechend zusammenzuarbeiten.

*(Beifall bei der FDP)*

Spezialisierung und Schwerpunkte sind auch ein wichtiger Aspekt, wenn es um die Attraktivität für junges Fachpersonal geht. Dazu müssen wir ganz klar festhalten, dass Standorte, wo nur eine Basisversorgung stattfindet, deutlich unattraktiver gerade für junges Fachpersonal werden und dass daher gewünscht wird, dort auch spezialisierte Eingriffe vorzunehmen. Daher ist es wichtig, dass wir in der Fläche nicht nur auf Basisversorgung setzen, sondern auch dort Schwerpunkte vorsehen, um die Attraktivität für junge Ärztinnen und Ärzte sicherstellen zu können.

Mit Zentralisierung und Spezialisierung kommt immer auch die Frage der Qualität auf. Das Gutachten bestätigt etwas, das nichts Neues ist: Standorte, die gerade komplexere Eingriffe häufiger durchführen, erreichen qualitativ bessere Ergebnisse und verursachen weniger Komplikationen. Mehr Eingriffe führen zu Routine und Sicherheit beim ausführenden Fachpersonal. Ein stärkeres Maß an Spezialisierung mittels Kooperation ist daher für uns sehr zielführend.

Aus der Sicht der Freien Demokraten müssen dieser Spezialisierungsaspekt und die Qualitätssteigerung jedoch nicht allein von den Universitätskliniken ausgehen. Es sollten generell

Möglichkeiten eröffnet und die Rahmenbedingungen gesetzt werden, um in Sachsen-Anhalt eine sehr gute Behandlungsqualität zu erreichen.

Ein weiterer Aspekt, der nicht neu ist, der sich aber durch das Gutachten zieht, ist das Thema der Ambulantisierung. Die Medizin hat sich in den vergangenen Jahren zügig weiterentwickelt. Entsprechend haben sich auch die Behandlungsmethoden und -möglichkeiten verändert. Das hat dazu geführt, dass kürzere Aufenthalte in Krankenhäusern notwendig sind oder diese teilweise sogar komplett entfallen können, sprich Ambulantisierung. Das ist ein Trend, den es schon länger in der Medizin gibt. Deshalb wird es in Zukunft darum gehen, wie die Sektoren besser zusammenarbeiten können, um den Patienten eine optimale Versorgung anbieten zu können und entsprechende Kapazitäten zu bündeln.

*(Beifall bei der FDP)*

Auch hierbei kann im Übrigen eine gute Kooperation zwischen den Häusern helfen.

Ich komme zum Fazit. Es zeigt sich, dass wir über das Krankenhausgutachten noch weit mehr als nur in einer zehnminütigen Debatte diskutieren können und müssen, so komplex es am Ende ist und so komplex die gelieferten Ergebnisse und die daraus folgenden Schlussfolgerungen sind. Um diese Debatte transparent zu führen, werden wir uns innerhalb des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung dazu vertiefend nach der Sommerpause austauschen. Ich denke, dann hatte jeder Zeit, die 200 bis 300 Seiten, die es am Ende geworden sind, intensiv zu studieren, um dann in einen intensiven Austausch dazu einzutreten. Ich denke, das ist der richtige Weg. Ich

freue mich auf die weitere Debatte im Sozialausschuss. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der FDP)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank, Herr Pott. - Während Frau Sziborra-Seidlitz als nächste Rednerin nach vorn kommt, möchte ich ganz herzlich junge Menschen von der Herzog-August-Stiftung - Zukunftswerkstatt Mitteldeutschland GmbH in Weißenfels, die auf der Tribüne Platz genommen haben, begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

*(Beifall im ganzen Hause)*

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es tut mir leid, ich kann eine Rede zu Krankenhäusern in Not im Moment nicht beginnen, ohne über Ballenstedt zu reden. Die Ministerin tat das an dieser Stelle auch schon.

Die Lungenklinik in Ballenstedt, hoch spezialisiert und anerkannt, nicht nur in der Pandemie unverzichtbarer Bestandteil der Versorgung der Bevölkerung, große Arbeitgeberin vor Ort und auch Identifikationsanker in der Stadt, ist eine solche Klinik in Not, weil mit der Spezialisierung die Möglichkeit fehlt, über eine Querfinanzierung durch lukrativere Behandlungen Defizite auszugleichen. Weil - wie überall - Vergütungen bei steigenden Kosten nicht einfach angepasst werden können und weil das Personal immer knapper wird.

Nicht alles davon würde sich mit mehr Geld lösen lassen. Es wird auch Strukturveränderungen brauchen. Aber ob sich gerade eine so stark spezialisierte Fachklinik einfach so zerteilen und örtlich verlegen lässt, ob die anerkannte Fachlichkeit bestehen kann, wenn die Struktur zerschlagen wird, daran haben nicht nur meine Kolleginnen vor Ort berechtigte Zweifel.

Für die zweifelsohne in unserem Gesundheitswesen nötige Um- und Neustrukturierung muss nicht nur in Ballenstedt gelten: Fachliche und Versorgungsüberlegungen müssen unbedingt Vorrang vor Marktmechanismen haben. Wir haben eine Bundesregierung, die damit angetreten ist, eine Fortschrittskoalition zu sein. Nach 16 bleiern Jahren war und ist das dringend nötig, gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung und - noch einmal - besonders dringend im Bereich der Krankenhäuser. Nach 16 Jahren des Herumdokterns und der reinen Symptombekämpfung - meistens waren es CDU-Minister - haben wir jetzt einen Gesundheitsminister, der das Problem klar benennt und endlich die richtige Diagnose stellt,

*(Zustimmung)*

die da lautet: Die vormaligen Bundesregierungen haben es mit der Ökonomisierung des Gesundheitssystems zu weit getrieben.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Marktmechanismen sind im Bereich der Gesundheit in vielen Fällen dysfunktional. Gesundheit ist keine Ware. Krankenhäuser sind keine reinen Wirtschaftsunternehmen. Die Fallpauschalen waren bei ihrer Einführung ein sinnvoll erscheinender Gegenentwurf zu einer Krankenhausfinanzierung, die mit kostenintensiven Fehlanreizen für lange Krankenhausaufenthalte



gesorgt hat. Aber schon zeitig hat sich gezeigt: Sie haben nur andere Fehlanreize geschaffen, und zwar mindestens ebenso kostenintensiv, aber viel schwieriger für die Patientinnen und für die Kliniken.

Wenn man ein Finanzierungssystem strickt, dass über Fallpauschalen funktioniert, also die Behandlung von Patientinnen und Patienten mit einem jeweiligen Geldwert hinterlegt, dann löst man eben auch problematische Dynamiken aus. Krankenhäuser fokussieren sich dann auf besonders lukrative Behandlungsfelder. Das kritisieren die Kassen zu Recht, Stichwort: angebotsinduzierte Nachfrage. Das heißt, die Fallzahlen ergeben sich dann eben nicht mehr aus einer objektiv quantitativen Menge an entsprechenden Krankheitsfällen, sondern je häufiger eine Leistung angeboten wird, desto häufiger wird sie dann auch geleistet. Das kann man - wie in einem Lehrbuch; das ist schon oft beschrieben worden - beobachten z. B. bei künstlichen Hüftgelenken, Rückenoperationen, MRT-Untersuchungen usw.

Man setzt via DRG also Fehlanreize für eine überflüssige oder zumindest nicht hundertprozentig notwendige oder die nicht medizinisch sinnvollste Behandlung und errichtet damit einen Zielkonflikt zwischen ärztlicher Sicht und kaufmännischer Sicht. Wenn bspw. - um das einmal herunterzubrechen - eine natürliche Geburt weniger Geld einbringt als ein Kaiserschnitt, dann freut sich die kaufmännische Leitung eines Krankenhauses über die Zunahme der Zahl der Kaiserschnitte. Aus gesundheitlicher Sicht ist das aber eine problematische Entwicklung und wird im Übrigen letztlich auch teurer.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Gleichzeitig führt ein solches auf Fallzahlen fokussiertes System dazu, dass Krankenhäuser

in dünn besiedelten Regionen mit geringen und jetzt oftmals auch sinkenden Fallzahlen zunehmend in eine finanzielle Schieflage geraten. Sie bekommen ihre Dienstleistungen dann oft nicht mehr häufig genug verkauft, um profitabel zu sein, um eine schwarze Null zu erwirtschaften. Man kann versuchen, das System punktuell zu heilen, über Sicherstellungszuschläge, wie es im Schnellschuss passiert, oder über eine Feindifferenzierung des DRG-Systems, aber letztlich ist all das Symptombekämpfung.

Der Anspruch der Bundesregierung und insbesondere der GRÜNEN-Fraktion in der Bundesregierung ist ein anderer. Es gilt die Ursache selbst abzuschaufen. Auf den kürzestmöglichen Nenner gebracht: weg von den Fallpauschalen, hin zur Finanzierung der Vorhaltekosten.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

Dort, wo Krankenhäuser gebraucht werden, sollen sie die nötigen Mittel von vornherein bekommen, ohne diese über Abrechnungen einzelner erbrachter Fälle oder Leistungen zu erwirtschaften.

Die betriebswirtschaftliche Betrachtung eines Krankenhauses ändert sich damit fundamental und ähnelt dann eher der bei anderen öffentlichen Einrichtungen wie Kitas oder Museen und weniger, wie bisher, einem Autohaus oder einem Handyladen. Das ist völlig angemessen; denn Gesundheitsversorgung gehört zur Daseinsvorsorge.

Das verlangt der Politik auch im Land einiges ab. Bisher hat man quasi das DRG-System vorgegeben und hat es dem Krankenhausmarkt überlassen, sich passende Geschäftsmodelle zu überlegen. Die Krankenhausplanung der Länder hat im Grunde nie wirklich geplant, sondern vielmehr nur den Marktzugang geregelt.

Wenn jetzt also die Politik Vorhaltekosten finanziert, ist einiges mehr an Steuerung, Planung und damit auch Datenerhebung nötig. Über eine Bedarfsplanung muss man ermitteln, welche Angebote in welchem Umfang wo gebraucht werden, samt entsprechenden klaren Einteilungen von Krankentypen. Deshalb ist das mit den Leveln systematisch gar nicht so verkehrt. Es sind Vorgaben zur personellen und technischen Ausstattung vorzunehmen; denn man braucht eine konkrete Grundlage, um die Vorhaltekosten beziffern zu können. Das ändert nicht nur die betriebswirtschaftliche Binnenperspektive der Krankenhäuser, sondern auch deren Verhältnis untereinander.

Kliniken sind dann keine konkurrierenden Marktakteure mehr, die um die knappe Ressource Patient streiten. Ihre Daseinsberechtigung ergibt sich dann nicht mehr über die möglichst häufige Abrechnung lukrativer DRG in Konkurrenz zueinander, sondern dort, wo sie sind, werden sie zur Absicherung der Gesundheitsversorgung gebraucht. Das ist das grundsätzliche Signal an Krankenhäuser, die via Vorhaltekosten finanziert werden. Wenn damit die Konkurrenz endet, dann kann Kooperation beginnen.

Damit sind wir bei den zentralen Empfehlungen des Gutachtens unseres Landes. Wir brauchen mehr Kooperation, mehr Planung, mehr Leistungskonzentration. Wir brauchen einen spezifischen Ausbau von Spezialleistungen. Diese Forderungen sind mit einem System der Finanzierung von Vorhaltekosten sehr, sehr gut übereinanderzubringen. Wenn mit der Optimierung von lukrativen DRG kein Geld mehr zu machen ist und dieses Geld dann für die Häuser nicht mehr gebraucht wird, um unlukrative DRG querzufinanzieren, dann können sich Krankenhäuser in einer Region viel leichter über sinnvolle Spezialisierungen und ergänzende Angebote verständigen als bisher. Das verspreche ich mir

von dem von Minister Lauterbach angestoßenen Reformprozess auf der Bundesebene. Deshalb bin ich zu diesem nicht halb so negativ eingestellt wie manche hier im Haus.

Aber klar ist: Damit allein lösen wir nicht die Probleme der Absicherung der Versorgung in der Fläche. Abseits klassischer Krankenhäuser und klassischer Niederlassungen brauchen wir quasi einen intermediären Sektor und das ist neu. Das könnten die schon länger existierenden MVZ sein, gern auch in Trägerschaft von Kommunen. Das können Ansätze wie das Büsser Modell sein - das habe ich mir kürzlich angeguckt, das kann ich allen Kolleginnen aus dem Gesundheitsbereich empfehlen. Es könnten regionale Gesundheitszentren sein, wie es die Salus in Havelberg umsetzen möchte, bis hin zu Rotationsprechstunden in von der Gemeinde bereitgestellten Praxisräumen, wohin dann verschiedene Fachärztinnen kommen, wie es z. B. in Ummendorf in der Börde bereits geschieht.

Für diese neuen Versorgungsformen brauchen wir Mut, in der Politik neue Wege zu gehen. Wir brauchen vor allem verlässliche Finanzierungswege. Diese Rahmenbedingungen sind auf der Bundesebene in Arbeit.

Neben neuen Strukturen brauchen wir aber auch neue Professionen. Jetzt kommt mein Lieblingsthema. Eine weitere Akademisierung der Gesundheitstherapie und der Pflegeberufe tut an dieser Stelle not, um die Versorgung der Bevölkerung auf fachlich breitere Schultern zu verteilen, mit der Arztzentrierung im deutschen Gesundheitssystem endlich Schluss zu machen und endlich multiprofessionell mit neuen Ansätzen neue Versorgung zu etablieren.

Das ist im Übrigen auch ein Mittel gegen den Fachkräftemangel. Mehr Kompetenzzuschreibung, mehr Eigenverantwortung, mehr Kar-

rierewege in Gesundheits-, Therapie- und Pflegeberufen locken mehr junge Menschen in diese Berufsfelder. Da ist bundesweit gerade Einiges in Bewegung; nur wir in Sachsen-Anhalt sind gerade beim Thema Akademisierung noch nicht so richtig auf dem Weg.

Kurzfristig geht es darum zu verhindern, dass uns Krankenhäuser im Land verloren gehen, bevor die Systemumstellung auf der Bundesebene gelingt. Eine solche kalte Marktberreinigung gilt es dringend zu verhindern, zum einen indem das Land - dieser Appell richtet sich letztlich an alle Bundesländer - nicht aus falschem verstandenem Konkurrenzgerangel und politischem Kalkül die Reform verzögert, zum anderen indem das Land den Krankenhäusern finanziell zur Seite steht. Mit dem Corona-Sondervermögen ist schon einiges geleistet worden. Der nächste Haushalt wird sicherlich weitere Ansätze dafür vorweisen müssen, um die Krankenhausstandorte im Land zu sichern.

Kurzfristige Struktursicherung der Krankenhäuser, mittelfristiger Systemumbau in Sachen Finanzierung und ambulante Gesundheitszentren, langfristiger Gewinn für unsere Bevölkerung - das sind die Schritte, die zu gehen sind. - Vielen Dank.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Sziborra-Seidlitz, es gibt drei Fragen, und zwar von Herrn Kosmehl, dann von Frau Fr. Richter-Airijoki und dann von Herrn Silbersack. Möchten Sie diese zulassen?

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Ja.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Ja. - Herr Kosmehl.

**Guido Kosmehl (FDP):**

Vielen Dank. - Frau Kollegin, Sie haben noch einmal auf die 16 Jahre hingewiesen, in denen nichts passiert ist. Sie kennen sich ja sehr gut aus in der Thematik. Vielleicht können Sie uns erhellen, wer denn das Fallpauschalensystem eingeführt hat? Unter welcher Ministerin bzw. Bundesregierung ist das denn gemacht worden? Ist es aus Ihrer Sicht nicht sinnvoller, nach vorn zu schauen und jetzt Lösungen zu finden, statt sich ständig vorzuhalten, wer wann irgendwie Verantwortung getragen hat, um sich damit besser hinzustellen?

*(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Sziborra-Seidlitz.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Sie bringen mich damit überhaupt nicht in Nöte zuzugeben, dass die Fallpauschalen unter Rot-Grün eingeführt worden sind. Ich habe auch erläutert, was dabei die Idee war.

*(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU  
- Zuruf von der CDU: Aha!)*

- Ich bin noch nicht fertig mit meiner Antwort, aber sagen Sie gern „Aha“; von mir aus.

Die Idee war, ein falsches Anreizsystem zu ersetzen. Dann hat sich relativ zeitnah herausgestellt, dass das neue Anreizsystem mindes-

tens ebenso falsch war. Dann kamen eben 16 Jahre,

*(Daniel Roi, AfD: Kurzum, Sie haben keine Ahnung!)*

in denen an diesem offensichtlich falschen Anreizsystem nicht viel geändert worden ist. Aber ja - wenn Sie das jetzt hören wollten und Sie können dazu gern wieder „Aha“ sagen -, die Einführung der DRG in dieser Form war ein Fehler.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Aha! - Daniel Roi, AfD: Aha! Deswegen nie wieder GRÜNE! - Christian Hecht, AfD, lacht)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Dr. Richter-Airijoki.

**Dr. Heide Richter-Airijoki (SPD):**

Vielen Dank. - Ich möchte noch eine spezifische Frage zu den Fallzahlen stellen. Sie, ich und andere Abgeordnete, die das Thema Gesundheit im Fokus haben, waren bei einer Veranstaltung einer Krankenkasse, bei der wir Zahlen und Visualisierungen gesehen haben, wie sehr z. B. bei Entbindungen - das wurde als Beispiel genommen - die Komplikationsrate ansteigt, je weniger Entbindungen pro Jahr durchgeführt werden. Eine Zahl von 500 Entbindungen pro Jahr wurde als eine - in Anführungszeichen - magische Grenze genannt, ab der die Komplikationsraten deutlich steigen.

Natürlich ist einerseits die Wirtschaftlichkeit ein Grund, aber andererseits auch der Fachkräftemangel, dass man in manchen Bereichen konzentriert und zusammenführt. Es ist aber

eben auch die Sicherheit der Versorgung ein Aspekt. Wie sehen Sie diesen Aspekt der Sicherheit im Verhältnis zum Aspekt der Wirtschaftlichkeit? - Bleiben wir einmal beim Thema Geburtshilfe.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Sziborra-Seidlitz.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Sie haben ein sehr wichtiges Spannungsfeld beschrieben. Ich rede, was das betrifft, ungern über Wirtschaftlichkeit. Denn - das habe ich ausgeführt - ich finde, dass das nicht das leitende Kriterium sein darf. Die Versorgungssicherheit im Sinne von Sicherheit für die Patientinnen muss natürlich ein Kriterium sein. Wir haben ein Spannungsfeld mit einerseits einer fachlichen Beurteilung, dass bestimmte Angebote zentriert werden müssen, damit sie sicher angeboten werden können, damit die Versorgung tatsächlich für die Patientinnen und Patienten sicher ist. Auf der anderen Seite ist auch eine Versorgung in der Fläche erforderlich. Das Angebot muss nicht nur sicher sein, sondern es muss auch erreichbar sein.

Das ist ein Spannungsfeld, bei dem natürlich in einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt die Spannung besonders groß ist. Ich glaube, es gehört viel Ehrlichkeit dazu, das auch immer wieder beides so zu benennen. Mir ist die Wirtschaftlichkeit wichtig. Selbstverständlich muss es auch wirtschaftlich sein. Aber die Gewinnorientierung oder der Zwang, möglichst eine teurere Behandlung zu wählen, damit das Krankenhaus überleben kann, dürfen nicht im Fokus und nicht mehr im Vordergrund stehen.

*(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Herr Silbersack, bitte.

**Andreas Silbersack (FDP):**

Ja, Frau Präsidentin. - Frau Kollegin, ich habe eine dreigeteilte Frage. Sie sagen, die Krankenhäuser sollten Einrichtungen der Daseinsvorsorge sein und nicht gewinnorientiert. Würden Sie sich also dafür aussprechen, dass die jeweiligen Tochter-MVZ der Krankenhäuser abgeschafft werden? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist, ob Sie dann diese Daseinsvorsorge im Bereich der niedergelassenen Ärzte vollumfänglich sehen.

Und, wenn Sie das so sehen, wären Sie dann drittens für die Abschaffung der KV?

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Ja, ich glaube, dass auch die ambulante Gesundheitsversorgung ein Teil von Daseinsvorsorge sein muss. Ich glaube nicht, dass man deswegen die MVZ abschaffen sollte. Ich glaube, dass wir mit den Plänen der Bundesregierung, gerade für die intermediäre Versorgung, also das Sektorenübergreifende, was bislang nicht so möglich ist, ein neues Finanzierungsmodell bekommen, sodass auch MVZ nicht gewinnorientiert arbeiten müssen.

Nein, ich bin nicht für die Abschaffung der KV. Das Kassenärztesystem hat sich bewährt. Wir können ganz grundsätzlich über die Frage des Krankenkassensystems reden, das würde aber hier und heute den Rahmen sprengen.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN - Guido Kosmehl, FDP: Einheitskasse!)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank, Frau Sziborra-Seidlitz. - Als letzte Rednerin kommt jetzt Frau Dr. Pähle an das Mikrofon.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Ministerin Petra Grimm-Benne hat vorhin deutlich dargelegt, in welcher aktuellen politischen Konstellation wir diese Krankenhausdebatte führen, nämlich unmittelbar vor den hoffentlich abschließenden Gesprächen zwischen dem Bund und den Ländern über eine bundesweit greifende Reform der Finanzierung des Krankenhaussystems.

Ich will an der Stelle Folgendes sagen: Die Frage, wer es erfunden hat, ist für die Frage, wie es in Zukunft weitergeht, nicht die wichtigste. Es muss jetzt eine Änderung bei der Finanzierung gefunden werden, die dafür sorgt, dass es keinen Kahlschlag gibt, dass es eine Versorgung auch in den ländlichen Regionen gibt und dass gleichzeitig die anderen Aspekte wie Qualität etc. aufrechterhalten werden.

Ja, wir können trotzdem, da gerade alles noch in der Diskussion ist, über die Zielstellung für das Land diskutieren, insbesondere auf der Grundlage des eigenen Gutachtens. Allerdings haben wir das vor zwei Monaten schon in diesem Haus getan, als das Gutachten in seinen Grundzügen schon bekannt war.

Nein, wir können nicht seriös über die finanziellen Rahmenbedingungen sprechen, weil wir noch nicht wissen, was es für die Vorsorgepauschalen heißt. Wir haben gesehen, was der Bund bei den Vorsorgepauschalen gemacht hat, z. B. in der Gynäkologie. Das sehen wir. Das kann jedes Krankenhaus für sich durchrechnen

und weiß, wo es steht. Was insgesamt finanziell in dieser Reform steckt, wissen wir noch nicht. Wir wissen es deshalb nicht, weil die Bund-Länder-Gespräche noch nicht beendet sind. Deshalb ist eine Plenardebatte am heutigen Tag von - ich sage es einmal so - begrenzter Halbwertszeit. Es ist der Blick in die Glaskugel.

Ich will aber noch einmal die grundlegenden Ziele darstellen, auf die es für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ankommt. Es geht um eine flächendeckende, wohnortnahe und gute Grundversorgung. Das meinen wir im Übrigen, werte Kollegen der LINKEN, wenn wir sagen, dass wir keinen Standort infrage stellen. Wir wissen, dass in den vergangenen Jahren die Debatten über aktive Schließungen von Krankenhäusern über die Landesebene hier im Land geführt wurden. Über diesen Punkt sind wir hinweg und das ist gut so. Wir stellen politisch keinen Standort infrage.

*(Zustimmung bei der SPD)*

In einem Flächenland wie Sachsen-Anhalt brauchen wir in allen Regionen eine grundlegende Versorgung mit den Leistungen, die eine einfache ambulante Arztpraxis nicht leisten kann. Wir brauchen eine verlässliche Notfallversorgung. Unsere Struktur mit kommunalen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern brauchen wir deshalb so, wie sie ist. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass jenseits der Krankenhäuser, die dem Land gehören, unser Einfluss als Land auf Trägerentscheidungen begrenzt ist; es sei denn, wir finden eine Mehrheit in diesem Haus, alle Krankenhäuser in diesem Land in die Landeshoheit zu übernehmen.

*(Andreas Silbersack, FDP: Nein, nein!)*

Die sehe ich nicht. Im Moment sind es die Kommunen, frei-gemeinnützige Träger und private Träger, die genau diese Entscheidung treffen. Wir können sie begleiten und wir können die richtigen Rahmenbedingungen setzen, aber eine Entscheidung der Träger ist eine Entscheidung der Träger.

*(Minister Sven Schulze begibt sich in den Bereich der Abgeordnetenbanken)*

#### **Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Pähle, einen Augenblick bitte. - Parlamentsfremde Personen! - Ja, es ist so.

#### **Dr. Katja Pähle (SPD):**

Es geht um spezielle Behandlungszentren in erreichbarer Nähe. Das heißt, auch Krankenhäuser für Behandlungen, für die ein Team große und spezielle Erfahrungen und damit eine Mindestanzahl an Fällen braucht, müssen in Reichweite sein. Das bedeutet aber eben nicht, dass es alles überall gibt.

Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, dass dieser Aspekt der Qualität in Ihren Überlegungen kaum eine Rolle spielt. Das schlägt sich z. B. in der regelmäßigen Forderung nach einem Veränderungsmoratorium nieder. Was heißt denn das? - Das heißt, alles bleibt so, wie es ist, also mit Krankenhäusern, die, wie im Gutachten dargestellt, nicht die ausreichende Kompetenz haben für die Behandlung von Herzinfarktpatienten und Schlaganfallpatienten. Das heißt es. Ist das wirklich das, was Sie wollen? - Ich glaube, nicht.

Wir sagen dagegen: Wo ein Rückgang der Fallzahlen auch einen Rückgang der medizinischen Qualität bedeutet, muss Veränderung nicht nur möglich sein, sondern dort ist sie geboten. Für diese Veränderungen stellen wir als Land Mittel zur Verfügung, und zwar einerseits über das Corona-Sondervermögen und andererseits über die Kofinanzierung des Zukunftsfonds des Bundes. Ich gehe davon aus, dass wir das auch mit dem nächsten Haushalt tun. Denn diese Mittel sind gut angelegt.

Es geht um mehr Kompetenz, auch in der Fläche, durch digitale Vernetzung. Wir alle erleben in unserem Alltag, im Beruf und auch in der Politik, wie die Digitalisierung das verfügbare Wissen ständig erhöht, wie Kompetenzen online vernetzt werden und wie damit gemeinsam mehr erreicht werden kann. Wann könnte es wichtiger sein, diese Möglichkeiten einzusetzen, als dann, wenn es um Menschenleben geht? Beispiele sind die frühe Diagnose schon im Rettungswagen durch das Hinzuziehen erfahrener Spezialisten, das Upgrade bei der Schlaganfallversorgung durch die Onlinekonsultation der Uniklinik, das Arzt-Patienten-Gespräch per Videoschaltel auch bei räumlicher Distanz. Die Möglichkeiten und Chancen sind vielfältig und die Anforderungen, die damit verbunden sind, sind es auch. Diese Zielstellung bedeutet hohe Anforderungen an den Ausbau der Datennetze, an die Klärungen hinsichtlich des Datenschutzes, an die Schulung der beteiligten Fachkräfte vom Rettungssanitäter bis zur Chefärztin, an die Fähigkeit zur Kooperation der unterschiedlichsten Fachbereiche und Träger und an die Flexibilität der Finanzierungs- und Abrechnungssysteme.

An der Stelle, Frau Anger, hat mich Ihr großer Dissens hinsichtlich der Aufteilung der Finanzierung mit den Krankenkassen für die Leistungen und den Ländern für die Investitionen wirklich

erschreckt. Diese Dualität existiert seit 1972 im Krankenhausfinanzierungsgesetz. Es gibt einen guten Grund dafür, weshalb die Krankenkassen für die Finanzierung der Leistungen zuständig sind. Es sind nämlich die Einnahmen der Krankenkassen von uns allen, nämlich von den Versicherten. Es ist geboten, dass Krankenkassen bei der Erreichung ihrer Ansprüche auch den Leistungserbringer in den Blick nehmen und schauen, welche Leistungen erbracht wurden oder ob z. B. die mittlerweile im Gesetz geregelten Pflegepersonaluntergrenzen eingehalten werden. Das sind wichtige Qualitätsstandards. Die Aussage, dass darin schon die Krux der ganzen Systematik liegt, halte ich, ehrlich gesagt, für verfehlt. Wir müssen im Land auf die Investitionen schauen. Wir haben angefangen und wir werden das fortsetzen. Aber mit der Idee, an die Säule der Krankenkassenfinanzierung für die angebotenen Leistungen die Axt zu legen, habe ich ein großes Problem.

Es geht um Arbeitsteilung und Zusammenarbeit von stationärer und ambulanter Medizin. Für uns hier im Osten ist das gar nicht so neu, weil die meisten von uns das Konzept der Poliklinik noch kennen und in guter Erinnerung haben. Unter komplett veränderten Vorzeichen geht es heute darum, wie Behandlungszentren aussehen, in denen anspruchsvolle und komplexe medizinische Leistungen erbracht werden, in denen aber stationäre Behandlungen eine viel geringere Rolle spielen als noch vor 30 Jahren. Ich sage Ihnen, warum das so ist. Das hat etwas mit dem medizinischen Fortschritt zu tun. Viele Dinge, die heute gemacht werden, erfordern anders als vor 30 Jahren keine stationäre Aufnahme mehr. Ein Problem der Krankenhausfinanzierung liegt unter anderem darin, dass die Krankenhäuser erst Geld bekommen, wenn die Patienten auch im Krankenhaus bleiben. Das ist aber nicht immer zum Wohle des Patienten, insbesondere bei Kindern nicht.

Als meine Kinder noch viel jünger waren als heute, war ich froh, wenn ich nach einer Behandlung beim kinderärztlichen Notdienst mit ihnen hinterher nach Hause gehen konnte und ich sie nicht über Nacht im Krankenhaus lassen musste. Das sorgt aber für sinkende Fallzahlen. Auf diesen Fall müssen wir vorbereitet sein. Deshalb müssen wir Veränderungen und Vernetzungen der unterschiedlichen Akteure anbieten.

*(Zustimmung bei der SPD und bei der FDP)*

Es geht um eine schnelle Notfallrettung auch in dünn besiedelten Regionen unterstützt durch Helikopter und qualifizierte Leitstellen. Es ist ein Verdienst der Gutachter, dass sie über den Kernauftrag des Gutachtens hinaus strukturelle Auswirkungen der anstehenden Veränderungen im Krankensektor auf die medizinische Notfallversorgung deutlich gemacht haben.

*(Zustimmung bei der SPD)*

Es ist plausibel, dass im Interesse der Qualität Konzentrations- und Spezialisierungsprozesse nötig sind. Das hat in einer so großen und dünn besiedelten Region wie der Altmark andere Auswirkungen auf die Notfalltransporte als in städtischen Ballungsgebieten wie Halle oder Magdeburg. Das müssen wir mitdenken und darauf müssen wir Antworten geben.

Unabhängig von der besonderen Situation in der Altmark stellt die hohe Anforderung an Qualifikation und Weiterbildung einen wichtigen Punkt unter dem Aspekt Fachkräftebedarf dar. Wenn wir jetzt nicht auch unter Qualitätsaspekten Krankenhäuser begleiten und gut aufstellen, dann erfolgt über den Fachkräftemangel eine kalte Bereinigung unserer Krankenhauslandschaft. Ich sage Ihnen das ganz deutlich. In einem Krankenhaus, in dem nur wenige

Sachen angeboten werden und in dem wenige Patienten behandelt werden, wird man keinen gut qualifizierten Facharzt für den Einsatz im Krankenhaus gewinnen können. Das ist eine Schließung durch die Hintertür.

Niemand - egal durch welche politischen Einflüsse - kann daran etwas verhindern. Deswegen müssen wir etwas dagegen tun;

*(Zustimmung von Dr. Heide Richter-Airijoki, SPD, und von Thomas Krüger, CDU)*

denn das Allerletzte, was wir brauchen, sind Phantomkliniken im Land, die zwar da sind, in denen aber kein gutes Personal vorhanden ist, in denen die Fallzahlen dafür nicht erbracht werden, dass man qualitätssichernd unterwegs sein kann, und die, ehrlich gesagt, bis auf die Nähe zum Patienten und zur Patientin nichts für die Region anzubieten haben. Dieser Aufgabe werden wir uns im Bund genauso wie hier im Land stellen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der SPD)*

#### **Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Pähle, es gibt eine Intervention von Herrn Gallert und danach noch eine Frage von Frau Anger, wenn Sie diese zulassen. - Zunächst Herr Gallert.

#### **Wulf Gallert (DIE LINKE):**

Ich habe mich dann doch dafür entschieden, eine Intervention zu machen, weil Sie, Frau Pähle, sagten: Die einzige Alternative zu einem koordinierten Vorgehen bei Krankenhäusern wäre aus unserer Perspektive, alle



Krankenhäuser in Landeseigentum zu übernehmen. - Nein, das ist es definitiv nicht.

Es gibt ein Krankenhausgutachten, das wir von einem ehemaligen Chef der Krankenhausesellschaft hier in Sachsen-Anhalt haben erstellen lassen, der ausdrücklich eine Holding vorschlägt, und zwar von allen öffentlichen Trägern des Landes Sachsen-Anhalts, um solche Dinge zu koordinieren. Sie wissen übrigens, dass diese Holding in einem Spezialfall längst existiert, nämlich die Salus gGmbH, in der wir anteilmäßig sowohl das Land als auch den Landkreis Altmark enthalten haben. Das ist genau das, was wir vorgeschlagen haben und nicht die Überführung aller kommunalen Krankenhäuser in das Landeseigentum.

Ich will zumindest noch eine zweite Bemerkung machen. Am Ende Ihres Redebeitrages haben Sie - das können Sie mir bestätigen oder Sie können es verneinen - eigentlich aus meiner Sicht deutlich gemacht, dass eine weitere Ausdünnung der Krankenhausstandorte in der Fläche aus Ihrer Perspektive im Interesse eines Erhaltens oder Steigerns der Qualität notwendig ist. Können Sie mir sagen, ob Sie das so gemeint haben oder nicht?

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Aber nur, wenn Sie wollen, Frau Dr. Pähle.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Ich möchte, Frau Präsidentin. - Ich fange einmal mit dem Ersten an. Herr Gallert, Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir bei der Trägerstruktur im Land - die drei Trägergruppen habe ich benannt - als Aufteilung eine Drittelung haben. Das ist gut so, glaube ich; denn damit

sind wir im Vergleich zu anderen Bundesländern, wo das nicht ein Drittel, ein Drittel und ein Drittel ist, in einem großen Vorteil. Wir haben nämlich noch kommunale Krankenhäuser, bei denen der Kreistag z. B. über Entscheidungen mitdiskutiert und letztendlich auch darüber eine Abstimmung macht.

Im Hinblick auf Ihre Idee einer Holding - ja, das stimmt, es ist nicht der Landesbesitz, aber es ist eine Holding, und zwar bei Miteigentum des Landes - müssen Sie anerkennen,

*(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)*

dass Sie, wenn Sie die kommunalen Krankenhäuser in den Blick nehmen, wie gesagt, ein Drittel erreichen. Was machen wir denn mit den Trägerentscheidungen der privaten Krankenhäuser? Was machen wir, wenn sich in Mansfeld-Südharz der Träger zurückzieht?

*(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Das macht er doch schon! - Wulf Gallert, DIE LINKE: Was machen wir denn dann?)*

- Ja, genau.

*(Zuruf von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)*

Aber dieses Problem des Trägerzurückziehens lösen Sie doch nicht mit Ihrer Holding

*(Wulf Gallert, DIE LINKE: Nein! - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Doch!)*

es sei denn, Sie sagen dem Träger: Ich kaufe es dir ab.

*(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Indem wir selber zum Träger werden! - Wulf Gallert, DIE LINKE: Ja!)*

Ich bin mir nicht sicher, ob der private Konzern - das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen - mit seiner Struktur auch bei uns im Land ganz andere Ziele verfolgt als allein den Aspekt der Versorgung der Patientinnen und Patienten;

*(Wulf Gallert, DIE LINKE: Natürlich tut er das!)*

dass er das macht und dass er dann diesen Aspekt aufgibt, z. B. bundesweit Einweisstrukturen aufrechtzuerhalten, Spezialisierungen sicherzustellen etc. pp., dass er dafür aufkommt, wenn wir als Land sagen: Wir kaufen dir aber das Krankenhaus ab. Dann brauchen Sie eine gesetzliche Regelung und die heißt an dieser Stelle: Enteignung. Dann müssen Sie das so deutlich aber sagen, ansonsten ist das keine Antwort auf das Problem, das ich skizziert habe.

Zum letzten Punkt. Werter Kollege Gallert, Sie haben mich missverstanden,

*(Wulf Gallert, DIE LINKE: Ach so!)*

vielleicht auch ein bisschen mit Absicht;

*(Wulf Gallert, DIE LINKE: Ach Quatsch!)*

denn ich habe ganz deutlich gesagt, dass man zwischen der wohnortnahen Grundversorgung, die aber nicht alles sicherstellen kann, und den weiteren Stufen der Spezialisierung unterscheiden muss. Es wird eine heftige Diskussion darüber geben, was in die Grundversorgung hineingehört. An dieser Stelle bin ich bei Ihnen. Unser Interesse muss es sein, bestimmte Dinge tatsächlich auch in der Grundversorgung abzusichern. Aber die Frage, ob ich einen Linksherzkathetermessplatz in jedem Krankenhaus

brauche, ist dann nämlich eine Frage von Qualität, von Fallzahlen und von Frachtkräften.

*(Zustimmung bei der CDU - Matthias Redlich, CDU: So ist es!)*

Das ist der Punkt. An diesen Stellen, wo diese Sachen einfach nicht mehr von jedem und von überall erbracht werden können, müssen wir Lösungen in den Bereichen Rettungswesen, Vernetzung, Fachkräfte finden. Ansonsten kommen wir an dieser Stelle einfach durch die Eieruhr.

*(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)*

Und deswegen haben Sie mich an dieser Stelle falsch verstanden.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Jetzt stellt Frau Anger noch eine Frage.

**Nicole Anger (DIE LINKE):**

Vielen Dank für das Zulassen der Frage, Frau Präsidentin. - Frau Dr. Pähle, Sie haben den Landesbasisfallwert erwähnt. Die Fallpauschalen werden mit dem selbigen multipliziert, aber jedes Bundesland hat seinen eigenen Landesbasisfallwert, der mit den Krankenkassen entsprechend verhandelt werden muss.

Für Sachsen-Anhalt heißt das, dass die Krankenhäuser dieselben medizinischen Behandlungen und dieselben medizinischen Leistungen erbringen müssen, aber zu einer geringeren Vergütung als in anderen Bundesländern, d. h.

natürlich für das Personal: ein geringeres Entgelt. Wie erklären Sie den Krankenhäusern, dass sich der Landesbasisfallwert in Sachsen-Anhalt viel geringer verhält als in anderen Bundesländern, wo doch die Kosten genauso hoch sind? Was raten Sie ihnen, wie sie die Verhandlungen besser führen können?

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Frau Dr. Pähle.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Frau Anger, neben dem Landesbasisfallwert und auch bspw. neben den neu eingeführten Vorhaltepauschalen - ich habe die Gynäkologie erwähnt - setzt sich das Thema Krankenhausfinanzierung auch aufseiten der Kassen durch unterschiedliche Komponenten zusammen. Es ist nicht alles Verhandlungssache. Das habe ich übrigens auch nicht erwähnt.

Aber Sie haben in Ihrer Rede - vielleicht verkürzt oder vielleicht habe ich Sie auch falsch verstanden - gesagt: Es ist ein Manko, es ist ein Fehler, dass die Krankenhäuser das mit den Kassen, die die Leistungen bezahlen, über Verhandlungen regeln. Daran glaube ich nicht; denn dass Versicherungsbeiträge von den Krankenkassen effizient und wirklich auch mit Blick auf das Detail ausgegeben werden, setzt Verhandlungen voraus. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir werden erleben - ich habe das vorhin angesprochen mit den Pflegeuntergrenzen -, dass bei Leistungen, die in Krankenhäusern erbracht werden, wo aber das notwendige Personal nicht an Bord war, Vergütungskürzungen zu verzeichnen sind, weil das einfach die gesetzliche Grundlage ist. Wir haben ein Personalproblem. Dieses Personalproblem wird sich finanziell auf die Krankenhäuser und auf die Finanzierung auswirken. Das

hat nichts mit den bösen Krankenkassen zu tun, sondern das hat etwas mit der Situation am Markt und mit dem Wettbewerb um diejenigen, die in der Pflege und in der Medizin arbeiten, zu tun.

All diese Sachen werden wahrscheinlich dazu führen, dass Menschen an verschiedenen Stellen in Aufregung und in Sorge geraten. Wir sollten damit vernünftig umgehen - mit Weitblick und mit der Zusicherung, dass wir an diesen Baustellen arbeiten und dass wir auch einige Ideen im Köcher haben. Das Aufnehmen, das Hochziehen und das Skandalisieren hilft uns an diesen Stellen nicht einen einzigen Millimeter weiter - den Krankenhäusern nicht, den dort tätigen Ärztinnen und Ärzten nicht und auch dem Pflegepersonal nicht. - Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. - Die Fraktion DIE LINKE hat als Antragstellerin das Verlangen geäußert, ein Schlusswort zu halten. Während Frau Anger zum Rednerpult eilt, möchte ich Gäste nicht aus einem benachbarten, sondern aus einem anderen Bundesland begrüßen, und zwar aus Hessen. Auf der Tribüne haben Damen und Herren des AfD-Landesverbandes Platz genommen. Seien Sie uns willkommen!

*(Beifall bei der AfD)*

Frau Anger, bitte.

**Nicole Anger (DIE LINKE):**

Da es rechnerisch immer ein bisschen schwierig ist, fange ich einmal damit an, dass wir neun von 45 Krankenhäusern haben, die in kommunaler

Trägerschaft sind. Rechnet man die beiden Unis hinzu, dann sind es elf, also ein Viertel in diesem Land.

Frau Dr. Pähle keinen Kahlschlag in den Regionen, das habe ich total gern gehört; denn es ist genau das, was auch wir nicht wollen. Deswegen machen wir das hier zum Thema. Eine gute wohnortnahe Grundversorgung - schön, dass wir uns an dieser Stelle darin einig sind, dass wir die Standorte gemeinsam nicht infrage stellen und dass wir weiter daran arbeiten können.

Ein Moratorium würde ich Ihnen gern noch einmal ein Stück weit erläutern, weil wir momentan - da mag mir die Kollegin Kleemann wieder Populismus vorwerfen - sehen, dass es zu einer Kannibalisierung der Häuser kommen könnte, wenn das Verfahren so weiterläuft. Genau das ist das, was wir verhindern wollen. Schließungen wie zuletzt in Ballenstedt oder auch wie die Schließung der Kinderklinik in Zeitz gilt es zu vermeiden.

*(Zuruf von Ministerin Petra Grimm-Benne)*

Wir wollen die Krankenhauslandschaft weiterentwickeln. Wir wollen, dass wir auf dem Weg der Weiterentwicklung keine Station und keine Einrichtungen weiter verlieren; denn was jetzt schließt, bekommen wir nie wieder zurück.

Ein bisschen überrascht bin ich über die Reaktionen auf die Rede der Kollegin Sziborra-Seidlitz; denn sie hat im ersten Teil und am Ende so ziemlich das Gleiche gesagt wie auch ich und die gleichen Punkte moniert. Darin stimmen wir im Übrigen miteinander überein, nur in den Reaktionen nicht. Bei mir gab es eine Intervention, bei Ihnen gab es Applaus. Ich gönne Ihnen das total, weil mir an der Sache gelegen ist und daran, dass wir das hier ehrlich und offen thematisieren.

Zu Herrn Pott. Ich habe gesagt, dass in dem Gutachten vieles festgestellt wird, was wir bereits wissen. Bedauerlich, dass unser Kenntnisstand an dieser Stelle höher ist als Ihrer, aber Sie haben jetzt ein bisschen Zeit, Ihren ausführlich zu erweitern und sich einzulesen. Dann können wir das Ganze gern gemeinsam mit Handlungsperspektiven bereden.

Bei Herrn Siegmund kann ich einfach nur feststellen: Erst eine große Ankündigung und sagen, man will einmal konstruktiv werden. Aber dann kommt nichts Konkretes und schon gar nichts Konstruktives - wie zu erwarten war.

Herr Krull, Sie haben genauso wie ich die Fehlstellen benannt: die mangelnde Investitionsverpflichtung des Landes und die DRG-Fehlansätze.

*(Unruhe)*

Es ist gut, dass wir beide wissen, wo die Probleme sind. Ich glaube, daran können wir gut gemeinsam weiterarbeiten. Nur bei der Privatisierung stimmen wir nicht überein. Wir sind in der Tat dafür, dass wir die kommunalen Häuser weiter stärken und an dieser Stelle weitere gewinnen müssen.

Frau Ministerin, wir übernehmen als Opposition sehr gern die Verantwortung und zeigen Ihnen, dass wir das Thema eng begleiten und auch immer wieder aufrufen. Arbeitsverweigerung kann man uns, glaube ich, an dieser Stelle nicht vorwerfen; denn wir sind diejenigen, die das Thema ansprechen und die entsprechende Vorschläge machen.

*(Zuruf von Ministerin Petra Grimm-Benne)*

Leider ist es oftmals abgelehnt oder ist die Fachdebatte vertagt worden. Ich will nur erwähnen: Den Rettungsschirm des Landes für die

Krankenhäuser hätte es ohne unsere Vehemenz nicht gegeben. Wir haben die Forderung aufgemacht wegen der fehlenden Energiepauschalen, die es damals noch nicht gab, und auf unseren Druck hin ist echt etwas passiert. Wir können uns darauf einigen. Wenn es demnächst besser und zügiger geht, dann würde ich Sie auch gern mehr loben. Das kann ich gern zusagen. Das habe ich heute übrigens im Sozialausschuss bei einem anderen Thema auch getan. Es geht also.

*(Zustimmung von Eva von Angern, DIE LINKE)*

Wir wollen, dass die Krankenhauslandschaft im Sinne der Menschen weiterentwickelt wird und dass wir mit der Aktuellen Debatte heute den Prozess hoffentlich angestoßen haben. Wir stehen gern konstruktiv und kooperativ zur Seite. Wir wünschen uns eine gute Gesundheitsversorgung für die Menschen im Land.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Ich wünsche mir auch, dass die Zeit eingehalten wird. - Frau Anger, es gibt eine Frage von Frau Dr. Pähle, sodass Sie dann noch ggf. einige Sätze sagen könnten.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Frau Kollegin Anger, da ich von Ihnen Hinweise bekommen habe, gebe ich einmal einen Hinweis zurück, und zwar gerade bei dem Thema Ballenstedt. Soweit ich weiß, sind gerade in Ballenstedt ein kommunaler und ein gemeinnütziger Träger in Besitz dieser Einrichtung. Und so wie Ministerin Grimm-Benne gesagt hat, gab es jetzt auch den Aufsichtsrat etc. pp. Was machen wir denn unter diesem Aspekt, wenn anscheinend Profit - es sei denn, Sie unterstellen Profitgier auch

bei den kommunalen und freien gemeinnützigen Trägern - nicht die Rolle spielt, sondern eher die Vorzeichen nach leistungsfähiger Umorientierung und Sicherung des Standortes? Was ist dann Ihre Antwort? Sind wir dann doch beim Thema Enteignung, wenn es nicht so klappt?

*(Eva von Angern, DIE LINKE: Das haben wir aber schon einmal gesagt!)*

**Nicole Anger (DIE LINKE):**

Dass wir für eine Rekommunalisierung der Häuser stehen, das wird Sie nicht überraschen.

*(Dr. Katja Pähle, SPD: Das ist doch aber kommunal!)*

- Es ist zum Teil kommunal, richtig. - Das Problem in Ballenstedt ist aber wieder einmal eines der typischen. Weder der Aufsichtsrat noch sonst jemand in der Region ist mitgenommen worden. Die hatten dort weniger Kenntnisstand über diese Situation als die Außenwelt.

*(Thomas Krüger, CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt so nicht! - Zuruf von Ministerin Petra Grimm-Benne)*

- Ich kann Ihnen auch nur wiedergeben, was mir aus dem Ort dort berichtet wurde. - Es ist wichtig, dass wir uns als Land zu den kommunalen Einrichtungen und zu den Schwerpunkten entsprechend bekennen, dort Unterstützung leisten und die Kommunen mit der Aufgabe nicht allein lassen; denn das haben wir in diesem Haus schon mehrmals diskutiert. Die Kommunen geben große Kredite in die kommunalen Häuser. Wir als Land sind in der Pflicht, das zu unterstützen, weil wir für die Menschen eine flächendeckende Gesundheitsversorgung

brauchen. Ich würde mir wirklich wünschen, dass wir auf dem Wege des Prozesses - ich habe gerade versucht, das noch einmal deutlich zu machen - nicht über Schließungen reden müssen oder Schließungen erleben müssen, sondern dass wir einen guten Prozess auf den Weg bringen, der eine gute Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum sicherstellt, ohne dass wir vorher schon Einrichtungen verlieren.

**Vizepräsidentin Anne-Marie Keding:**

Dies eignete sich als Schlusswort für diese Aktuelle Debatte. Wir sind am Ende angelangt und damit auch am Ende des Tagesordnungspunktes.

Nun nimmt der Präsident wieder auf diesem Stuhl Platz; wir wechseln.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen zum

**Tagesordnungspunkt 10**

**Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt**

Wahlvorschlag Fraktionen CDU, SPD und FDP  
- **Drs. 8/2772**

Wahlvorschlag Fraktionen CDU, SPD und FDP  
- **Drs. 8/2845**

Wahlvorschlag Fraktionen CDU, SPD und FDP  
- **Drs. 8/2847**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag wählt gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 des Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetzes Sachsen-Anhalt in Verbindung mit Artikel 63 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt den Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt.

Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP schlagen in ihrem Wahlvorschlag in der Drs. 8/2772 vor, Herrn Dr. Daniel Neugebauer als Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt zu wählen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat sich ein Bewerber, der mit seinem Schreiben vom 23. Juni 2023 gegenüber fünf Fraktionen sein Interesse am Amt des Landesdatenschutzbeauftragten bekundet hatte, am 26. Juni 2023 mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung an das Verwaltungsgericht Magdeburg gewandt. Der Antrag hat in erster Linie zum Ziel, das Gericht zu veranlassen, dem Landtag die Durchführung der Wahl des Landesdatenschutzbeauftragten in der heutigen Sitzung zu untersagen.

Das Verwaltungsgericht Magdeburg hat dies mit seinem Beschluss vom 27. Juni abgelehnt.

*(Zustimmung von Konstantin Pott, FDP - Oliver Kirchner, AfD: Hätte er sich mal bei allen sechs vorgestellt!)*

Einigen Medien war zu entnehmen, der Bewerber habe sich nunmehr beschwerdeführend an das Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt gewendet. Das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt hat diese Beschwerde mit Beschluss vom 28. Juni 2023 zurückgewiesen.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

Ich verweise auf die Pressemitteilung 10/2023 des Gerichts vom heutigen Tage. Damit stehen der Durchführung der Wahl eines Landesbeauftragten für den Datenschutz keine rechtlichen Gründe mehr entgegen.

Bevor wir zur Wahl kommen, möchte ich Folgendes anmerken: Die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz erfolgt gemäß Artikel 63 Abs. 2 der Landesverfassung durch den Landtag mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages. Die Wahl wird gemäß § 75 und § 77 unserer Geschäftsordnung geheim, mit Stimmzettel, durchgeführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ablauf dieser Wahl ist wie folgt vorgesehen: Wer dem Wahlvorschlag in der Drs. 8/2772 seine Zustimmung geben möchte, kreuzt bitte auf dem Stimmzettel bei „Ja“ an, wer gegen ihn stimmt, kreuzt bei „Nein“ an, wer sich der Stimme enthalten möchte, kreuzt bei „Enthaltung“ an.

Sie werden durch einen Schriftführer einzeln aufgerufen, erhalten hier vorn den Stimmzettel und gehen damit in die Wahlkabine. Dort kreuzen Sie mit einem bereitliegenden Stift so eindeutig an, dass kein Zweifel über die Gültigkeit der abgegebenen Stimme entstehen kann. Anschließend geben Sie bitte den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne.

Der Vollständigkeit halber muss ich hinzufügen: Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen, Kennzeichen oder dergleichen versieht, macht seine Stimme ungültig.

Ich bitte folgende Schriftführerinnen und Schriftführer, die Wahldurchführung zu unter-

stützen: Namensaufruf: Herr Stehli, Führen der Wählerlisten: Frau Wendt und Herr Pott, Ausgabe der Stimmzettel: Herr Aldag - in altbewährter Form -, Aufsicht an der Wahlkabine: Herr Henke, Aufsicht an der Wahlurne: Frau Dr. Richter-Airijoki.

Wir treten nun in das eigentliche Abstimmungsverfahren ein. - Ich bitte die genannten Mitglieder, ihr Amt zu übernehmen.

Wir überzeugen uns davon, dass die Wahlurne leer ist.

*(Ein Saaldiener hält die Wahlurne hoch)*

Herr Stehli, Sie haben die Ehre, die Namen aufzurufen. Die anderen konzentrieren sich bitte.

*(Schriftführer Stephen Gerhard Stehli ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ich bitte nun die am Wahlverfahren Beteiligten zur Wahlkabine: Frau Wendt. - Herr Pott. - Herr Stehli. - Herr Henke.- Frau Richter-Airijoki. - Es bleiben noch zwei übrig.

*(Dr. Gunnar Schellenberger, CDU, und Wolfgang Aldag, GRÜNE, gehen zur Wahlkabine)*

Da alles kontrolliert worden ist, kann eigentlich niemand im Saal sein, der noch nicht gewählt hat. Ich frage trotzdem der Ordnung halber: Gibt es noch jemanden im Saal, der nicht gewählt hat, aber wahlberechtigt ist? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die Wahlhandlung abgeschlossen.

Bevor ich die Sitzung unterbreche, begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler des Guts-Muths-Gymnasiums Quedlinburg.

*(Beifall im ganzen Hause)*

Ferner begrüßen wir auf der Tribüne den ehemaligen Datenschutzbeauftragten Herrn Dr. von Bose.

*(Beifall bei allen Fraktionen)*

Natürlich begrüßen wir auch den Kandidaten Herrn Dr. Neugebauer.

*(Beifall bei allen Fraktionen)*

Bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses unterbreche ich die Sitzung, darf Sie aber bitten, im Saal zu bleiben.

Unterbrechung: 15:24 Uhr.

Wiederbeginn: 15:28 Uhr.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift wurde die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt mit folgendem Ergebnis durchgeführt: abgegebene Stimmzettel: 92; ungültige Stimmzettel: keine; gültige Stimmzettel: 92. Für den Wahlvorschlag haben gestimmt 44 Abgeordnete. Gegen den Wahlvorschlag haben gestimmt 46 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 2.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Der Wahlvorschlag in der Drs. 8/2772 hat die erforderliche Mehrheit nicht erhalten.

*(Zurufe von der AfD: Das ist ja wie bei uns! - Es kommt ja noch ein Wahlgang!)*

Herr Heuer, bitte.

**Guido Heuer (CDU):**

Werter Präsident, angesichts des Wahlergebnisses beantragen wir eine Auszeit von einer halben Stunde.

*(Zurufe von der AfD)*

Ich unterbreche die Sitzung bis 16 Uhr.

Unterbrechung: 15:29 Uhr.

Wiederbeginn: 16:11 Uhr.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ich bitte alle Fraktionsvorsitzenden in den Raum des Ältestenrates.

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Warum?)*

- Weil ich das gern so möchte.

*(Unruhe)*

Das dauert bestimmt eine Viertelstunde.

Unterbrechung: 16:12 Uhr.



Wiederbeginn: 16:20 Uhr.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns gerade darauf verständigt, dass der Vorsitzende der CDU-Fraktion jetzt einen Antrag stellen wird.

**Guido Heuer (CDU):**

Danke, Herr Präsident. - Wir als Koalition haben beschlossen, die Wahl, nachdem die Verwaltung die Wahlzettel vorbereitet hat, fortzusetzen und noch heute den zweiten Wahlgang durchzuführen.

*(Zuruf von der AfD: Oh, oh, oh, oh! - Weiterer Zuruf von der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Wir setzen die Sitzung um 16:35 Uhr fort. Ich denke, dass die Verwaltung bis dahin so weit ist. Also Unterbrechung bis 16:35 Uhr.

Unterbrechung: 16:21 Uhr.

Wiederbeginn: 16:36 Uhr.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein.

*(Unruhe)*

Können Sie sich jetzt bitte konzentrieren? Das wäre sehr nett. Dann können wir fortsetzen.

Wir kommen zum zweiten Wahlgang. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vollständigkeit halber lese ich es noch einmal vor:

Der Landtag wählt gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 des Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetzes Sachsen-Anhalt in Verbindung mit Artikel 63 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt den Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP schlagen in ihrem Wahlvorschlag

*(Unruhe - Präsident Dr. Gunnar Schellenberger hebt seine Stimme - Guido Kosmehl, FDP: Pst!)*

in der Drs. 8/2845 vor, Herrn Dr. Daniel Neugebauer zum Landesbeauftragten für den Datenschutz in Sachsen-Anhalt zu wählen.

*(Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Fällt trotzdem durch! - Lachen bei der AfD)*

- Ich glaube, das ist unangemessen.

Bevor wir zur Wahl kommen, möchte ich Folgendes anmerken. Die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz erfolgt gemäß Artikel 63 Abs. 2 der Landesverfassung durch den Landtag mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages. Die Wahl wird gemäß § 75 und § 77 unserer Geschäftsordnung geheim und mit Stimmzettel durchgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ablauf dieser Wahl ist wie folgt vorgesehen: Wer dem Wahlvorschlag in der Drs. 8/2845 folgt und dem seine Zustimmung geben möchte, der kreuzt bitte auf dem Stimmzettel bei „Ja“ an. Wer gegen ihn stimmt, der kreuzt bei „Nein“ an. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der kreuzt bei „Enthaltung“ an.

Sie werden durch einen Schriftführer einzeln aufgerufen, erhalten hier vorn den Stimmzettel und gehen damit in die Wahlkabine. Dort kreuzen Sie mit einem bereitliegenden Stift so eindeutig an, dass kein Zweifel an der Gültigkeit der abgegebenen Stimme entstehen kann. Anschließend geben Sie bitte den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne.

Der Vollständigkeit halber muss ich hinzufügen: Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen versieht, der macht seine Stimme ungültig.

Ich bitte folgende Schriftführerinnen und Schriftführer, die Wahldurchführung zu unterstützen: Herr Stehli, Frau Wendt, Herr Pott, Herr Aldag, Herr Henke und Frau Richter-Airijoki. - Jeder nimmt seinen Platz ein.

Die Wahlurne ist leer. Wir können uns davon überzeugen.

*(Ein Saaldiener hält die Wahlurne hoch)*

Wir treten jetzt in das eigentliche Abstimmungsverfahren ein. Ich bitte die genannten Mitglieder des Landtages, ihr Amt zu übernehmen. Los geht's!

*(Schriftführer Stephen Gerhard Stehli ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ich bitte nunmehr die am Wahlverfahren beteiligten Abgeordneten um ihre Stimmabgabe. Frau Wendt. - Herr Pott. - Herr Stehli. - Herr Henke. - Frau Dr. Richter-Airijoki. - Herr Aldag. - Und ich.

Ich frage nunmehr: Ist ein Mitglied des Landtages im Plenarsaal, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? - Ich sehe keine Meldung. Damit ist die Wahlhandlung abgeschlossen. Wir bleiben im Saal und zählen aus. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 17:01 Uhr.

Wiederbeginn: 17:07 Uhr.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Nutzen Sie mit mir die Möglichkeit, Damen der Frauen Union Anhalt-Bitterfeld zu begrüßen.

*(Beifall im ganzen Hause)*

Ich komme zu der Feststellung des Ergebnisses. Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift wurde die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt mit folgendem Ergebnis durchgeführt: abgegebene Stimmzettel: 91, ungültige Stimmzettel: einer, gültige Stimmzettel: 90. Für den Wahlvorschlag stimmten 47 Abgeordnete, gegen den Wahlvorschlag stimmten 43 Abgeordnete, Stimmenenthaltungen gab es nicht.

Der Wahlvorschlag in der Drs. 8/2845 hat die erforderliche Mehrheit nicht erreicht.

*(Oh, oh, oh! bei der AfD)*

**Guido Heuer (CDU):**

Werter Präsident, wir beantragen eine halbstündige Pause.

*(Zuruf von der AfD: Nein!)*

- Doch.

*(Ulrich Siegmund, AfD: Jetzt reicht es mal!  
- Zurufe von der AfD: Das kann doch wohl nicht wahr sein! - Ihr könnt doch hier nicht wählen, wie ihr wollt! - Zuruf von Daniel Roi, AfD - Ulrich Siegmund, AfD: Abstimmen!  
- Tobias Rausch, AfD: Laut Geschäftsordnung muss jetzt abgestimmt werden! - Zuruf von der AfD: Nur weil Ihr nicht klarkommt! - Ulrich Siegmund, AfD: Wählen, bis das Ergebnis passt! - Weitere Zurufe von der AfD - Unruhe)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verhalten uns dem Hohen Hause angemessen. Selbstverständlich werde ich das mit meiner Amtsführung hier vorn auch tun.

Wer einer Unterbrechung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen.

*(Tobias Rausch, AfD: Was wollt ihr denn besprechen?)*

Das sind die Koalitionsfraktionen. Herr Striegel?  
- Das ist die Mehrheit.

*(Tobias Rausch, AfD: Nein! Auszählen! - Weitere Zurufe von der AfD: Auszählen!)*

- Selbstverständlich können wir das auch auszählen.

*(Zuruf von der AfD: Gern!)*

Augenblick; gar kein Problem. Wer dafür ist, dass wir jetzt eine Auszeit nehmen, den bitte ich um das Kartenzeichen.

*(Holger Stahlknecht, CDU, hat sich auf die Besuchertribüne begeben - Zurufe von der CDU: Holger!)*

- Herr Stahlknecht, sind Sie noch dabei?

*(Zuruf von der AfD: Nein! - Daniel Roi, AfD: Er ist nicht im Plenarsaal! - Cornelia Lüdde-mann, GRÜNE: Er ist nicht im Plenum! - Zuruf von der AfD: Jetzt warten wir, bis Herr Stahlknecht herunterkommt!)*

Wir sind locker bei 50 Stimmen. Da maximal, na ja, sagen wir einmal, 93 Abgeordnete anwesend sind, können Sie sich ausrechnen, was übrig bleibt. Das ist also die große Mehrheit. Damit ist eine Unterbrechung beschlossen worden. Wir unterbrechen die Sitzung bis 17:40 Uhr.

Unterbrechung: 17:10 Uhr.

Wiederbeginn: 18:24 Uhr.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein. - Danke.

Wir steigen nunmehr in einen dritten Wahlgang ein.

*(Zuruf von der AfD: Uh, uh, uh!)*

- Wenn jemand Hund spielen muss, dann muss er hinausgehen.

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Hund? Wer war denn das?)*

Der Landtag wählt gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 des Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetzes Sachsen-Anhalt in Verbindung mit Ar-

tikel 63 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt den Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt.

Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP schlagen vor, Herrn Dr. Daniel Neugebauer als Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt zu wählen.

Bevor wir zur Wahl kommen, möchte ich Folgendes anmerken: Die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz erfolgt gemäß Artikel 63 Abs. 2 der Landesverfassung durch den Landtag mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages. Die Wahl wird gemäß § 75 und § 77 unserer Geschäftsordnung geheim, mit Stimmzettel, durchgeführt.

Der Ablauf dieser Wahl ist wie folgt vorgesehen: Wer mit Ja stimmen möchte, kreuzt bitte auf dem Stimmzettel bei „Ja“ an, wer gegen ihn stimmt, kreuzt bei „Nein“ an, wer sich der Stimme enthalten möchte, kreuzt bei „Enthaltung“ an.

Sie werden, wie bereits gewohnt, durch den Schriftführer aufgerufen, nehmen sich den Stimmzettel und gehen damit in die Wahlkabine. Dort kreuzen Sie mit dem bereitliegenden Stift deutlich an.

Ein Hinweis: Wer den Stimmzettel beschriftet, beschädigt oder sonst etwas, macht seine Stimme ungültig. Den gefalteten Stimmzettel werfen Sie bitte in die Wahlurne.

Ich bitte folgende Personen die Wahldurchführung zu unterstützen: Herr Stehli, Frau Wendt und Herr Pott, Herr Aldag, Herr Henke, Frau Dr. Richter-Airijoki.

Wir überzeugen uns davon, dass die Wahlurne leer ist.

*(Ein Saaldiener hält die Wahlurne hoch)*

Ich bitte darum, sich während des Wahlgangs zu disziplinieren.

Herr Stehli, beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

*(Schriftführer Stephen Gerhard Stehli ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Jetzt nutzen wir schnell noch die Gelegenheit, Studentinnen und Studenten der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu begrüßen.

*(Beifall im ganzen Hause)*

Ich setze den Namensaufruf fort. Frau Wendt. - Herr Pott. - Herr Stehli. - Herr Henke. - Frau Richter-Airijoki. - Herr Aldag. - Herr Schellenberger.

Ich frage nun: Ist ein Mitglied des Landtages im Plenarsaal, das seine Stimme nicht abgegeben hat? - Ich sehe nicht, dass das der Fall ist. Dann schließe ich die Wahlhandlung ab. Wir treten in eine Pause ein und bleiben im Saal.

Unterbrechung: 18:47 Uhr.

Wiederbeginn: 18:52 Uhr.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich komme zur Bekanntgabe des Ergebnisses. Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift wurde die Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt mit folgendem Ergebnis durchgeführt: abgegebene Stimmen: 91, ungültige Stimmen: keine, gültige Stimmen: 91. Für den Wahlvorschlag haben 48 Abgeordnete gestimmt, gegen den Wahlvorschlag haben 42 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung.

Der Wahlvorschlag in der Drs. 8/2847 hat die erforderliche Mehrheit nicht erreicht.

*(Unruhe - Zurufe: Pscht!)*

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10. - Gibt es Wortmeldungen? - Herr Kurze.

#### **Markus Kurze (CDU):**

Herr Präsident, ich würde vorschlagen, dass wir in der Tagesordnung fortfahren mit der Wahl eines Vizepräsidenten und, wenn es die Zeit noch erlaubt - ich denke, das müssten wir hinbekommen -, auch den Tagesordnungspunkt 19, das Schulgesetz, heute noch, wie ursprünglich geplant, behandeln. Es ist mit allen Parlamentarischen Geschäftsführern abgestimmt, dass der Vorschlag so unterbreitet wird. Die Redner wissen Bescheid.

#### **Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Dann verfahren wir so. Ich rufe auf den

#### **Tagesordnungspunkt 11**

##### **Wahl eines Vizepräsidenten des Landtages**

Wahlvorschlag Fraktion AfD - **Drs. 8/2796**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute über die Wahl eines Vizepräsidenten des Landtages zu befinden. Hierzu liegt uns in der Drs. 8/2796 ein Wahlvorschlag der Fraktion der AfD vor. Darin wird vorgeschlagen, das Mitglied des Landtages Frank Otto Lizureck zum Vizepräsidenten zu wählen.

Bevor wir zu der Abstimmung über den Wahlvorschlag kommen, möchte ich folgende Anmerkung machen: Gemäß Artikel 51 Abs. 1 Satz 1 der Landesverfassung in Verbindung mit § 4 Abs. 4 GO.LT ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint, wobei nach Artikel 51 Abs. 1 Satz 2 der Landesverfassung Stimmenthaltungen als nicht abgegebene Stimmen gelten.

Wird das Mitglied des Landtages nicht gewählt, so kann die vorschlagsberechtigte Fraktion ein anderes Mitglied des Landtages benennen.

Eine Aussprache zu dem Wahlvorschlag entspricht nicht den Gepflogenheiten dieses Hauses. Dementsprechend ist auch kein Redebedarf angemeldet worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer dem Wahlvorschlag zustimmt, kreuzt auf dem Stimmzettel bei „Ja“ an, wer dagegen stimmt, kreuzt bei „Nein“ an, wer sich der Stimme enthält, kreuzt bei „Enthaltung“ an. Sie werden durch einen Schriftführer einzeln aufgerufen, erhalten einen Stimmzettel und gehen damit in die Wahlkabine. Dort kreuzen Sie eindeutig an, ohne den Stimmzettel zu verändern. Anschließend geben Sie den gefalteten Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen. Bei mir steht noch immer: Herr Stehli, Frau Wendt, Herr Pott, Herr Aldag, Frau Richter-Airijoki und Herr Henke.

Wir schauen in die Wahlurne. - Sie ist leer.  
- Herr Stehli kann mit dem Namensaufruf beginnen.

*(Schriftführer Stephen Gerhard Stehli ruft die Mitglieder des Landtags namentlich zur Stimmabgabe auf)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Stehli. - Frau Wendt. - Herr Pott. - Herr Henke. - Frau Richter-Airijoki. Wir stellen fest, dass neben Herrn Aldag und mir weitere Personen im Saal sind, die doch nicht gewählt haben.  
- Herr Haseloff, bitte. - Herr Feuerborn. - Herr Lippmann. - Herr Aldag und ich.

Ich frage: Ist noch jemand im Saal, der noch nicht gewählt hat? - Nein. Dann schließe ich die Wahlhandlung ab und wir zählen aus. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 19:18 Uhr.

Wiederbeginn: 19:23 Uhr.

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine Damen und Herren! Ich gebe das Ergebnis der Wahl für das Amt eines Vizepräsidenten bekannt. Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift zum Wahlvorschlag der Fraktion der AfD in Drs. 8/2796 wurden 89 Stimmzettel abgegeben, davon ungültige Stimmzettel: keine. Also 89 gültige Stimmzettel. Für den Wahlvorschlag stimmten 26 Abgeordnete. Gegen den Wahlvorschlag stimmten 63 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass Herr Lizureck keine Mehrheit erhalten hat.

*(Frank Otto Lizureck, AfD: Aber von 100 % der Demokraten in diesem Haus gewählt worden! - Beifall bei der AfD)*

Wie vorhin beantragt, kommen wir jetzt zu dem

### **Tagesordnungspunkt 19**

Erste Beratung

#### **Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt**

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und FDP  
- **Drs. 8/2812**

Herr Bernstein bringt den Gesetzentwurf ein.  
- Herr Bernstein, bitte.

**Jörg Bernstein (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass es mir nach den heutigen Ereignissen schwerfällt, wieder die Ruhe und Fassung zu gewinnen. Ich möchte es trotzdem versuchen.

*(Daniel Roi, AfD: Wir hören auch zu!)*

- Das freut mich sehr, Herr Roi.

*(Lachen bei der AfD)*

Worum geht es? - Das Thema, mit dem sich der Gesetzentwurf beschäftigt, dürfte allen klar sein. Ich denke, zumindest darin, dass wir

unsere freien Schulen auskömmlich und sicher finanzieren wollen, sind wir uns als Koalitionsfraktionen einig.

*(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)*

Ich denke, dies ist für meine Fraktion der FDP ein ganz entscheidendes Thema. Wir haben uns mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2022 auf den Zuschuss von 6,35 % für die freien Schulen geeinigt. Dieser war terminiert auf den 31. Dezember bzw. bis zur Vorlage eines neuen Finanzierungsmodells.

Man kann darüber diskutieren, ob es schlecht oder gut ist, dass dieses neue Finanzierungsmodell nicht fristgerecht vorliegt. Ich kann es aber anders formulieren und sagen, man nimmt sich einfach die Zeit, um eine vernünftige, transparente und für alle Seiten dienliche Lösung zu erreichen.

Das Gleiche erwarten wir auch für die gerade in der Diskussion befindliche neue Verordnung für die Schulen in freier Trägerschaft.

*(Zustimmung von Karin Tschernich-Weiske, CDU)*

Ich habe es angedeutet: Der 31. Dezember wird aus der Sicht des MB sicherlich nicht halten zu sein; davon können wir ausgehen. Es ist angekündigt worden, dass dieses neue Finanzierungsmodell zum Beginn des Schuljahres 2024/2025 greifen soll. Insofern besteht koalitionsübergreifend Einigkeit darin, dass man zum Ersten die Befristung aus dem Schulgesetz herausnehmen möchte, also bis zur Vorlage eines neuen Finanzierungsmodells den Zuschuss von 6,35 % fortführt, und dass zum Zweiten die Erfahrungsstufe 5 bis zur Vorlage entsprechend festgeschrieben wird.

Kurz und gut: Ich bitte Sie im Namen der Koalitionsfraktionen darum, diesen Gesetzentwurf zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Für das Ministerium spricht Frau Feußner.

**Eva Feußner (Ministerin für Bildung):**

Sehr geehrte Abgeordnete! Das Bildungsministerium unterstützt den Antrag der Regierungskoalition zur Änderung des Schulgesetzes. Es handelt sich um zwei Änderungen. Die erste Änderung bezieht sich auf § 18a Abs. 3 Satz 2 Nr. 4. Zur Klarstellung und zur Rechtssicherheit bedarf es bis zu einer Neuregelung der Finanzhilfe einer konkreten Regelung, welche Entwicklungsstufen zur Berechnung der Schülerkostensätze heranzuziehen sind. Die Festlegungen in der Verordnung über Schulen in freier Trägerschaft reichen hierzu nicht aus. Das hat auch ein Gericht festgestellt.

Die Festsetzung der Stufe 5 bildet die Realität an den öffentlichen Schulen ab und ist damit sachgerecht. Der Lehrkörper an den öffentlichen Schulen hat sich durch die Einstellung zahlreicher junger Lehrkräfte und vieler Seiteneinsteiger grundlegend verändert, sodass eine Festsetzung oberhalb der Stufe 5 die freien Schulen definitiv besser stellen würde als die öffentlichen Schulen.

Die zweite Anpassung berührt § 86 Abs. 4. Mit dem Fünfzehnten Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes des Landes vom 8. Juli 2022 wurde mit der Anfügung des Absatzes 4 an § 86 eine Übergangsregelung bzw. Lösung zur Schaffung eines neuen Modells zur Berechnung der Finanzhilfe spätestens bis zum 31. Dezember 2023 geschaffen.

Diese Lösung sah eine pauschale Erhöhung der Zuschüsse um 6,35 % für die Schulen in freier Trägerschaft vor. Da das neue Finanzierungsmodell noch nicht vorliegt, sollte die Übergangsregelung bis zum Inkrafttreten eines neuen Modells zur Berechnung der Finanzhilfe fortbestehen.

Die Voraussetzungen für den erforderlichen Mehrbedarf müssen noch geschaffen werden. Ich gehe davon aus, dass wir für die Zurverfügungstellung der dafür notwendigen finanziellen Mittel gemeinsam eine Lösung finden. - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Feußner. - Für die AfD Herr Tillschneider bitte.

*(Beifall bei der AfD)*

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zielt darauf ab, im bestehenden System der Privatschulfinanzierung ein wenig nachzubessern. Es fällt uns, offen gestanden, schwer, uns dazu zu verhalten; denn wir erachten eine grundlegende

Reform der Privatschulfinanzierung, die weit über den Streitgegenstand im vorliegenden Fall hinausgeht, für notwendig.

Die AfD-Fraktion bekennt sich zur Existenz der Privatschulen. Wir bekennen uns auch zum Grundsatz der teilweisen Finanzierung der Privatschulen mit staatlichen Zuschüssen. Eigentlich sollte zwar gelten: Wenn Staat, dann Staat; wenn privat, dann privat. Im Fall der Privatschulen aber sprechen doch einige Gründe dafür, dieses Prinzip außer Kraft zu setzen, deren Geltung wir anerkennen und auf die ich es deshalb hier nicht näher eingehen will.

Das Problem ist aus unserer Sicht, dass die staatlichen Zuschüsse für die Privatschulen sich nur nach der Schülerzahl bemessen und im Übrigen unabhängig von der Art der Privatschule gleich bleiben. Privatschule ist aber nicht gleich Privatschule. Die aus einer Elterninitiative hervorgegangene, von einem neu gegründeten Verein getragene und nur über äußerst beschränkte Eigenmittel verfügende Privatschule kann nicht mit einer Privatschule verglichen werden, die von einer der beiden großen Kirchen getragen wird, bei der also der Träger über beachtliche Finanzmittel verfügt.

Diese beiden Arten von Privatschulen können wiederum nicht verglichen werden mit jenem Typ Privatschule, die es geschafft hat, sich mit hohen Gebühren ein Image als Eliteschule aufzubauen. Inwiefern dort eine tatsächliche Elite oder nur eine Pseudoelite gebildet wird, sei dahingestellt. Das wären jedenfalls drei unterschiedliche Typen von Privatschulen mit ganz unterschiedlichen Finanzlagen.

Da sagen wir: Die staatliche Finanzierung muss sich dem anpassen und muss flexibler werden. Je höher die Gebühren sind, die eine Privatschule von den Schülern nimmt, desto niedriger



sollten die staatlichen Zuschüsse sein. Je niedriger die Gebühren sind, die eine Privatschule nimmt, höher sollten die staatlichen Zuschüsse sein. Je höher das Vermögen des Schulträgers ist, desto niedriger sollten die staatlichen Zuschüsse sein. Je geringer das Vermögen des Schulträgers ist, desto höher sollten die staatlichen Zuschüsse sein.

Der Staat sollte sozialverträgliche, niedrige Gebühren prämiieren und seine Zuschüsse an der Leistungsfähigkeit des Schulträgers orientieren. Es kann jedenfalls nicht sein, dass das Gymnasium X in der Kleinstadt Y genau die gleichen Zuschüsse erhält wie eine Schule, hinter der die Evangelische Kirche steht.

Wir werden dazu noch in dieser Legislaturperiode einen umfassenden Gesetzentwurf vorlegen. Bis dahin enthalten wir uns bei Fragen der Privatschulfinanzierung der Stimme. Der Überweisung des vorliegenden Gesetzentwurfes in den Ausschuss stimmen wir allerdings zu.  
- Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der AfD - Zuruf von der AfD: Hervorragend!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Nun hat für die SPD Frau Pähle das Wort.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrtes Hohes Haus! Die Geschichte der Finanzierung der freien Schulen im Land Sachsen-Anhalt ist lang und kompliziert. So einfach, wie manche denken, ist es halt nicht. Deswegen gibt es auch die Verabredung zwischen uns, in dieser Legislaturperiode zu einem transparenten und

verlässlichen System bei der Finanzierung zu kommen.

Dieses befindet sich gerade in der Aufstellung im Bildungsministerium. Ich setzte darauf, dass es dabei zu vielen Punkten, die aktuell noch offen sind, eine Verständigung mit den Vertretern der freien Schulen geben wird. Nichtsdestotrotz müssen wir klären, wie wir in diesem Jahr weiterhin mit der Finanzierung der Schulen ohne das neue Modell auskommen wollen.

Wie wir das als Koalitionspartner miteinander beraten und vorschlagen, sehen Sie im Gesetzentwurf der Koalition. Es geht um die Fortführung der bisher angenommenen Finanzierung mit einer pauschalen Erhöhung des Finanzierungsanteils. Das ist etwas, was jetzt für den Übergang notwendig und richtig ist und auch Sicherheit bei den freien Trägern erzeugt. Ich glaube deshalb, dass dieser Schritt richtig und notwendig ist.

Ich bitte Sie um eine Überweisung des Gesetzentwurfes in den Bildungsabschluss und in den Finanzausschuss. - Herzlichen Dank.

*(Zustimmung bei der SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Pähle. - Herr Lippmann, bitte.

**Thomas Lippmann (DIE LINKE):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine zirkusreife Nummer, die uns die Koalitionsfraktionen hier zum späten Abend noch auf den Tisch legen. Als eine doppelte Rolle rückwärts würde ich es einmal bezeichnen.

Das merkt man schon daran, dass die Koalition sich sozusagen dafür hergeben muss, es im Schnellverfahren zu ermöglichen, weil es die Regierung auf dem normalen Weg nicht schafft, und dass wir morgen in der Mittagspause eine Sondersitzung des Bildungsausschusses machen, um uns zumindest da, glaube ich, jedenfalls irgendwie zu verständigen, dass es wenigstens noch im Ausschuss eine Anhörung dazu geben wird, auf die ich zumindest einigermaßen gespannt bin.

Ich komme zu den angesprochenen zwei Teilen. Ja, das eine ist wohl sinnvoll und notwendig und auch ein Stückchen ein Offenbarungseid. Es mag ungefähr drei Jahre her sein. Es war in der letzten Legislaturperiode, als ich hier - einige erinnern sich vielleicht daran - damals schon Skepsis geäußert habe; diese hat sich bestätigt. Es ging um das neue transparente Finanzierungssystem.

Die Ersatzschulfinanzierung ist inzwischen hier in diesem Land und in diesem Parlament eine endlose Geschichte und ich habe damals schon nicht erwartet, dass Sie das zustande kriegen. Es zeigt sich eben jetzt, dass Sie es nicht zustande kriegen. Von der Seite her ist es natürlich konsequent, die ursprüngliche Befristung für diese im Prinzip schon Übergangsregelung, die sie war mit diesen 6,35 %, jetzt zumindest zu entfristen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Ich vermute, es wird bis zum Ende der Legislaturperiode sein. Auch hier äußere ich meine Skepsis dahin gehend, ob wir in dieser Legislaturperiode das neue transparente Finanzierungssystem erleben werden. Ich glaube nicht daran.

Bei der anderen Geschichte ist es nicht mehr Skepsis, sondern da ist es Ablehnung. Den Gesetzgeber jetzt, wo wir diese umfangreiche

Phalanx an Gerichtsverfahren und diesen gerichtlichen Streit um die anzuwendende und ordentlich auszurechnende Entgeltstufe haben, zu benutzen, um zu sagen, nein, wir schreiben jetzt in das Gesetz die Stufe 5 hinein, egal ob jemand von uns hier weiß, ob die Stufe 5 zutreffend ist oder ob nicht eigentlich eher die Stufe 6 zutreffend ist - -

Dazu sage ich jetzt schon einmal: Das spricht dafür, dass wir am Ende jedenfalls dem Gesetzentwurf nicht zustimmen werden. Aber der Überweisung in die Ausschüsse stimmen wir zu, insbesondere weil wir auch gespannt sind, was bei der Anhörung dazu noch vorgetragen wird. - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der LINKEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Lippmann. - Herr Bernstein. - Okay, danke. - Doch noch?

*(Jörg Bernstein, FDP: Es wird nur ein kurzes Statement!)*

**Jörg Bernstein (FDP):**

Herr Präsident! Ich habe mir überlegt, ob ich das kurze Statement doch noch anbringe. Aber ich finde die Art und Weise eigentlich immer spaßig - also, spaßig ist das ganz bestimmt nicht -, wenn man zwischen Oppositionsrolle und Regierungsverantwortung hin und her schwenkt. Ich hatte gerade letzts ein Gespräch mit meiner Kollegin in Mecklenburg-Vorpommern. Da ist die FDP in der Opposition und die Bildungsministerin wird von der LINKEN

*(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Gute Frau, Frau Oldenburg!)*

- Frau Oldenburg, genau - gestellt. Wenn Sie die Kollegin dort befragen, dann wird sie sagen, dass sie vor den gleichen Problemen steht. Und sie wird die gleichen Kritikpunkte auch von ihrer

*(Ministerin Eva Feußner: Hat sie!)*

Ihnen vertrauten GEW-Gewerkschaft bekommen.

*(Zuruf von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)*

- Ja, ich wollte bloß einmal ein kleines Zitat aus der Anhörung der GEW bringen.

*(Zuruf: So ein Kleinkram bloß!)*

Darin steht: In der Berichterstattung in den Medien wurde deutlich, dass diese Neuberechnung die Schulen in freier Trägerschaft vor große, teils sogar unlösbare Herausforderungen stellt. - Also, Sie sollten vielleicht einmal anerkennen, dass die Probleme wahrscheinlich im ganzen Lande ähnlich sind, und das nicht immer nach dieser Art, ja, wir schmieren es hier der Regierung mal so richtig um die Ohren, herausstellen.

Ich hätte es nicht gemacht. Aber weil Sie das alles wieder so genüsslich ausgewalzt haben, war es mir einfach ein Bedürfnis, das zu sagen.  
- Danke schön.

*(Zustimmung bei der FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Bernstein. - Frau Sziborra-Seidlitz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Was lange währt, wird endlich gut. Mitunter frage ich mich, liebe Mitglieder der Landesregierung, ob Sie sich dieses Sprichwort nicht manchmal allzu sehr zu Herzen nehmen. Und manchmal frage ich mich, liebe Mitglieder der Landesregierung, ob es darum geht, mit Bedacht ein gutes Ergebnis zu erzielen, oder ob Sie da nicht doch eher die Taktik des Verzögerns und Aufschiebens bis zur letzten Minute fahren.

Diese Frage stelle ich mir besonders oft, wenn ich an den Umgang der Landesregierung mit den freien Schulen in unserem Land denke. Das sind Schulen, in denen immer mehr Kinder und Jugendliche in unserem Bundesland unterrichtet werden. Jede zehnte Schülerin in Sachsen-Anhalt besucht eine freie Schule. Diese werden oftmals genau dort gegründet oder sind zur Stelle, wo öffentliche Schulen aufgrund der Schulentwicklungsplanungs-Verordnung, über die genau deshalb immer hart diskutiert wird, geschlossen werden müssen. Sie sichern in den ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts die Bildung für junge Menschen vor Ort ab oder bieten die schulische Berufsausbildung, die ansonsten fehlen würde, an.

Vor allem sind es Schulen, die ebenfalls eine ausreichende Finanzierung verdienen. Doch genau das sah die Landesregierung unseres Bundeslandes jahrelang anders. Es hat viele für das Land teure Gerichtsverfahren gebraucht, bis die Landesregierung endlich eingesehen hat, was eigentlich von Anfang an klar war: Die bisherige finanzielle Benachteiligung der freien Schulen ist rechtswidrig. Schade, liebe Mitglieder der Landesregierung, dass es so lange gedauert hat, bis auch Sie diesen Fakt anerkannt haben. Eine schnellere Einsicht hätte übrigens im Nebeneffekt auch viele Steuergelder ein-

sparen können, die jetzt für Verfahren ausgegeben worden sind.

Aber sei es drum: Konstruktive Politik blickt nach vorn. Ein klein wenig Einsicht ist ja heute zu erkennen. Sie passen nun endlich die Entwicklungsstufen zur Berechnung der Schülerkostensätze auf Stufe 5 an.

Zwar hatte das Gericht eigentlich entschieden, dass Entwicklungsstufe 6 heranzuziehen sei. Aber immerhin ist es ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Ungewöhnlich dabei ist es trotzdem, dass Sie, liebe Mitglieder der Koalition, nach all dem Zögern und Aufschieben und der langen Zeit jetzt in einem Hauruckverfahren diesen Gesetzentwurf durch das Parlament prügeln. Mutmaßlich ist es ein Verfahren ohne Anhörung.

Aber immerhin hat es die Konsequenz, dass die freien Schulen finanziell nun etwas besser dastehen als vorher. Das ist eine wichtige Besserstellung für die freien Schulen. Und immerhin, wie schon gesagt, ist es ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Dass es noch nicht das Ende vom Lied ist, das muss man erwarten dürfen. Und dass wir Bündnisgrünen weiterhin dafür kämpfen werden, dass freie Schulen den staatlichen Schulen endlich finanziell gleichgestellt werden, ist selbstredend.

Wir stimmen der Überweisung an dieser Stelle zu.

*(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Für die CDU spricht Herr Borchert.

*(Matthias Redlich, CDU: Ich komme!)*

- Ach so, Herr Redlich, bitte.

**Matthias Redlich (CDU):**

Herr Borchert hat keine Stimme mehr.

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerin führte zur Notwendigkeit der konkreten Änderung des Schulgesetzes aus. Wichtig ist es mir, hier noch einmal zu betonen, dass die freien Schulen nicht schlechter als öffentliche Schulen gestellt werden sollen, aber eben auch umgekehrt nicht besser.

Die Finanzierung muss eben der Realität entsprechen. Wir sind wie alle Länder in der Verantwortung - das hat Herr Bernstein auch gesagt -, hierzu jetzt ein Modell aufzustellen. Die Stufe 5 - ich sage das, weil das immer wieder angesprochen wurde - erreichen Angestellte im öffentlichen Dienst erst nach 15 Dienstjahren. Wenn man sich mal anguckt, dass in den letzten Jahren einerseits viele Lehrkräfte, die älter sind, aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, dass andererseits viele junge Lehrkräfte eingestellt wurden und dass das sowohl bei uns im öffentlichen Schulbereich, aber eben auch für die Schulen in freier Trägerschaft gilt, dann glaube ich, dass wir - ich sage das, ohne alles wiederholen zu wollen - mit der Stufe 5 schon eine auskömmliche Finanzierung haben.

Der Gesetzentwurf soll eine Übergangslösung sein und das Berechnungsmodell ist auf einem guten Weg. Ich glaube, wir werden ein gutes Modell haben, wenn wir uns dann im Verfahren geeinigt haben werden. Ich glaube, bis dahin ist es an der Zeit, dass wir einfach noch einmal darüber beraten. Ich plädiere auch für die

Überweisung an den Bildungsausschuss zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss zur Mitberatung. - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Damit sind wir am Ende Debatte. Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

Mir liegt der Antrag auf Überweisung in den Bildungsausschuss zur federführenden Beratung

und in den Finanzausschuss vor. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle. Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes und wir sind auch am Ende der 44. Sitzung.

**Schlussbemerkungen**

Morgen beginnen wir um 9:30 Uhr. Wer jetzt noch Lust zum Feiern hat - manchen ist die Lust vielleicht vergangen -, den lade ich ein zum Sommerfest unten im Hof.

Schluss: 19:43 Uhr.

